

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Militär

Benjamin Ziemann

MILITÄR UND GESELLSCHAFT
IM 19. UND 20. JAHRHUNDERT

Herbert Obinger

MILITÄR ALS IMPULSGEBER
STAATLICHER SOZIALPOLITIK

Nina Leonhard

WANDEL DES
SOLDATENBERUFS

Klaus Naumann

RECHTSEXTREMISMUS
UND RECHTSPOPULISMUS
ALS PROBLEME
DER BUNDESWEHR

Johannes Varwick

VON LEISTUNGSGRENZEN
UND TRENDWENDEN.
WAS SOLL UND KANN
DIE BUNDESWEHR?

Aurel Croissant · David Kuehn

MILITÄR UND POLITIK
IN DEMOKRATIEN
UND AUTOKRATIEN

Victoria M. Basham

ÜBER LIBERALEN
MILITARISMUS

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Militär

APuZ 16–17/2020

BENJAMIN ZIEMANN

**MILITÄR UND GESELLSCHAFT
IM 19. UND 20. JAHRHUNDERT**

Die Militärgeschichte hat sich von einem Nischenthema zu einer anerkannten Teildisziplin der Geschichtswissenschaft entwickelt. Eines der wichtigsten Themen für Europa im 19. und 20. Jahrhundert ist die allgemeine Wehrpflicht.

Seite 04–10

HERBERT OBINGER

**MILITÄR ALS IMPULSGEBER STAATLICHER
SOZIALPOLITIK**

Geleitet von außenpolitischen Machtambitionen des Staates, haben auch militärische Interessen, Krieg und die Kriegsfolgenbewältigung die staatliche Sozialpolitik geprägt. Vereinzelt war das Militär ein relevanter sozialpolitischer Akteur.

Seite 11–17

NINA LEONHARD

WANDEL DES SOLDATENBERUFS

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem Aufkommen neuartiger Konfliktlagen sind für die Bundeswehr wie für die meisten Streitkräfte in Europa neue Aufgaben entstanden. Auch das soldatische Berufsverständnis hat sich verändert.

Seite 18–24

KLAUS NAUMANN

**RECHTSEXTREMISMUS UND
RECHTSPOPULISMUS ALS PROBLEME
DER BUNDESWEHR**

Häufung von „Verdachtsfällen“, Berichte über eine „Schattenarmee“: Extremistische Tendenzen in einem bewaffneten Machtorgan des demokratischen Staates sind gefährlich. Doch wie dicht dran am rechten Rand ist die Bundeswehr?

Seite 25–30

JOHANNES VARWICK

**VON LEISTUNGSGRENZEN
UND TRENDWENDEN. WAS SOLL
UND KANN DIE BUNDESWEHR?**

Die deutschen Streitkräfte leben seit Jahren von der Substanz, leiden also an einer Unterfinanzierung bei gleichzeitig erhöhtem Gestaltungsanspruch seitens der Politik. Wie lassen sich Auftrag und Mittel wieder in Balance bringen?

Seite 31–37

AUREL CROISSANT · DAVID KUEHN

**MILITÄR UND POLITIK IN DEMOKRATIEN
UND AUTOKRATIEN**

Das Militär ist auch im 21. Jahrhundert Symbol und Grundelement moderner Staatlichkeit. Das Verhältnis zwischen Streitkräften und politischem System zu regeln, ist daher ein Ordnungsproblem fast aller modernen Staaten.

Seite 39–47

VICTORIA M. BASHAM

ÜBER LIBERALEN MILITARISMUS

Libérale Demokratien betrachten sich selbst meist nicht als militaristisch. Doch ist Militarismus – sich auf Krieg vorzubereiten und Kriegführung als Mittel der Politik zu normalisieren – Bestandteil ihrer Funktionsweise.

Seite 48–52

EDITORIAL

Island hat keins, Liechtenstein auch nicht, und Costa Rica verzichtet seit 1949 darauf: Die Anzahl der Staaten auf der Welt ohne eigenes Militär ist überschaubar, und vielen Kleinstaaten garantiert eine „Schutzmacht“ die Landesverteidigung. Ansonsten gilt: Wo ein Staat ist, ist auch Militär. Dessen Rolle variiert von Land zu Land, insbesondere von Demokratien zu Autokratien, aber auch zwischen Staaten mit ähnlicher Herrschafts- und Gesellschaftsordnung. „Militarismus“ wird meist mit undemokratischen Systemen in Verbindung gebracht oder in der Vergangenheit verortet; es gibt aber auch Stimmen, die eine besondere Form des Militarismus bei liberalen Demokratien identifizieren.

Für die europäische Geschichte war die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht von besonderer Bedeutung, beförderte sie doch Prozesse der Nationsbildung im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. Heute zieht nur noch eine Minderheit der Nato-Mitgliedsstaaten ihre Bürger zum Dienst an der Waffe ein; seit 2011 ist die Wehrpflicht auch in Deutschland ausgesetzt. Veränderungen der (inter)nationalen sicherheitspolitischen Lage und Anpassungen wie Erweiterungen des Aufgabenspektrums der Bundeswehr wurden stets begleitet von Diskussionen um die notorische Unterausstattung bei Finanzen, Personal und Material.

Auch aus historischen Gründen ist in Deutschland der Einsatz des Militärs im Innern nur begrenzt möglich. Über die Amtshilfe nach Artikel 35 Grundgesetz ist die Bundeswehr und insbesondere ihr Sanitätsdienst zurzeit in der „Corona-Krise“ tätig. Die Hilfs- und Einsatzbereitschaft ist groß, auch unter den Reservisten. Neue Debatten um erweiterte Möglichkeiten des Einsatzes der Bundeswehr im Inland, die zuletzt mit Blick auf terroristische Bedrohungen geführt wurden, zeichnen sich ab.

Anne Seibring

MILITÄRGESCHICHTE

Perspektiven auf Militär und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert

Benjamin Ziemann

Die Militärgeschichte hat einen langen Weg hinter sich, in Deutschland ebenso wie in anderen europäischen Ländern und den USA. Zugespitzt formuliert, hat sich die Militärgeschichte von einem in der akademischen Geschichtswissenschaft nur schwach verankerten Nischenthema mit geringer wissenschaftlicher Reputation zu einer zentralen Arena für die Diskussion von Annahmen über den Zusammenhang von Militär, ziviler Gesellschaft und organisierter Gewalt in der Moderne entwickelt.⁰¹ Die Probleme und Ausgangslagen für die inhaltliche und methodische Erneuerung dieser Teildisziplin waren dabei unterschiedlich. Im Vereinigten Königreich und in den USA leidet die Militärgeschichte bis heute unter ihrer enormen Popularität bei einem aus Laien und interessierten Hobbyhistorikern bestehenden Publikum. Wo immer man in Großbritannien einen Buchladen betritt, sticht das große Regal mit Büchern zur „military history“ ins Auge. Im Zentrum steht dabei allerdings nur ein Genre: die populäre „battlefield history“,⁰² konventionelle Erzählungen berühmter und weniger berühmter Schlachten als ein in Raum und Zeit abgeschlossenes Drama. Der Akzent liegt hauptsächlich auf der Schilderung ergreifender Einzelschicksale und dramatischer Wendepunkte, und zwar in der Regel nur aus der Perspektive einer Armee, deren Gegner bestenfalls sehr schematisch eingeführt wird. Dabei lässt sich Schlachtengeschichte auch abseits der gängigen Erzählmuster schreiben und kann so wichtige Einsichten in die Dynamik des Krieges und dessen andauernde kulturelle Präsenz liefern. Allerdings ist es dazu nötig, die Schlacht aus einer transnationalen Perspektive zu analysieren, die beide Armeen als eigenständige Akteure ebenso in den Blick nimmt wie die vor Ort lebenden Zivilisten.⁰³

VON DER KRIEGS- ZUR MILITÄRGESCHICHTE

In Deutschland sind die Anlaufschwierigkeiten der Militärgeschichte in der sogenannten applikativen, auf Anwendung in der Gegenwart zielenden Methode zu suchen. Im preußisch-deutschen Militär des 1871 gegründeten Kaiserreichs trug die historische Aufarbeitung vergangener Feldzüge zur Ausbildung der Offiziersanwärter bei und sollte in der operativen Planung die Wiederholung einmal gemachter Fehler vermeiden. Der Schwerpunkt lag dabei deutlich auf der Kriegsgeschichte, die von Offizieren aus der Binnenperspektive des Militärs analysiert wurde. Innere Struktur und Rekrutierung der Streitkräfte im „Normalzustand“ des Friedens waren nicht von Interesse.⁰⁴ Auch nach 1918/19, als die Niederlage gegen die Alliierten und die Entmilitarisierungsbestimmungen des Versailler Vertrages eine tiefe Zäsur für das deutsche Militär markierten, änderte sich daran vorerst nichts. Mit der im Versailler Vertrag vereinbarten Auflösung des Großen Generalstabes musste sich auch dessen kriegsgeschichtliche Abteilung eine neue Heimstätte suchen. Dies geschah 1919 mit der Gründung des Reichsarchivs in Potsdam, das die Akten des kaiserlichen Heeres übernahm.

Formal unterstand das Reichsarchiv dem Reichsministerium des Innern. Aber Ziele und inhaltliche Ausrichtung bestimmten die ehemaligen Offiziere unter dem ersten Präsidenten, Generalmajor a.D. Hermann Mertz von Quirnheim. Im Zentrum der amtlichen Darstellung des Ersten Weltkrieges stand so eine geschönte, allen kritischen Anfragen ausweichende Operationsgeschichte. Für sie beanspruchte man, unterstützt durch den restriktiv gehandhabten Zugang zu den Akten, ein Deutungsmonopol. Durch populär angelegte Reihen wie die „Schlachten des Welt-

krieges“ versuchte das Reichsarchiv zudem, seine Sichtweise auch einer breiteren Öffentlichkeit näherzubringen.⁰⁵ Die Kriegsgeschichte des Reichsarchivs war damit Teil der erbitterten Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik über die Ursachen und Folgen der deutschen Niederlage im Herbst 1918. Hauptmann George Soldan, der ab 1920 die Abteilung für „Volkstümliche Schriften“ im Reichsarchiv leitete, hatte im Mai 1919 in einer Denkschrift die „Aufgaben“ der militärgeschichtlichen Arbeit des Reichsarchivs so zusammengefasst: „[E]in zusammengebrochenes Volk aufrichten, ihm den Glauben an sich selber wiedergeben, aus gemeinsam ertragenem Glück und Unglück deutschnationales Empfinden erwachsen lassen (...); den großen erzieherischen Wert der Geschichte ausnützen, um ein unpolitisch denkendes und empfindendes Volk zur Reife zu führen.“⁰⁶

Die universitär verankerte Geschichtswissenschaft blieb bei all diesen Bemühungen außen vor. Einzig der Historiker Hans Delbrück, der an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität lehrte, versuchte bereits vor 1914, sich von der „applikatorischen“ Methode der Generalstäbler zu lösen und die historisch-kritische Methode der Geschichtswissenschaft auf das Militär anzuwenden. Mit den vier Bänden seiner „Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte“ (1900–1920) machte er Krieg und Militär zum Thema der allgemeinen Geschichte.⁰⁷ Mit diesem Vorhaben stieß Delbrück aber sowohl unter den universitären Historikern als auch bei den

als Kriegshistoriker arbeitenden Offizieren auf Ablehnung. Zu einer Einbindung kriegs- und militärgeschichtlicher Fragestellungen in die universitäre Forschung kam es erst im „Dritten Reich“. Dort verdichteten sich personelle und institutionelle Netzwerke in den sogenannten Wehrwissenschaften. Dieser 1926 neu geprägte Begriff bezeichnete die Absicht, die soziale, politische und militärische Mobilisierung für den Krieg interdisziplinär zu begreifen. Dem diente unter anderem das 1937 an der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin eingerichtete Institut für Wehrpolitik.⁰⁸

Von den Wehrwissenschaften des „Dritten Reiches“ gibt es eine direkte Kontinuitätslinie zur Militärgeschichte in der Bundesrepublik. Sie wird von Werner Hahlweg verkörpert, der seine akademische Karriere 1934 im Kontext der wehrwissenschaftlichen Arbeit an der Berliner Universität begann. Als einer der wenigen Protagonisten der NS-Wehrwissenschaften konnte er seine akademische Karriere nach 1945 fortsetzen. Von 1950 an war er in Münster als Dozent für Neuere Geschichte tätig, ab 1969 dann als ordentlicher Professor für Militärgeschichte. Damit hatte er die einzige Professur für dieses Fachgebiet in der Bundesrepublik inne.⁰⁹ Doch die wichtigsten Anstöße zur Verankerung der Militärgeschichte in der Bundesrepublik gingen vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) aus, einer Einrichtung der Bundeswehr, die ab 1958 in Freiburg im Breisgau arbeitete. Vor allem der leitende Historiker des MGFA von 1970 bis 1988, Manfred Messerschmidt, legte zahlreiche Arbeiten zum preußisch-deutschen Militär und zur Wehrmacht vor, die durch ihre breite empirische Fundierung wie durch ihre unbefangene kritische Perspektive bestachen. So war Messerschmidt einer der ersten, der das Schicksal der von der NS-Militärjustiz verfolgten Deserteure und „Wehrkraftzersetzer“ erforschte und damit soldatische Verweigerungsstrategien zum Thema machte.¹⁰ Im Kon-

01 Zur Militärgeschichte der Vormoderne vgl. Ralf Prüve (Hrsg.), *Klio in Uniform? Probleme und Perspektiven einer modernen Militärgeschichte der Frühen Neuzeit*, Paderborn 1997.

02 Vgl. Jeremy Black, *Rethinking Military History*, London–New York 2004, S. X.

03 Vgl. Mark Connelly/Stefan Goebel, *Ypres. Great Battles*, Oxford 2018; Marian Füssel/Michael Sikora (Hrsg.), *Kulturgeschichte der Schlacht*, Paderborn 2014, insb. Christoph Nübel, *Die Geschichte der Schlacht. Methodische Überlegungen am Beispiel der Michael-Offensive 1918*, S. 231–258.

04 Bernhard R. Kroener, *Militär, Staat und Gesellschaft im 20. Jahrhundert*, München 2011, S. 52.

05 Vgl. Markus Pöhlmann, *Kriegsgeschichte und Geschichtspolitik: Der Erste Weltkrieg. Die amtliche deutsche Militärgeschichtsschreibung 1914–1956*, Paderborn 2002.

06 Bernd Ulrich/Benjamin Ziemann (Hrsg.), *Krieg im Frieden. Die umkämpfte Erinnerung an den Ersten Weltkrieg*, Frankfurt/M. 1997, S. 65–68, hier S. 66.

07 Vgl. Wilhelm Deist, Hans Delbrück, *Militärhistoriker und Publizist*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen (MGM)* 2/1998, S. 371–383.

08 Vgl. Frank Reichherzer, *„Alles ist Front.“ Wehrwissenschaften in Deutschland und die Bellifizierung der Gesellschaft vom Ersten Weltkrieg bis in den Kalten Krieg*, Paderborn 2012, S. 140, S. 253–327.

09 Vgl. ebd., S. 399f.

10 Vgl. Manfred Messerschmidt, *Militarismus, Vernichtungskrieg, Geschichtspolitik. Zur deutschen Militär- und Rechtsgeschichte*, Paderborn u. a. 2006; ders., *Was damals Recht war ... NS-Militär- und Strafjustiz im Vernichtungskrieg*, Essen 1996.

text des MGFA gab es auch erste Überlegungen zu einer methodischen Ausrichtung der Militärgeschichte an den allgemeinen Standards der Geschichtswissenschaft.¹¹

Seit den 1980er Jahren ist ein stark wachsendes Interesse gerade auch jüngerer Historikerinnen und Historiker an Fragen der Militärgeschichte zu verzeichnen, das mit einer inhaltlichen und methodischen Erweiterung einherging. Inhaltlich wurde dabei unter anderem die Abkehr von der Kommandoperspektive der Offiziere und Generalstäbler angemahnt, die in vielen traditionellen Werken nicht nur zum deutschen Militär immer noch im Mittelpunkt stand. An ihre Stelle sollte eine „Militärgeschichte von unten“ treten. Sie widmet sich jenen in der Zeit vor 1945 im Schnitt etwa 95 Prozent der Angehörigen des Militärs, die als einfache Soldaten oder Unteroffiziere in der subalternen Position des Befehlsempfängers dienten. Deren Erfahrungen und ihr Alltag im Militär sollten nun in das Zentrum des Interesses rücken. Deutlich erkennbar war dabei, dass die Herausstellung dieser Perspektive die Gefahr in sich barg, die einfachen Soldaten mit der Betonung ihrer „Leidensgeschichte“ in einer Opferrolle festzuschreiben.¹² Das war nicht nur deshalb problematisch, weil Soldaten im Frieden wie im Krieg über ein vielfältiges Handlungspertoire verfügen, mit dem sie sich den Anforderungen des Dienstes, etwa durch die Simulation von Krankheiten oder niederschwellige Akte der Resistenz, entziehen können. Die in der „Militärgeschichte von unten“ anzutreffende Opferperspektive stand auch im Widerspruch zur Entdeckung der Soldaten als Täter des vom „Dritten Reich“ geführten Vernichtungskrieges in der Sowjetunion, die die kontroverse Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung und andere Arbeiten zur gleichen Zeit herausstellten.¹³

11 Vgl. Rainer Wohlfeil, *Wehr-, Kriegs- oder Militärgeschichte?*, in: MGM 1/1967, S. 21–29.

12 Vgl. Wolfram Wette, *Militärgeschichte von unten. Die Perspektive des „kleinen Mannes“*, in: ders. (Hrsg.), *Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten*, München 1992, S. 9–47, hier S. 13.

13 Vgl. Hannes Heer/Klaus Naumann (Hrsg.), *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944*, Hamburg 1995; als Detailstudie bereits zuvor erschienen: Omer Bartov, *Hitler's Army. Soldiers, Nazis and War in the Third Reich*, New York–Oxford 1991.

Die methodische Erweiterung der Militärgeschichte seit den 1980er Jahren erfolgte im Anschluss an Entwicklungen in der allgemeinen Geschichtswissenschaft. Wichtig waren dabei vor allem die Impulse der kulturhistorischen Wende, die die Deutungsmuster und kollektiven Mentalitäten von Soldaten und Offizieren sowie die symbolischen Repräsentationen des Militärs in öffentlichen Paraden, Feiern und Ritualen in das Zentrum der Analyse rückte.¹⁴ Zusammen mit der Rezeption von Fragen und Ansätzen der Geschlechter-, Sozial- und Technikgeschichte wurde damit eine multiperspektivische Herangehensweise an das Militär auf breiter Front verankert.¹⁵

ALLGEMEINE WEHRPFLICHT: MILITÄR UND NATIONSBILDUNG

Ein zentrales Thema der neueren Militärgeschichte ist die Verschränkung von Militär und Gesellschaft. Deren wichtigster Transmissionsriemen war in vielen Ländern Europas die zwangsweise Einberufung junger Männer im System der allgemeinen Wehrpflicht. Als der Historiker Gerhard Ritter nach der Katastrophe des „Dritten Reiches“ über die deutsche Tradition des Militarismus reflektierte, hob er in bewusst dramatischen Worten die Folgen der Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht im Zuge der Französischen Revolution hervor. Das Modell dafür war die von den Jakobinern 1793 proklamierte „Levée en masse“, die Einberufung junger unverheirateter Männer. Für Ritter lag darin der Beginn einer verhängnisvollen Entwicklung, die eine „neuartige, ungeheuer gesteigerte Dynamik der Kriegführung ermöglicht: einen fast ungehemmten Einsatz von Menschenleben“, der selbst die „kühnsten Feldherrnphantasien“ der Vergangenheit übertraf. „Am fernen Horizont“, so Ritter, tauche hier „bereits das Schreckbild des modernen ‚totalen‘ Krieges auf“, dem es um „totale Vernichtung“ des Geg-

14 Als Pionierstudie vgl. Jakob Vogel, *Nationen im Gleichschritt. Der Kult der „Nation in Waffen“ in Deutschland und Frankreich 1871–1914*, Göttingen 1997.

15 Vgl. als erste Bestandsaufnahme Thomas Kühne/Benjamin Ziemann (Hrsg.), *Was ist Militärgeschichte?*, Paderborn 2000; weiterführend: Jörg Echternkamp/Wolfgang Schmidt/Thomas Vogel (Hrsg.), *Perspektiven der Militärgeschichte. Raum, Gewalt und Repräsentation in historischer Forschung und Bildung*, München 2010.

ners gehe.¹⁶ Ganz offenkundig versuchte Ritter hier, die Eskalation der Gewalt im Vernichtungskrieg der Wehrmacht 1941 bis 1945 auf eine andere historische Traditionslinie zurückzuführen als auf den spezifisch deutschen Militarismus, der sich in den anti-napoleonischen Befreiungskriegen 1813 bis 1815 herausgebildet hatte und in der hervorgehobenen Rolle des Militärs in den drei nationalen Einigungskriegen der Jahre 1864 bis 1871 in das Zentrum des Nationalstaates gerückt war.

Das Thema Ritters und anderer in der borussischen Tradition geschulter Militärhistoriker war die Rolle der allgemeinen Wehrpflicht bei der äußeren Nationsbildung, für die neben der Gründung des deutschen Kaiserreichs 1871 auch die bis 1861 weitgehend abgeschlossene italienische Einigung als Paradebeispiel diente. Demgegenüber konzentriert sich die neuere militärgeschichtliche Forschung vornehmlich auf die Rolle der allgemeinen Wehrpflicht bei der inneren Nationsbildung. Auch in der preußischen Reformdiskussion nach der Niederlage gegen Napoleon 1807 stand das jakobinische Modell der allgemeinen Wehrpflicht im Vordergrund. Das musste jene bürgerlichen Schichten beunruhigen, die in der bis dahin gültigen alt-preußischen Wehrverfassung vom Militärdienst ausgenommen (eximiert) waren. Als Preußen dann 1814 die Wehrpflicht einführte, waren die bislang eximierten Stände davon ebenso betroffen. Die Möglichkeit einer Stellvertretung – bei der betuchte Familien einen Einsteher aus den unterbürgerlichen Schichten bezahlten, der den Wehrdienst für ihren Sohn ableistete – gab es nicht. Die Einführung des sogenannten Einjährig-Freiwilligen, einer verkürzten Dienstzeit von nur einem Jahr bei freiwilliger Meldung und dem Vorliegen eines Gymnasialabschlusses, versüßte dem Bürgertum diese bittere Pille. Zugleich wurde neben dem stehenden Heer der Linie eine Landwehr eingerichtet, die bürgerliche Offiziere kommandierten. Statt in der Kaserne zu schmoren, mussten die Landwehrmänner nur zu sonntäglichen Schießübungen und zweiwöchigen Übungskursen antreten. Doch insgesamt blieb die Prägekraft der Wehrpflicht in der zivilen Gesellschaft über Jahrzehnte hinweg gering. Das lag vor allem daran, dass aufgrund fiskalischer Pro-

bleme stets nur ein geringer Teil der Wehrpflichtigen tatsächlich ausgehoben wurde, noch um 1850 nicht mehr als ein Viertel.¹⁷

Trotz ihrer begrenzten Reichweite fungierte die Wehrpflicht bereits vor 1871 als eine „Bildungsschule der Nation“ – so der preußische Kriegsminister Hermann von Boyen 1816 –, in der junge Männer ihrer staatsbürgerlichen Pflicht nachkamen und in den Kasernen eine Vergemeinschaftung erfolgte, die ungeachtet ihres hierarchischen Charakters Männer aus unterschiedlichen Landesteilen und sozialen Schichten zusammenbrachte.¹⁸ Dabei schliffen sich mittelfristig auch die Widerstände unter den Liberalen gegen das Prinzip des stehenden Heeres ab, gegen das sie hartnäckig die Landwehr als eine bürgerliche Alternative verteidigten. Eine Minderheit deutscher Liberaler und Radikaldemokraten setzten ab 1830 ihre Hoffnungen auf das schweizerische Milizsystem als Alternative zum stehenden Heer. Mit dem Verzicht auf dauerhaft organisierte Verbände und eine übergreifende Organisationsstruktur in der Form eines Kriegsministeriums schien es das freiheitlich-selbstbestimmte Gegenteil des preußischen Zwangsapparates zu verkörpern. Die Ironie dieser Hoffnungen lag darin, dass die Schweiz nach dem Sonderbundskrieg 1847, der den liberalen Bundesstaat begründete, selbst Schritte zur Angleichung ihrer Wehrverfassung an den westeuropäischen Standard unternahm, um die innere Nationsbildung zu beschleunigen. Das begann 1848 mit der Gründung des eidgenössischen Militärdepartements als übergeordneter Behörde und war 1874 mit der Einführung einer dauerhaft organisierten Schweizer Armee mit einheitlicher Ausbildung weitgehend abgeschlossen.¹⁹

Die gesellschaftliche Prägekraft der Wehrpflicht in den deutschen Ländern blieb bis 1867 auch deshalb begrenzt, weil die Staaten des so-

¹⁷ Vgl. Ute Frevert, *Die kasernierte Nation. Militärdienst und Zivilgesellschaft in Deutschland*, München 2001, S. 18–132.

¹⁸ Vgl. dies., *Das jakobinische Modell. Allgemeine Wehrpflicht und Nationsbildung in Preußen-Deutschland*, in: dies. (Hrsg.), *Militär und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1997, S. 17–47, hier S. 36.

¹⁹ Vgl. Rudolf Jaun, „Das einzig wahre und ächte Volksheer.“ Die schweizerische Miliz und die helvetische Projektion deutscher Radikal-Liberaler und Demokraten 1830–1870, in: Christian Jansen (Hrsg.), *Der Bürger als Soldat. Die Militarisierung europäischer Gesellschaften im langen 19. Jahrhundert*, Essen 2003, S. 68–82.

¹⁶ Gerhard Ritter, *Das Problem des Militarismus in Deutschland*, in: *Historische Zeitschrift* 1/1954, S. 21–48, hier S. 27.

genannten Dritten Deutschland – vor allem Baden, Württemberg und Bayern – sich nicht am preußischen Vorbild orientierten, sondern in verschiedenen Varianten die Möglichkeit der Stellvertretung beibehielten.²⁰ Erst nach der österreichischen Niederlage bei Königgrätz 1866, mit der Österreich aus dem Deutschen Bund ausschied und der Weg zur Gründung eines kleindeutschen Nationalstaates frei war, mussten die süddeutschen Staaten Preußens Militärverfassung übernehmen, in der seit der Heeresreform der 1860er Jahre die Landwehr Teil des stehenden Heeres war. Im Protest von Partikularisten, Demokraten und Katholiken in Baden, Bayern und Württemberg gegen die dreijährige Dienstpflicht im stehenden Heer entstand der Begriff des „Militarismus“, der als antipreußische Parole rasch populär wurde. So geißelte etwa der bayerische Politiker Josef Edmund Jörg das Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen mit den Worten, dies sei die „Quelle, aus welcher sich das Unheil des Militarismus über die einst so glücklichen Länder Süddeutschlands“ ergieße. Diese militärkritische Pointe des Begriffs „Militarismus“ sollte nicht übersehen werden. Sie speiste sich aus der Außenwahrnehmung von Partikularisten, Pazifisten und bald auch Sozialdemokraten, die die negativen Folgen der Wehrpflicht für die zivile Gesellschaft beklagten.²¹

Unstrittig ist, dass die Wehrpflicht erst im deutschen Kaiserreich ab 1871 zum wichtigsten Vehikel der inneren Nationsbildung mit breiter Massenwirkung auch über die bürgerlichen Schichten hinaus avancierte. Davon zeugen nicht zuletzt die Kriegervereine des Kyffhäuserbundes, in denen sich ehemalige Wehrpflichtige in egalitärer männlicher Gesellschaft trafen. Mit 2,8 Millionen Mitgliedern im Jahr 1913 war der Kyffhäuserbund eine der größten Massenorganisationen des Kaiserreichs. Die Attraktivität dieser Vereine lag auch darin, dass sie unterbürgerlichen Schichten – Arbeitern und kleinen Parzellenbesitzern – die Möglichkeit boten, soziale Anerkennung und Gleichberechtigung einzufordern, die sich auf den von allen gleicher-

maßen abgeleisteten Wehrdienst berief.²² Der Militarismus der Kriegervereine produzierte also nicht gehorsame Untertanen, sondern war eher ein Vehikel der Partizipation.

Das größte Hindernis auf dem Weg zur inneren Nationsbildung durch eine Wehrpflichtarmee war die sprachliche und ethnische Vielfalt der multi-ethnischen Reiche in Europa vor 1914. Das deutsche Kaiserreich war trotz der großen polnischen Minderheit in Preußen hiervon noch am wenigsten betroffen. Aber auch hier brach der latente Konflikt zwischen dem deutschen Militär und den Bewohnern im 1871 annektierten Elsass-Lothringen massiv hervor, als ein Leutnant in der Garnison Zabern 1913 elsässische Rekruten und Zivilisten beleidigte. Die Zaberner Affäre entwickelte sich rasch zur schwersten Verfassungskrise des wilhelminischen Kaiserreichs.²³

Weitaus komplizierter war die Lage in Österreich-Ungarn. Nur zwei Jahre nach der Niederlage gegen Preußen führte die Doppelmonarchie 1868 eine allgemeine Wehrpflicht ein, die auf einem jährlich neu fixierten Rekrutenkontingent basierte, was zu zahlreichen Streitigkeiten in den Parlamenten der beiden Landesteile führte. Die majoritäre Gruppe der Deutschen stellte aber gerade einmal 24 Prozent der Gesamtbevölkerung, gefolgt von den Ungarn mit 20 Prozent. Noch neun andere Nationalitätengruppen waren offiziell anerkannt, auch innerhalb des Militärs. Also versuchte die Armee, mit einer vorsichtigen Durchmischung der Wehrpflichtigen verschiedener Nationalitätengruppen einen Beitrag zur Homogenisierung zu leisten. Zwar blieb Deutsch bis 1918 die einzige offizielle Kommandosprache. Doch daneben gab es sogenannte Regimentssprachen, die auch die Offiziere beherrschen mussten, wenn mindestens 20 Prozent ihrer Soldaten sie sprachen. So gab es Regimenter mit bis zu fünf Regimentssprachen.²⁴ Durch dieses ausgeklügelte System ließen sich die Nationalitätenspannungen

²⁰ Vgl. Frevert (Anm. 17), S. 133–192.

²¹ Vgl. Benjamin Ziemann, Sozialmilitarismus und militärische Sozialisation im deutschen Kaiserreich 1870–1914. Ergebnisse und Desiderate in der Revision eines Geschichtsbildes, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 3/2002, S. 148–164, hier S. 150.

²² Vgl. Robert von Friedeburg, Klassen-, Geschlechter- oder Nationalidentität? Handwerker und Tagelöhner in den Kriegervereinen der neupreußischen Provinz Hessen-Nassau 1890–1914, in: Frevert (Anm. 18), S. 229–244; Frevert (Anm. 17), S. 193–301.

²³ Vgl. David Schoenbaum, Zabern 1913. Consensus Politics in Imperial Germany, London 1982.

²⁴ Vgl. Christa Hämmerle, Die k. (u.) k. Armee als „Schule des Volkes“? Zur Geschichte der Allgemeinen Wehrpflicht in der multinationalen Habsburgermonarchie, in: Jansen (Anm. 19), S. 175–213.

in der k.u.k-Armee zumindest teilweise auffangen, wenngleich sie bis 1914 deutlich zunahmen, wie die seit 1905 wieder zunehmende Zahl der nicht zur Einstellung erscheinenden Rekruten zeigte. Auch der Blick auf populäre Militärfeiern und Kriegervereine verdeutlicht, dass es der auf Kaiser Franz Joseph I. als paternalistischen Landesvater fokussierten Militärkultur der Doppelmonarchie bis 1914 insgesamt erstaunlich gut gelang, die Loyalität ihrer multi-ethnischen Bevölkerung sicherzustellen.²⁵

Ganz anders war die Lage in dem auf überseeische Besitzungen gegründeten Britischen Empire. Dessen Weltgeltung sicherte die Royal Navy, und so blieben die Landstreitkräfte eine vergleichsweise winzige und dafür im Unterhalt recht teure Berufsarmee. In Großbritannien ersetzte „die Einkommensteuer (...) den Wehrdienst“.²⁶ Eine Wehrpflicht wurde erst 1916 im Zuge des Weltkrieges eingeführt und nach seinem Ende bald wieder ausgesetzt. Eine Krise der „imperial defense“ trat aber bereits im Burenkrieg 1899 bis 1902 gegen die zumeist niederländischen Siedler in Südafrika hervor. Der schlechte Gesundheitszustand vieler weißer Soldaten aus dem Mutterland machte Schlagzeilen und legte die ungenügende Versorgung der britischen Arbeiterklasse bloß. Um den Krieg zu gewinnen, musste Stabschef Lord Kitchener auch Schwarze als Soldaten rekrutieren. Damit bereitete er die multi-ethnische Zusammensetzung der britischen Armee im Ersten Weltkrieg vor.²⁷

MILITÄR UND GESCHLECHTERORDNUNG

Die allgemeine Wehrpflicht mobilisierte nicht nur personelle Ressourcen mit einschneidenden Implikationen für die Zivilgesellschaft und trug zur inneren Nationsbildung bei. Sie hatte außerdem fundamentale Auswirkungen auf die Geschlechterordnung. Ein langfristig steigender Prozentsatz junger Männer musste in einer formativen

Lebensphase zwei oder drei Jahre in einer exklusiv männlichen, geschlossenen Form der Vergemeinschaftung in der Kaserne verbringen. Das Militär wurde damit, wie der Pädagoge Friedrich Paulsen 1902 prägnant formulierte, zur „Schule der Männlichkeit“.²⁸ Vor 1914 entwickelte diese Reformulierung männlicher Geschlechterideale in verschiedenen Formen eine prägende Wirkung in der Zivilgesellschaft. Das geschah über den Glanz, den die farbenprächtigen Uniformen ausstrahlten, ebenso wie über die Gewöhnung an die stramme Haltung, die Soldaten und Offiziere erlernen mussten und die ihre Körperlichkeit prägte.

Die militärische Umprägung männlicher Geschlechterbilder war bereits vor 1914 kein geradliniger Prozess. So hatten viele Bauernsöhne sichtliche Schwierigkeiten, ihren Körper an die genau abgezielten Bewegungen zu gewöhnen, die der Parademarsch ihnen abverlangte. Und auch im bürgerlichen Offiziersnachwuchs gab es Zweifel und Ambivalenzen, wie etwa das Beispiel Martin Niemöllers zeigt, des späteren Theologen und Mitglieds der Bekennenden Kirche. Er trat 1910 als Seekadett in die kaiserliche Marine ein, hatte aber erhebliche Probleme, sich an den rauen Ton der Männerkameradschaft zu gewöhnen. Wortreich beklagte er sich 1913 in seinem Tagebuch über die „Zoten gemeinster Art“, mit der viele Marineoffiziere ihm wichtige Ideale wie die Familie und die aufrichtige Liebe zu einer Frau zur Zielscheibe ihres Spottes machten.²⁹

Aber die eigentliche Belastungsprobe militärischer Männlichkeit kam erst mit dem Ersten Weltkrieg, wie vor allem die innovative Forschung zur britischen Armee eindringlich herausgearbeitet hat. Die in der Kitchener Army dienenden Freiwilligen mussten bald nach ihrer Ankunft auf den Schlachtfeldern Belgiens und Nordfrankreichs erfahren, dass die körperliche Realität des Militärdienstes sich von den hochfliegenden Erwartungen der Vorkriegszeit dramatisch unterschied. In den kärglichen Lebensbedingungen der verdreckten Frontquartiere brachen die Vorstellun-

²⁵ Vgl. Laurence Cole, *Military Culture and Popular Patriotism in Late Imperial Austria*, Oxford 2014.

²⁶ Hew Strachan, *Militär, Empire und Civil Society. Großbritannien im 19. Jahrhundert*, in: Frevert (Anm. 18), S. 78–93, hier S. 92.

²⁷ Vgl. Jörn Leonhard, *Integrationserwartungen und Desintegrationserfahrungen. Empire und Militär in der Habsburgermonarchie und in Großbritannien vor 1914*, in: Echternkamp/Schmidt/Vogel (Anm. 15), S. 149–164, hier S. 160f.

²⁸ Ute Frevert, *Das Militär als Schule der Männlichkeit. Erwartungen, Angebote, Erfahrungen im 19. Jahrhundert*, in: dies. (Anm. 18), S. 145–173, hier S. 145.

²⁹ Zit. nach Benjamin Ziemann, *Ambivalente Männlichkeit. Geschlechterbilder und -praktiken in der kaiserlichen Marine am Beispiel von Martin Niemöller*, in: *L'Homme. Europäische Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft* 2/2018, S. 91–108, hier S. 99.

gen eines reinlichen und gesunden Männerkörpers rasch zusammen. Die Realität massenhafter physischer Verstümmelungen zeigte, dass die soldatischen Männerkörper den Belastungen des Maschinenkrieges nicht gewachsen waren. Junge bürgerliche Soldaten und Frontoffiziere suchten in dieser verwirrenden Realität eine emotionale Selbstvergewisserung in der Korrespondenz mit ihren Müttern. Aber dieser briefliche Dialog brachte die sanften, femininen Seiten ihrer Rolle im Militär nur umso stärker hervor.³⁰ In allen europäischen Ländern antworteten die Veteranen und Veteranenverbände auf diesen Schock mit der Flucht in den Mythos der Kameradschaft. Nur in der intimen Kameradschaft unter Männern ließe sich der Schrecken des Krieges ertragen und die aggressiv-maskulinen und fürsorglich-passiven Seiten der Rolle des Soldaten ausbalancieren. Nach der Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland 1935 wurde der Kameradschaftsmythos zu einem tragenden Gerüst der Gruppenkultur der Wehrmacht und prägte auch noch die Erinnerungskultur an den Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik.³¹ Soldaten, die diesem hegemonialen Männlichkeitsmodell nicht folgen wollten, blieben Außenseiter in der Truppe. Es ist deshalb kein Zufall, dass ein nicht hegemoniales, unsoldatisches Verständnis der eigenen Männlichkeit das wichtigste gemeinsame Merkmal all jener Wehrmachtssoldaten war, die sich dem Militärdienst durch die Fahnenflucht entzogen.³²

FAZIT

Durch die Annäherung der Militärgeschichte an Fragestellungen und Methoden der Kultur-, Sozial- und Geschlechtergeschichte in den vergangenen 30 Jahren haben sich neue Perspektiven auf das Verhältnis von Militär und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert ergeben. Damit ist die Militärgeschichte zu einem wichtigen und weithin anerkannten Teil der historischen Forschung geworden. Diese inhaltliche und methodische Neuorientierung geschah nicht ohne Abwehrreflexe einzelner Militärhistoriker. Nach deren Überzeugung muss die Analyse militärischer Operationen weiterhin ein „zentraler“ und damit methodisch privilegierter „Bestandteil der Kriegsgeschichte“ bleiben.³³ Vorbehalte gab es auch dagegen, dass die Militärgeschichte nun aus ihrer lebensweltlichen Verankerung im Militär herausgelöst und vorwiegend von „ungedienten“ Zivilisten praktiziert wurde. Wenn man seine Kenntnisse „allein aus Handbüchern“ schöpfe, so der Einwand, werde das „tiefere Verständnis der Militärgeschichte vielleicht verborgen bleiben“.³⁴ Doch dies waren, in militärischer Diktion formuliert, letztlich nur Nachhutgefechte, die der weiteren thematischen Ausweitung militärhistorischer Arbeiten nicht im Wege stehen.³⁵

30 Vgl. Joanna Bourke, *Dismembering the Male: Men's Bodies, Britain & the Great War*, Chicago–London 1996; Michael Roper, *The Secret Battle. Emotional Survival in the Great War*, Manchester 2009.

31 Vgl. ebd.; Thomas Kühne, *Kameradschaft. Die Soldaten des nationalsozialistischen Krieges und das 20. Jahrhundert*, Göttingen 2006; Mark Cornwall/John Paul Newman (Hrsg.), *Sacrifice and Rebirth: The Legacy of the Last Habsburg War*, New York–Oxford 2016.

32 Vgl. Magnus Koch, *Fahnenfluchten. Deserteure der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg. Lebenswege und Entscheidungen*, Paderborn 2008.

33 Rolf-Dieter Müller, *Militärgeschichte*, Köln–Weimar–Wien 2009, S. 20f.

34 Ebd. Vgl. Sönke Neitzel, *Militärgeschichte ohne Krieg? Eine Standortbestimmung der deutschen Militärgeschichtsschreibung über das Zeitalter der Weltkriege*, in: Hans-Christof Kraus/Thomas Nicklas (Hrsg.), *Geschichte der Politik. Alte und Neue Wege*, München 2007, S. 287–308, hier insb. S. 293f., S. 302.

35 Vgl. die Kritik bei Jörg Echternkamp, *Wandel durch Annäherung oder: Wird die Militärgeschichte ein Opfer ihres Erfolges?*, in: ders./Schmidt/Vogel (Anm. 15), S. 1–38, hier S. 22ff., S. 29f.

BENJAMIN ZIEMANN

ist Professor für neuere deutsche Geschichte an der University of Sheffield.

b.ziemann@sheffield.ac.uk

„VORSORGENDE WOHLFAHRTSARBEIT AM VOLKSKÖRPER“

Militär und militärische Interessen als Impulsgeber staatlicher Sozialpolitik

Herbert Obinger

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts schufen alle westeuropäischen Staaten ihre ersten Sozialgesetze. Den Auftakt machte die Arbeiterschutzgesetzgebung, die vorerst auf Kinder und Jugendliche beschränkt blieb, später auf Frauen und schließlich die gesamte Industriearbeiterschaft ausgedehnt wurde. Ab den 1880er Jahren erfolgte ausgehend vom Deutschen Kaiserreich der Durchbruch der Sozialversicherung, und am Vorabend des Ersten Weltkrieges hatten bereits alle westeuropäischen Staaten zumindest ein Sozialversicherungsprogramm geschaffen.⁰¹ Nach dem Ersten Weltkrieg fand die Arbeitslosenversicherung in Europa rasch Verbreitung, und rund um den Zweiten Weltkrieg wurden erstmals staatliche Geldleistungen für Familien eingeführt.

Die Entstehung und Expansion des modernen Sozialstaates hat viele Ursachen. Neben tief greifenden sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen im Zuge der Industriellen Revolution und dem damit verbundenen Aufstieg der Arbeiterbewegung spielten auch die Entstehung von Nationalstaaten, die Legitimationsnöte autokratischer Regime sowie Säkularisierungs- und Demokratisierungsprozesse eine wichtige Rolle.⁰² Die Entstehungsgeschichte des Sozialstaates hat jedoch auch dunkle Seiten. Geleitet von außenpolitischen Machtambitionen des Staates, haben auch militärische Interessen, Krieg und die Kriegsfolgenbewältigung die staatliche Sozialpolitik geprägt. Vereinzelt war sogar das Militär ein relevanter sozialpolitischer Akteur, und zwar nicht nur, wenn es um die soziale Sicherung von Armeemitgliedern und ihren Familien ging.⁰³

Ein Einfluss des Militärs und militärischer Interessen auf Sozialpolitik mag auf den ersten Blick überraschen. Bei näherer Betrachtung zeigen sich jedoch eine Reihe von Schnittstellen, die

dann augenscheinlich werden, wenn die Veränderungen in der Militärorganisation und -technologie, die tief greifenden sozioökonomischen Umbrüche sowie die steigenden internationalen Spannungen im späten 19. Jahrhundert in der Zusammenschau betrachtet werden.

Fast alle kontinentaleuropäischen Länder führten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die allgemeine Wehrpflicht ein.⁰⁴ Gleichzeitig machte die Militärtechnologie enorme Fortschritte: Die Entwicklung des Maschinengewehrs und technische Innovationen bei der Artillerie und Marine erhöhten massiv Feuer- und Zerstörungskraft der Waffensysteme. Transportmittel wie die Eisenbahn, die Motorisierung der Streitkräfte und neue Kommunikationstechnologien wie Telegraf und Telefon beschleunigten die räumliche Ausdehnung von Kriegen. All das trug zu einer Totalisierung der Kriegführung bei, die nun darauf abzielte, den Gegner vollständig zu unterwerfen und seine militärischen und wirtschaftlichen Kapazitäten zu vernichten. Die steigenden Spannungen zwischen den europäischen Nationalstaaten machten dieses Szenario immer wahrscheinlicher, bis es schließlich 1914 grausame Realität wurde.

Diese Umwälzungen in der Militärtechnologie und Armeeorganisation fielen zeitlich in eine Phase fortschreitender Industrialisierung und demografischer Umbrüche. Infolge der Wanderungsbewegung in die meist urbanen Industriezentren lösten sich die familialen und berufsförmigen Sozialschutzeinrichtungen der alten, agrarisch-handwerklich geprägten Welt auf, während der neue kapitalistische Arbeitsmarkt die Arbeitgeber von jeglicher sozialen Fürsorgepflicht entkoppelte, sodass auch Kinder und Jugendliche durch Fabrikarbeit zur Existenzsicherung beitragen mussten.

Mit dem Aufkommen des industrialisierten Massenkriegs rückten die Quantität und Qualität der Bevölkerung⁰⁵ und damit verbundene Implikationen für die „Volks- und Wehrkraft“ in den Blickpunkt. Aus diesem Zusammenhang resultierten wichtige Impulse für sozial- und bildungspolitische Reformen sowie ein gesteigertes Interesse des Militärs an diesen Fragen. Handlungsleitend waren rein machstrategische und militärfunktionale Motive, die bereits in der Phase der Kriegsplanung sozialpolitischen Niederschlag fanden. Bei Kriegsausbruch wurden militärisch motivierte Legitimations- und Motivationsaspekte sozialpolitisch bedeutsam, während nach Kriegsende die Demobilisierung der Millionenheere und die Bewältigung des kriegsinduzierten Massenelends die Expansion des Sozialstaats antrieben.

PRONATALISTISCHE BEVÖLKERUNGSPOLITIK

Im Zeitalter des Massenkriegs rückte die Bevölkerungspolitik in den Fokus militärstrategischer Planungen. Das von den Militärs abschätzig meist als „Menschenmaterial“ bezeichnete Potenzial an mobilisierbaren Soldaten zog Ende des 19. Jahrhunderts durch den einsetzenden demografischen Übergang, also die lange und mehrstufige Transformation von sehr hohen zu niedrigen Geburten- und Sterberaten, zunehmend Aufmerksamkeit auf sich. Für das Militär war primär die Größe der wehrfähigen Bevölkerung von Interesse, vor allem die Geburtenrate. Die modernisierungsbedingten demografischen Veränderungen waren in der Tat enorm, zwischen 1870 und 1940 sank die Geburtenhäufigkeit in der westlichen Welt um etwa 50 Prozent.⁰⁶ Diese Transformation erfolgte in Abhängigkeit des nationalen Modernisierungs- und Industrialisierungsgra-

des jedoch zeitversetzt. Ungewöhnlich früh setzte der Rückgang der Geburtenrate in Frankreich ein. Aufgrund der vergleichsweise geringen Geburtenziffern kursierten dort seit den 1880er Jahren massive Depopulationsängste. Demografische Untergangsszenarien („finis Galliae“) und die traumatische Niederlage im deutsch-französischen Krieg 1870/71 gaben Anstoß für eine pronatalistische Bevölkerungspolitik, die über breiten Rückhalt in Politik und Militär verfügte.⁰⁷ Neben Propaganda wurde die Sozial- und Steuerpolitik als Instrument entdeckt, die Geburtenrate zu steigern und die Kindersterblichkeit zu bekämpfen. So wurde Frankreich zum Pionier staatlicher Familienpolitik. Noch vor dem Ersten Weltkrieg wurden Steuerbegünstigungen und selektive Transferleistungen für kinderreiche Familien sowie 1931 universelle Geldleistungen für Familien eingeführt.

Als der demografische Übergang mit Verspätung in Deutschland und Italien einsetzte, tauchten im Kontext der militärischen Expansionsbestrebungen des italienischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus ähnliche demografische Untergangsszenarien auf. Die Einwohnerzahl eines Landes wurde mit Macht und Weltgeltung gleichgesetzt. Benito Mussolini forderte 1927 für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts den Anstieg der Bevölkerung Italiens auf 60 Millionen, denn „was sind 40 Millionen Italiener gegen 90 Millionen Deutsche und 200 Millionen Slawen?“⁰⁸ Die Nationalsozialisten sahen im Geburtenrückgang einen Vorboden des drohenden „Volkstods“.⁰⁹ Für einen Apologeten des totalen Krieges wie Erich Ludendorff war der Geburtenschwund eine „unermessliche Gefahr“, die „sich in der Wehrmacht fühlbar machen muß“.¹⁰ Daher forderte er eine pronatalistische und nach eugenischen Prinzipien ausgerichtete Bevölkerungspolitik. Dadurch entstünde ein „gesundes, sich meh-

01 Vgl. Jens Alber, *Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat*, Frankfurt/M.–New York 1982.

02 Zu den Theorien des Sozialstaates vgl. Herbert Obinger/Manfred G. Schmidt (Hrsg.), *Handbuch Sozialpolitik*, Wiesbaden 2019, Teil 2.

03 Für die USA vgl. etwa Jennifer Mittelstadt, *The Military Welfare State*, Cambridge MA 2014.

04 Vgl. Roland G. Foerster, *Die Wehrpflicht. Entstehung, Erscheinungsformen und politisch-militärische Wirkung*, München 1994.

05 Vgl. Richard Titmuss, *War and Social Policy*, in: ders., *Essays on the Welfare State*, London 1958, S. 75–87.

06 Vgl. Michael S. Teitelbaum/Jay M. Winter, *The Fear of Population Decline*, London 1985, S. 14.

07 Vgl. Richard Tomlinson, *The „Disappearance“ of France, 1860–1940. French Politics and the Birth Rate*, in: *The Historical Journal* 2/1985, S. 405–415; Nikolas Dörr, „As far as numbers are concerned, we are beaten“. *Finis Galliae and the Nexus Between Fears of Depopulation, Welfare Reform and the Military in France During the Third Republic, 1870–1940*, in: *Historical Social Research* 2020 (i. E.).

08 Zit. nach David Victor Glass, *Italian Attempts to Encourage Population Growth*, in: *The Review of Economic Studies* 2/1936, S. 106–119, hier S. 106.

09 Vgl. Eckart Reidegeld, *Krieg und staatliche Sozialpolitik*, in: *Leviathan* 4/1989, S. 479–526.

10 Erich Ludendorff, *Der totale Krieg*, München 1937, S. 23.

rendes Geschlecht, das dem Heere zahlreichen und kraftvollen Ersatz gibt und fähig ist, den toten Krieg zu führen und zu ertragen“.

Ludendorff sprach aus Erfahrung. Als faktischer Chef der 3. Obersten Heeresleitung (OHL) beauftragte er im Ersten Weltkrieg angesichts der hohen Verluste und der zunehmend desaströsen Versorgungslage den preußischen Generalstabsarzt und Leiter des Feldsanitätswesens Otto von Schjerning mit der Ausarbeitung einer aus sozialpolitischer Sicht bemerkenswerten Denkschrift.¹¹ Ausgehend von der These, dass Macht und Wohlfahrt eines Staates auf der Zahl und Kraft seiner Bevölkerung gründet, wird darin konzediert, dass erst der Weltkrieg die Relevanz dieser Faktoren drastisch vor Augen geführt hat.¹² Konkret werden in der Denkschrift der Rückgang der Geburtenziffer, die hohe Säuglingssterblichkeit und die hohen direkten und indirekten Kriegsverluste beklagt. Zur „Wiederherstellung und Hebung der deutschen Volks- und Wehrkraft“ werden dutzende Maßnahmen vorgeschlagen, die einem sozialpolitischen Aktionsprogramm gleichkommen: Zuschüsse und günstige Kredite für Hausstandsgründungen, die Besserstellung von Verheirateten im Erwerbsleben, Steuerentlastungen für Verheiratete bei höherer Besteuerung von Unverheirateten sowie bessere Wohnverhältnisse in den Städten zur Bekämpfung von Hygieneproblemen, Kinderarmut und Kindersterblichkeit. Letztere sollte durch bessere Säuglingsernährung und Säuglingspflege, den Bau von „Gebäranstalten“, ein Hebammengesetz sowie Stillprämien eingedämmt werden. Maßnahmen zum Kinder- und Jugendschutz umfassen den Ausbau von Kinderkrippen und Kindergärten, die Einführung flächendeckender schulärztlicher Untersuchungen, die Ausweitung des Turnunterrichts, bessere Hygienebedingungen in Schulen, die Bereitstellung von Milch und die höhere Besteuerung von Tabak und Alkohol. Breiten Raum nehmen in der Denkschrift auch Maßnahmen zur Abgeltung familienbedingter Mehrkosten ein. Dazu zählen eine (private) Mutter- und Elternschaftsversicherung, eine mit stei-

gender Kinderzahl progressive steuerliche Entlastung von Familien, die höhere Besteuerung von Kinderlosen und Schulgeldnachlässe für kinderreiche Familien. Ähnliche Maßnahmen wurden auch im Reichstag diskutiert, wegen fehlender Mittel und politischen Widerstands blieben konkrete Maßnahmen in der späten Kriegsphase aber aus.

Die Nationalsozialisten knüpften an einige dieser familienpolitischen Vorschläge an. Die Einführung der Ehestandsdarlehen, des Kindergelds und die Reform der Steuerklassen diene pronatalistisch-völkischen Zielen und war nicht zuletzt militärisch motiviert.¹³ Militärische Expansionsbestrebungen lagen auch dem Pronatalismus des italienischen Faschismus zugrunde, wo neben Propaganda und einer Verschärfung des Abtreibungsrechts auch mit sozial- und steuerpolitischen Maßnahmen versucht wurde, die Geburtenraten zu erhöhen. Hierzu zählten Strafsteuern für Ledige und kinderlose Paare, Steuerentlastungen für kinderreiche Familien, Kindergeld, die Bevorzugung verheirateter Personen mit Kindern bei Beschäftigung und im Wohnungswesen sowie diverse Maßnahmen zur Verbesserung des Mutterschutzes und zur Eindämmung der Kindersterblichkeit.¹⁴ Ein Effekt auf die Geburtenrate blieb aus, was den Frankfurter Journalisten und Kommunalpolitiker Ernst Kahn zur spöttischen Bemerkung veranlasste, dass „die Macht des italienischen Diktators vor dem Schlafzimmer ein Ende findet, denn trotz aller Bemühungen sinkt die Fruchtbarkeit in Italien von Jahr zu Jahr“.¹⁵

STÄRKUNG DER WEHRKRAFT

Neben der Menge an Soldaten wurde im Kontext der geschilderten militärtechnologischen und sozioökonomischen Umwälzungen auch die „Qualität“ der Bevölkerung von zunehmender militärischer Relevanz. Allen voran galt dies für

¹¹ Vgl. Denkschrift der Obersten Heeresleitung über die deutsche Volks- und Wehrkraft, BAArch-Militärarchiv PH 3/446, S. 1–52.

¹² Vgl. Nikolas Dörr/Lukas Grawe, *Military Influence on German Pronatalism Before and During the First World War*, in: *Contemporanea. Rivista di storia dell'800 e del '900* 2020 (i. E.).

¹³ Vgl. Klaus-Jörg Ruhl, *Die nationalsozialistische Familienpolitik (1933–1945). Ideologie – Maßnahmen – Bilanz*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 8/1991, S. 479–488.

¹⁴ Vgl. Glass (Anm. 8), S. 3; Lauren E. Forcucci, *Battle for Births. The Fascist Pronatalist Campaign in Italy 1925 to 1938*, in: *Journal of the Society for the Anthropology of Europe* 1/2010, S. 4–13.

¹⁵ Ernst Kahn, *Der internationale Geburtenstreik. Umfang, Ursachen, Wirkungen, Gegenmaßnahmen?*, Frankfurt/M. 1930, S. 49.

den Gesundheits- und Bildungsstand potenzieller Rekruten. Der Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft blieb auch für die Armee nicht folgenlos. Anstelle physisch kräftiger junger Männer vom Land traten immer mehr städtische Industriearbeiter vor die Musterungskommissionen. Die Musterungen lieferten erstmals Massendaten zum Gesundheits- und Bildungsstand der männlichen Bevölkerung.¹⁶ In Ländern wie Österreich-Ungarn waren bis zu 70 Prozent der gemusterten jungen Männer untauglich.¹⁷ Mit Blick auf nationale Wehrkraft und hohe Mobilisierungsstärke waren diese Zahlen angesichts sinkender Geburtenziffern spätestens im Kriegsfall für die Militärs besorgniserregend.

In der Tat gibt es hinreichend Belege, dass die schlechte körperliche Verfassung der jungen Bevölkerung sozialpolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Volksgesundheit mit angestoßen hat. Im Zentrum standen neben der Arbeitsschutzgesetzgebung auch gesundheitspolitische Programme, die auf die Verringerung der Säuglings- und Kindersterblichkeit abzielten. Eines der ersten Beispiele ist das preußische „Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken“ vom 9. März 1839. Den Impuls lieferte ein Landwehrgeschäftsbericht des preußischen Generalleutnants Heinrich Wilhelm von Horn aus dem Jahr 1828, in dem er auf sinkende Rekrutenzahlen aufgrund der weitverbreiteten Kinderarbeit in den rheinländischen Industrieregionen hingewiesen hatte.¹⁸ Dieses Regulativ umfasste Arbeitsschutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche und koppelte eine zulässige Erwerbsarbeit Minderjähriger an einen Schulbesuch. Zwar spielen militärische Argumente im Entscheidungsprozess keine Rolle mehr, dennoch kann dieses frühe Sozialgesetz als ein Beleg für eine militärisch inspirierte Staats-tätigkeit in der Sozial- und Bildungspolitik in einer Pioniernation der allgemeinen Wehrpflicht angesehen werden. Auch in der späteren deutschen Arbeiterschutzgesetzgebung tauchen wiederholt militärische Motive auf – allen voran der Beitrag

der Arbeiterschutzgesetzgebung zur Stärkung der Wehrkraft. Es waren von wenigen Ausnahmen abgesehen aber nicht Militärs, sondern die politischen Eliten, die Argumente dieser Art bemühten. Selbst die Sozialdemokraten versuchten, mit dem Wehrkraftargument die Konservativen von der Sinnhaftigkeit potenzieller Sozialreformen zu überzeugen.¹⁹ Die bereits erwähnte Denkschrift der 3. OHL regte ebenfalls Arbeitsschutzmaßnahmen an, etwa die Ausdehnung des Fabrikarbeiterschutzes bis zum 18. Lebensjahr oder einen besseren Schutz für werdende Mütter sowie Frauen in körperlich anspruchsvollen Berufen. Auch das nationalsozialistische Jugendschutzgesetz (1938) und das Mutterschutzgesetz (1942) standen in der Tradition einer militärisch motivierten Sozialpolitik.²⁰

Dieser Nexus zwischen Arbeiterschutz und Wehrkraft war keinesfalls auf Deutschland beschränkt, sondern findet sich auch in den Begründungen für die schweizerische Fabrikgesetzgebung oder die Arbeiterschutzreformen der Habsburgermonarchie in den 1880er Jahren. In Großbritannien wurde das militärische Desaster der Burenkriege mit den negativen Folgen der Industrialisierung („soziale Degeneration“) im Mutterland in Verbindung gebracht und gab in der Folge Anstoß für Sozialreformen im Bereich der Kinder- und Jugendfürsorge.²¹ In Japan waren es sogar rechtsnationale Militärs, die im Kontext eines Expansionskriegs Sozialreformen initiierten. Angesichts einer Untauglichkeitsquote von 40 Prozent wurde 1938 auf Betreiben des Generals und Militärarztes Chikahiko Koizumi ein Wohlfahrtsministerium geschaffen, dessen Leitung er später übernahm. Zentrale Maßnahme war eine massive Ausweitung der Krankenversicherung, deren Deckungsgrad von 3,9 Millionen im Jahr 1937 auf über 50 Millionen Versicherte im Jahr 1944 anstieg. Die 1942 eingeführte Rentenversicherung diente nicht zuletzt auch der Kriegsfinanzierung.²²

¹⁶ Vgl. Heinrich Hartmann, *Der Volkskörper bei der Musterung. Militärstatistik und Demographie in Europa vor dem Ersten Weltkrieg*, Göttingen 2011.

¹⁷ Vgl. Emmerich Tálos, *Staatliche Sozialpolitik in Österreich*, Wien 1981.

¹⁸ Horns Bericht ist verschollen, erhalten ist aber die Reaktion von Friedrich Wilhelm III. darauf, siehe GStA PK, I. HA Rep. 120, Ministerium für Handel und Gewerbe, BB VII 3, Nr. 1, Bd. 1, 85 VS.

¹⁹ Vgl. Nikolas Dörr/Lukas Grawe/Herbert Obinger, *The Military Origins of Labor Protection Legislation in Imperial Germany*, in: *Historical Social Research* 2020 (i. E.).

²⁰ Vgl. Lukas Grawe, „Im Interesse der Volksgesundheit und der Wehrhaftmachung des deutschen Volkes“. Militärische Motive in der Genese des Jugendschutzgesetzes von 1938, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 2020 (i. E.).

²¹ Vgl. Deborah Dwork, *War is Good for Babies and Other Young Children. A History of the Infant and Child Welfare Movement in England, 1898–1918*, London 1987.

²² Vgl. Gregory J. Kasza, *War and Welfare Policy in Japan*, in: *Journal of Asian Studies* 2/2002, S. 417–435, hier S. 425.

Der rapide (militär-)technologische Fortschritt erhöhte auch die Qualifikationserfordernisse in den Volksheeren. Zwar wurden durch die allgemeine Wehrpflicht nun auch die gebildeteren Bevölkerungsschichten in die Armee eingezogen, dennoch war im 19. Jahrhundert vor allem in den südöstlichen Regionen Europas der Analphabetismus noch weitverbreitet. Die Bedienung und Wartung der technologisch immer ausgereifteren Waffen- und Kommunikationssysteme erforderten jedoch basale Lese-, Schreib- und Rechenkenntnisse. Auch militärische Propaganda und Massenedoktrination setzen eine einheitliche Landessprache und Lesekenntnisse der Bevölkerung voraus. In multinationalen Streitkräften wie in Österreich-Ungarn kam der Erwerb von Sprachkenntnissen zur Sicherstellung einer effektiven militärischen Kommunikation hinzu.²³ Bildung wurde daher zunehmend militärisch bedeutsam. Zum einen unterhielten die Armeen Bildungseinrichtungen, organisierten Alphabetisierungsprogramme und wurden damit sprichwörtlich zu einer „Schule der Nation“.²⁴ Zum anderen gibt es Evidenz, dass militärische Niederlagen und militärische Rivalitäten zwischen Staaten zu staatlichen Bildungsreformen und höheren Bildungsausgaben führten.²⁵ Ein Beispiel ist das österreichische Reichsvolksschulgesetz von 1869, das die achtjährige Schulpflicht festlegte und ein Jahr nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht verabschiedet wurde. Beide Reformen wurden durch die Niederlage gegen Preußen in der Schlacht bei Königgrätz (1866) mit angestoßen. Als eine Ursache der Niederlage wurde der höhere Bildungsstand in Preußen identifiziert. Demgegenüber sei – so ein anonym Autor in der „Militär-Zeitung“ – die östliche Hälfte Österreichs ein „reiner Agrikulturstaat“ mit „einer Volksbildung, die an’s Asiatische streift“.²⁶ In der

gleichen Zeitschrift schrieb wenige Wochen später ein Militär: „Für die eigentliche Ursache unserer Niederlagen betrachte ich aber: ‚Das allzu starre Festhalten an Formen auf Kosten der selbstständigen Idee – des selbstdenkenden Geistes‘“. Die Kampfweise der Preußen „bewies, daß sie dem denkenden Geist jedes einzelnen Kommandanten ein höheres Recht einräumten, als der rohen Gewalt oder der strikten Form und dies war die Ursache ihrer taktischen Erfolge. Freilich ist es in Österreich nicht so leicht, der Idee einen so freien Spielraum zu lassen, wie in Preußen, weil die Intelligenz nicht so weit vorangeschritten ist, wie dort. (...) Mehr und mehr müßte aber die Intelligenz im ganzen Staate durch zweckentsprechenderen und ausgebreiteten Volksunterricht befördert werden, damit auch in die Masse und in jeden Einzelnen der Masse ein gewisser Ideenkreis verpflanzt würde.“²⁷ Ähnlich wie für die deutsche Arbeiterschutzgesetzgebung gilt aber auch hier, dass militärische Aspekte zwar einen Reformimpuls gaben, jedoch nicht das Hauptmotiv bei der Verabschiedung des Gesetzes bildeten.²⁸ Dennoch verteidigte der Unterrichtsminister das Reichsvolksschulgesetz im Parlament mit den Worten: „Nicht bloß auf dem Schlachtfelde, sondern auch auf dem Felde, welches der Ackersmann bebaut, überall ist die Volksschule entscheidend.“²⁹

SICHERUNG VON MASSENLOYALITÄT

Spätestens mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges erkannten die Sozialreformer den militärischen Wert der Sozialpolitik.³⁰ Der moderne Krieg – so der Generalsekretär der Gesellschaft für Soziale Reform, Waldemar Zimmermann – sei ein Volkskrieg, der „letzten Endes durch die Tüchtigkeit, die körperliche und sittliche Kraft der breiten Volksmassen entschieden wird“.³¹ Die

23 Vgl. Christa Hämmerle, Ein gescheitertes Experiment? Die Allgemeine Wehrpflicht in der multiethnischen Armee der Habsburgermonarchie, in: *Journal of Modern European History* 2/2007, S. 222–243.

24 Vgl. Thomas M. Duffy, Literacy Instruction in the Military, in: *Armed Forces and Society* 3/1985, S. 437–467; Michael Epkenhans/Gerhard P. Groß (Hrsg.), *Das Militär und der Aufbruch in die Moderne 1860–1890*, München 2003; Ute Frevert, *Die kasernierte Nation*, München 2001.

25 Vgl. Philippe Aghion/Torsten Persson/Dorothee Rouzet, Education and Military Spending, *The National Bureau of Economic Research, NBER Working Paper* 18049/2012.

26 Anonym, Österreichs Heeresfrage, in: *Militär-Zeitung*, 19. 12. 1866, S. 843f., hier S. 844. Für den Verfasser war dies ein Argument gegen die Wehrpflicht.

27 Anonym, Noch einmal über unsere militärischen Mißerfolge, in: *Militär-Zeitung*, 23. 1. 1867, S. 45f.

28 Vgl. Lukas Grawe, The Influence of Military Considerations on the 1869 „Reichsvolksschulgesetz“ in Imperial Austria, in: *Historical Social Research* 2020 (i. E.).

29 Stenographisches Protokoll Abgeordnetenhaus, 191. Sitzung, I. Sitzung, 23. 4. 1869, S. 5800.

30 Vgl. Friedrich Zahn, Deutsche Sozialpolitik und der Krieg, in: *Annalen des Deutschen Reichs für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft*, München 1916.

31 Waldemar Zimmermann, *Krieg und Sozialpolitik (Soziale Kriegsrüstung)*, Berlin 1915, S. 16f., S. 34.

deutsche Arbeiterschutz- und Sozialversicherungsgesetzgebung habe die Arbeits- und Hygienebedingungen, die medizinische Versorgung und den Schutz des „kindlichen Nachwuchses, dieses stärksten Quells der Wehrkraft des Volkes“, verbessert und zur „Stärkung der inneren Verbundenheit aller Volksklassen mit dem Staate“ beigetragen. Deshalb sei die Sozialpolitik ein wichtiges Element „sozialer Kriegsrüstung“, „vorbeugende Wohlfahrtsarbeit am Volkskörper“ und eine „starke Helferin zur kriegesischen Tüchtigmachung des deutschen Volkes“. Für den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Paul Kaufmann war die Arbeiterversicherung gar eine „Quelle deutscher Kriegsbereitschaft“,³² und er sah Ende 1914 im patriotischen Fieber in den Errungenschaften der Sozial- und Bildungspolitik den Grund für den Sieg: „Die Schlacht von Königgrätz hat bekanntlich der deutsche Schulmeister gewonnen. Jetzt siegen deutsche Schul- und Sozialpolitik.“³³

Es kam bekanntlich anders. Die bestehende Sozialpolitik war nicht in der Lage, das soziale Elend eines unerwartet langen, industriellen Massenkriegs zu lindern, während der nötige Ausbau in Kriegszeiten durch die exorbitanten Militärausgaben blockiert wurde. Das verschärfte aber die sozialen Spannungen und schuf Legitimationsprobleme. In dieser Situation wurde die Sozialpolitik zu Propagandazwecken instrumentalisiert. Zur Stärkung des Durchhaltewillens und der Kampfmoral der Truppen verwiesen deutsche Militärbehörden im Rahmen des sogenannten Vaterländischen Unterrichts auf die sozial- und bildungspolitischen Errungenschaften des Kaiserreichs für die Arbeiterschaft. In einem Erlass des stellvertretenden Generalkommandos des XIX. Armeekorps aus dem Jahr 1917 hieß es: „Die ganze soziale Gesetzgebung in ihren Grundlinien ist darzulegen. Es ist hinzuweisen auf die Millionensummen, die bisher von der Sozialversicherung an die Arbeiter gezahlt worden sind und täglich gezahlt werden. Vor allem ist hier zu betonen, daß die Zuschüsse, die das Reich zur Sozialversicherung beisteuert, ganz außerordentlich hohe sind. Hier ist nachdrücklich her-

vorzuheben, daß diese Leistungen Deutschlands für seine Arbeiter einzig in der Welt dastehen.“³⁴ Selbst die „Sozialdemokratische Feldpost“ verwies 1917 auf die Versicherungsgesetzgebung, die deutsche Sozialpolitik und mächtige Arbeiterorganisationen als verteidigungswürdige deutsche Errungenschaften.³⁵

All das wiederholte sich im großen Stil im Zweiten Weltkrieg. Große Sozialstaatsversprechen und der Kampf für eine gerechtere Nachkriegsordnung wurden den Entbehrungen und Schrecken des Krieges entgegengesetzt. Bekannte Beispiele sind Franklin D. Roosevelts „Bill of Economic Rights“ oder der britische Beveridge-Plan. Beide Regierungen erklärten die Gewährleistung sozialer Rechte mit der Atlantik-Charta sogar zu einem offiziellen Kriegsziel der Alliierten. Selbst ein totalitäres Regime wie das nationalsozialistische Deutschland war auf ein gewisses Maß an interner Kohäsion angewiesen und instrumentalisierte daher die völkische Sozialpolitik zur Sicherung von Massenloyalität.³⁶ Die Nazis versprachen den größten und vorbildlichsten Wohlfahrtsstaat der Welt für die Nachkriegszeit, und die Deutsche Arbeitsfront verfolgte mit dem „Sozialwerk des deutschen Volkes“ noch in den ersten Kriegsjahren entsprechende Planungen.³⁷ Die propagandistische Instrumentalisierung der Sozialpolitik war nun stärker nach außen gerichtet. Deutsche Kurzfassungen des Beveridge-Reports wurden von der Royal Air Force über Deutschland abgeworfen, während die Nazis auf internationaler Bühne ihr Gesellschaftsmodell propagierten.³⁸ Schon kurz nach dem Erscheinen des Beveridge-Reports hatte das Reichsarbeitsministerium eine deutsche Übersetzung angefertigt. Der ganze Report

³² Paul Kaufmann, Die Arbeiterfürsorge – eine Quelle deutscher Kriegsbereitschaft, in: Monatsblätter für Arbeiterversicherung 10–11/1914, S. 129–144.

³³ Ders., Soziale Fürsorge und deutscher Siegeswille, in: Deutsche Reden in schwerer Zeit, hrsg. von der Zentralstelle für Volkswohlfahrt und dem Verein für volkstümliche Kurse von Berliner Hochschullehrern, Berlin 1915, S. 32–62, hier S. 47.

³⁴ Auszug aus den Richtlinien für den „Vaterländischen Unterricht“ im Bereich des stellv. Generalkommandos des XIX. Armeekorps vom 15. 12. 1917, in: Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918, bearb. von Wilhelm Deist, Düsseldorf 1970, S. 889–894, hier S. 892.

³⁵ Vgl. Anne Lipp, Meinungslenkung im Krieg. Kriegserfahrungen deutscher Soldaten und ihre Deutung 1914–1918, Göttingen 2002, S. 206.

³⁶ Vgl. Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt/M. 2005.

³⁷ Vgl. Reidegeld (Anm. 9), S. 3; Ronald Smelser, Robert Ley. Hitlers Mann an der „Arbeitsfront“ – Eine Biographie, Paderborn 1989, S. 260 ff.

³⁸ Vgl. Sandrine Kott/Kiran Klaus Patel (Hrsg.), Nazism Across Borders. The Social Policies of the Third Reich and their Global Appeal, Oxford 2018.

würde – so ist im Vorwort zu lesen – lediglich die Rückständigkeit Englands auf dem Gebiet der Sozialpolitik illustrieren.³⁹ Intern aber befürchtete das Ministerium negative Auswirkungen auf die Stimmung der deutschen Arbeiter, sollten die Vorzüge des Beveridge-Plans in Deutschland bekannt werden, und forderte daher sozialpolitische Zugeständnisse.⁴⁰ Wie später im Kalten Krieg wurde die Sozialpolitik zum Gegenstand eines ideologischen Systemwettbewerbs. Nicht zufällig setzte sich in Großbritannien in den 1940er Jahren in Abgrenzung zum nationalsozialistischen *warfare state* der Begriff *welfare state* durch, der zuvor lediglich in intellektuellen Kreisen kursierte und eher negativ konnotiert war.⁴¹

SOZIALPOLITISCHE KRIEGSFOLGENBEWÄLTIGUNG

Der durch beide Weltkriege aufgestaute, ungeheure soziale Problemdruck entlud sich in der Nachkriegszeit unter veränderten politischen Kräfteverhältnissen in umfangreichen Sozialreformen.⁴² Die Demobilisierung der Millionenheere, politische Unruhen und Revolutionsängste

verstärkten nach Ende des Ersten Weltkrieges den Legitimations- und Handlungsdruck, öffneten aber auch gleichzeitig ein (kurzes) Reformfenster. Fast überall wurden eigenständige Arbeits- oder Sozialministerien geschaffen. Die neuen Sozialprogramme konzentrierten sich zunächst auf die Versorgung von Kriegsinvaliden und Hinterbliebenen sowie die Eingliederung von Veteranen. Diese Programme beanspruchten kurzfristig viele Ressourcen, enthielten aber auch innovative Elemente, die langfristig auch auf den „zivilen“ Sozialstaat, allen voran die Behindertenpolitik, ausstrahlten.⁴³ Im Kontext der militärischen Demobilisierung wurden Arbeitslosenhilfeleistungen eingeführt, die später in den kriegsgebeutelten europäischen Staaten durch Arbeitslosenversicherungen ersetzt wurden.⁴⁴ Im Arbeitsrecht ist die Einführung des Achtstundentags und von Kündigungsschutzregelungen zu nennen.⁴⁵ Auf internationaler Ebene wurde mit der Gründung der Internationalen Arbeitsorganisation (1919) die grenzüberschreitende, sozialpolitische Zusammenarbeit forciert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg lösten die Demokratien ihre Sozialstaatsversprechen ein, und die sozialpolitischen Verheißungen der Atlantik-Charta fanden 1948 Eingang in die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die erstmals soziale Rechte festschrieb. Auf nationaler Ebene wurde neben dem Um- und Ausbau bestehender sozialer Sicherungssysteme mit universellen Geldleistungen für Familien ein neuer Programmzweig eingeführt. Wiederum mussten unzählige militärische und zivile Kriegsoffer versorgt und Millionen von Veteranen in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt integriert werden. Die sozialpolitische Kriegsfolgenbewältigung bewirkte einen massiven, langfristigen Anstieg der öffentlichen Sozialausgaben⁴⁶ und ist – wie im Fall der Kriegsofferversorgung – bis zum heutigen Tag im Sozialbudget sichtbar.

HERBERT OBINGER

ist Professor für Vergleichende Staatstätigkeitsforschung und vergleichende Sozialpolitik an der Universität Bremen und Direktor der Abteilung Politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates am Socium – Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik.

herbert.obinger@uni-bremen.de

³⁹ Vgl. Reichsarbeitsministerium, Der Beveridgeplan. Nur für den Dienstgebrauch als Manuskript gedruckt, Berlin 1943.

⁴⁰ Vgl. Karsten Linne, „Die Utopie des Herrn Beveridge“. Zur Rezeption des Beveridge-Plans im nationalsozialistischen Deutschland, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 4/1999, S. 62–82.

⁴¹ Vgl. Klaus Petersen/Jörn Henrik Petersen, Confusion and Divergence: Origins and Meanings of the Term „Welfare State“ in Germany and Britain, 1840–1940, in: Journal of European Social Policy 1/2013, S. 37–51.

⁴² Vgl. Herbert Obinger/Klaus Petersen/Peter Starke, Warfare and Welfare. Military Conflict and Welfare State Development in Western Countries, Oxford 2018; Herbert Obinger/Carina Schmitt, World War and Welfare Legislation in Western Countries, in: Journal of European Social Policy, 31. 12. 2019 (online first).

⁴³ Vgl. Herbert Obinger/Lukas Grawe/Nikolas Dörr, Veteranen- und Kriegsofferversorgung und Sozialstaatsentwicklung in Australien, Deutschland, Österreich und den USA, in: Politische Vierteljahresschrift 2020 (i.E.).

⁴⁴ Vgl. Herbert Obinger/Carina Schmitt, Total War and the Emergence of Unemployment Insurance in Western Countries, in: Journal of European Public Policy, 27. 11. 2019 (online first).

⁴⁵ Vgl. Patrick Emmenegger, The Power to Dismiss. Trade Unions and the Regulation of Job Security in Western Europe, Oxford 2014.

⁴⁶ Vgl. Herbert Obinger/Carina Schmitt, The Impact of the Second World War on Postwar Social Spending, in: European Journal of Political Research 2/2018, S. 496–517.

SOLDAT SEIN

Sozialwissenschaftliche Debatten über den Wandel des Soldatenberufs

Nina Leonhard

Mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation infolge des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der Zunahme asymmetrischer, hybrider Konfliktlagen sind für die Bundeswehr wie für die meisten Streitkräfte in Europa Aufgaben entstanden, die sich von der Landes- und Bündnisverteidigung in vielerlei Hinsicht unterscheiden. Diese von „klassischer“ Kriegführung abweichenden Aufgaben brachten nicht nur eine Reihe struktureller Veränderungen mit sich. Deren augenfälligstes Beispiel ist die Aussetzung der Wehrpflicht,⁰¹ die in der Bundesrepublik allerdings erst 2011 und damit deutlich später als in anderen europäischen Ländern vollzogen wurde. Auch ein kultureller Wandel, bezogen auf zentrale Vorstellungen über Sinn und Zweck des Einsatzes militärischer Gewalt ebenso wie über den Soldatenberuf, war damit verbunden.

Sozialwissenschaftlich lassen sich solche Wandlungsprozesse auf verschiedene Arten erfassen: etwa in Form von Modellen, anhand derer Qualität und Richtung empirisch zu beobachten der Veränderungen abgebildet und bewertet werden (sollen); oder durch eine Analyse öffentlicher beziehungsweise veröffentlichter Debatten, also diskursiver Auseinandersetzungen über bestimmte Problemlagen – ausgehend von der Annahme, dass die so reproduziert und bestätigten oder aber modifizierten Deutungsmuster und Topoi dazu beitragen, soziale Wirklichkeit und damit die Art und Weise konstituieren, wie individuelle und kollektive Akteure die Welt um sich herum sehen und in ihr handeln.

Im Folgenden gebe ich einen Überblick über verschiedene Streitkräftemodelle, rekapituliere die Debatte um den Stellenwert des Kämpfens für das soldatische Berufsverständnis und komme darüber zu Einblicken in zentrale Merkmale und Herausforderungen des Soldatenberufs der Gegenwart. Im Mittelpunkt der Darstellung steht

die Situation der deutschen Streitkräfte, ergänzt durch punktuelle Verweise auf vergleichbare Zusammenhänge im internationalen Kontext.

VON VERTEIDIGUNGSARMEEN ZU POSTMODERNEN STREITKRÄFTEN

Die Feststellung, dass das Ende des Kalten Krieges auch und gerade für die Streitkräfte eine zentrale Zäsur bedeutete, erscheint als Gemeinplatz. Diese Zäsur in ihren Implikationen genau zu erfassen und einzuordnen, ist indes komplizierter. Einer der ersten umfassenden Ansätze hierzu stammt vom US-amerikanischen Militärsoziologen Charles Moskos mit seiner These von der Entwicklung westlicher Streitkräfte zu „postmodernen“ Streitkräften („postmodern military“).⁰² Ausgangspunkt hierfür ist die Annahme, dass das vorherrschende Kriegsbild beziehungsweise Bedrohungsszenario nicht nur die Verfasstheit der Streitkräfte, sondern auch die Form ihrer zivilgesellschaftlichen Einbindung bestimmt. Ändern sich Funktion und Aufgaben der Streitkräfte, hat dies nicht nur Auswirkungen auf das vorherrschende soldatische Berufsbild, sondern auch auf die personelle Zusammensetzung der Streitkräfte wie für die Interaktion der Streitkräfte mit der zivilen Umwelt, etwa das Verhältnis zu den Medien oder die Haltung der Bevölkerung zu ihnen. Moskos entwirft vor diesem Hintergrund eine Dreier-Typologie, um den Charakter westlicher Streitkräfte – vom US-Militär als Ankerfall abgeleitet – für die Zeit bis zum Zweiten Weltkrieg („Moderne“), für die Epoche des Kalten Krieges („Spätmoderne“) und die Zeit seit 1990 („Postmoderne“) zu beschreiben.

„Postmoderne“ Streitkräfte sind demnach typischerweise kleine Freiwilligenarmeen, zu deren Hauptaufgaben Peacekeeping und humanitäre Einsätze gehören – im angloamerikanischen

Sprachgebrauch: „military operations other than war“ (MOOTW). Für postmoderne Streitkräfte gilt nicht (mehr) der Kämpfer beziehungsweise Führer im Gefecht (wie zur Zeit bis 1945) oder der militärische Manager (wie zur Zeit des Kalten Krieges) als berufliches Leitbild, sondern der militärische Diplomat und wissenschaftlich (aus)gebildete Soldat („soldier-statesman“; „soldier-scholar“); sie zeichnen sich zudem durch die Integration vormals ausgeschlossener Personengruppen wie Frauen und Homosexuelle aus. Postmoderne Streitkräfte suchen schließlich engen Kontakt zu den Medien, haben es jedoch mit einer Bevölkerung zu tun, die ihnen weitgehend indifferent gegenübersteht.

Ungeachtet der Kritik an einer unzureichenden Begründung der die Typologie konstituierenden Merkmale wie auch am unscharf bleibenden Begriff der Postmoderne⁰³ diente Moskos' Streitkräftemodell in der internationalen militärsoziologischen Diskussion bis weit in die 2000er Jahre hinein als wichtiger Referenzpunkt für ländervergleichende Analysen westlicher Streitkräfte und hierzulande als Hintergrundfolie für eine Beschreibung der „neuen“ Bundeswehr als „Einsatzarmee“.⁰⁴ Eine inhaltlich gehaltvolle These, die es erlaubte, anhand des Konstrukts der Postmoderne über die reine Beschreibung von Veränderungen hinaus die damit verbundenen gesellschaftspolitischen Implikationen allgemein oder landesspezifisch auf den Punkt zu bringen, war hiermit jedoch nur bedingt verbunden.

01 Vgl. Karl Haltiner, *The Decline of the European Mass Armies*, in: Giuseppe Caforio (Hrsg.), *Handbook of the Sociology of the Military*, New York 2003, S. 361–384; Ines-Jacqueline Werker, *Wehrpflicht oder Freiwilligenarmee? Wehrstrukturerentscheidungen im europäischen Vergleich*, Frankfurt/M. 2006.

02 Vgl. Charles C. Moskos/James Burk, *The Postmodern Military*, in: ders. (Hrsg.), *The Military in New Times. Adapting Armed Forces After the Cold War*, Boulder 1994, S. 141–162; Charles C. Moskos, *Toward a Postmodern Military: The United States as a Paradigm*, in: ders./John Allen Williams/David R. Segal (Hrsg.), *The Postmodern Military. Armed Forces after the Cold War*, New York–Oxford 2000, S. 14–31.

03 Vgl. Bradford Booth/Meyer Kestnbaum/David R. Segal, *Are Post-Cold Militaries Postmodern?*, in: *Armed Forces & Society* 3/2001, S. 319–342.

04 Vgl. Moskos/Williams/Segal (Anm. 2); Wilfried von Bredow, *Die Streitkräfte im postmodernen Zwielft. Ziele und Probleme des militärischen Strukturwandels*, in: Sabine Collmer/Gerhard Kümmel (Hrsg.), *Europäische Streitkräfte in der Postmoderne*, Baden-Baden 2002, S. 11–28.

Für den deutschen Militärsoziologen Heiko Biehl war dies Mitte der 2000er Jahre der Anlass, in Auseinandersetzung und Erweiterung der Überlegungen von Moskos ein eigenes Modell zu entwickeln, um den Wandel, den speziell die Bundeswehr bis dahin durchlaufen hatte, kritisch zu erfassen.⁰⁵ Auch Biehl entwirft hierfür eine Typologie, die allerdings keinen historischen Verlauf, sondern zwei grundsätzlich unterschiedliche militärische Funktionslogiken idealtypisch repräsentieren soll: die „Verteidigungsarmee“ und die „Interventionsarmee“. Beim ersten Typus der „Verteidigungsarmee“ wird der Auftrag der Streitkräfte aus einer äußeren Bedrohung abgeleitet; er ist überwiegend stabil und gilt als selbstverständlich akzeptiert, was auch die personelle Zusammensetzung der Streitkräfte – in der Regel: auf Basis der Wehrpflicht – und den Status der Militärangehörigen („Landesverteidiger“) bestimmt. Demgegenüber hängt der Auftrag des zweiten Typs der „Interventionsarmee“ von den jeweiligen außen- und sicherheitspolitischen Interessenlagen des betreffenden Staates ab, die von Fall zu Fall unterschiedlich ausfallen können und daher stets von Neuem begründet werden müssen: Die Legitimation der Streitkräfte an und für sich und die Legitimation ihres Einsatzes fallen hier auseinander. Der Einsatz von Interventionsarmeen ist keine alternativlose „nationale Notwendigkeit“ (wie im Fall von Verteidigungsarmeen), sondern als Teil des „sicherheitspolitischen Kapitals“⁰⁶ eines Staates zu verstehen. Der Einsatz (oder Nichteinsatz) von Interventionsarmeen weist daher stets „ein voluntaristisches Moment“⁰⁷ auf, da die jeweils getroffene Entscheidung prinzipiell auch anders hätte ausfallen können.

Von diesen allgemeinen Überlegungen ausgehend, diskutiert Biehl Veränderungsprozesse der Bundeswehr auf der Makro-, Meso- und Mikroebene und kommt zum damaligen Zeitpunkt zu dem Schluss, dass es sich bei der seit den 1990er Jahren erfolgten Reform der Bundeswehr um eine „gehemmte Transformation“⁰⁸

05 Vgl. Heiko Biehl, *Von der Verteidigungs- zur Interventionsarmee. Konturen eines gehemmten Wandels*, in: Gerhard Kümmel, *Streitkräfte im Einsatz: Zur Soziologie militärischer Intervention*, Baden-Baden 2008, S. 9–20.

06 Vgl. ebd., S. 11, passim.

07 Vgl. ebd., S. 13.

08 Vgl. ebd., S. 17.

handle. Dies, so Biehl, sei allerdings nicht nur „der für einen Umbau notwendigen Zeit geschuldet“, sondern mitunter auch politisch so gewollt – aufgrund der Befürchtung, dass eine „umfassende Verfügbarkeit und Verwendbarkeit der Bundeswehr für militärische Interventionen größere Begehrlichkeiten“ aufseiten der Bündnispartner wecken würde.⁰⁹ Dies wiederum würde die seit 1990 aufgebrochene Spannung zwischen den beiden Handlungsmaximen verschärfen, die das außen- und sicherheitspolitische Selbstverständnis der Bundesrepublik konstituieren, nämlich Bündnissolidarität und militärische Zurückhaltung, und die Legitimation der Auslandseinsätze in der Öffentlichkeit weiter erschweren.

Biehls These vom gehemmten Wandel der Bundeswehr, in dem namentlich der fehlende sicherheitspolitische Konsens in der Bundesrepublik über Sinn und Zweck des Einsatzes militärischer Gewalt zum Ausdruck kommt, wurde im kleinen Kreis der deutschsprachigen Militärforscherinnen und -forscher durchaus rezipiert, entfaltete allerdings darüber hinaus keine Resonanz, zumal mit der Entscheidung über die Aussetzung der Wehrpflicht ab 2011 ein weiteres entscheidendes Merkmal der „alten“ Bundeswehr weggefallen war.

POSTHEROISCHE GESELLSCHAFT

Für ein größeres Publikum in Öffentlichkeit wie Wissenschaft sind vielmehr die ebenfalls Mitte der 2000er Jahre entstandenen Überlegungen des Berliner Politikwissenschaftlers Herfried Münkler zur „postheroischen Gesellschaft“ einschlägig geworden.¹⁰ Münkler griff hier die US-amerikanische Debatte um „postheroische Kriegführung“¹¹ auf, um die Herausforderungen des Umgangs mit militärischer Gewalt und den dabei entstehenden Opfern (auf der eigenen wie der anderen Seite) zu diskutieren, die sich speziell für politische Gemeinschaften mit einem *zivilen*, das heißt auf Gewaltverzicht ab-

zielenden Selbstverständnis wie die der Bundesrepublik stellen.¹² Wie Moskos und Biehl geht Münkler von einer Gleichung zwischen Kriegsförmigkeit und gesellschaftlicher Verfasstheit aus, wobei er den Aspekt der Opferbereitschaft ins Zentrum rückt: Je größer das in einer Gesellschaft vorhandene Heroisierungspotenzial ist, das heißt der Grad der gesellschaftlichen Verankerung von (kriegerischem) Heldentum und Opferbereitschaft, desto kriegsbereiter ist demnach diese Gesellschaft – und umgekehrt. Auf dieser Grundlage entwickelt Münkler – ähnlich wie Moskos – eine historisch begründete Gesellschaftstypologie: von der Zeit „klassischer“ Nationalstaaten im 19. und frühen 20. Jahrhundert über die totalitären Gesellschaften im Vorfeld und während des Zweiten Weltkriegs bis zu den westlichen Industriegesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg. Laut Münkler sind Letztere zu Gesellschaften geworden, in denen Heldentum und Opferbereitschaft (im Sinne von *sacrificium*) ihren früheren Stellenwert verloren haben („postheroisch“). Gerade in Zeiten asymmetrischer Konfliktlagen sind postheroische Gesellschaften daher nicht nur durch eine besondere außen- und sicherheitspolitische Verletzlichkeit gekennzeichnet, wie insbesondere am Beispiel der Terroranschläge von 2001 deutlich wurde. Sie haben darüber hinaus innenpolitisch besondere Schwierigkeiten, Tod und Verwundung im Rahmen militärischer Gewaltanwendung zu verarbeiten, wie dies etwa bei der Debatte um das „Ehrenmal“ der Bundeswehr 2009 zutage trat.¹³

Während die Modelle von Moskos und Biehl die funktionalen Wechselwirkungen zwischen der Verfasstheit von Streitkräften und ihrer zivilen Umwelt jenseits des nationalen Verteidigungsbezugs thematisieren, richtet Münkler den Blick auf das Dilemma, das hierzulande bereits

⁰⁹ Vgl. ebd.

¹⁰ Vgl. Herfried Münkler, *Der Wandel des Krieges. Von der Symmetrie zur Asymmetrie*, Weilerswist 2006, S. 301–354; ders., *Heroische und postheroische Gesellschaften*, in: Dierk Spreen/Trutz von Trotha (Hrsg.), *Krieg und Zivilgesellschaft*, Berlin 2012, S. 175–187.

¹¹ Vgl. Edward N. Luttwak, *Toward Post-Heroic Warfare*, in: *Foreign Affairs* 3/1995, S. 109–122.

¹² Die nachfolgenden Ausführungen folgen in Teilen der Darstellung in Nina Leonhard, *Die postheroische Gesellschaft und ihr Militär*, in: Matthias Junge (Hrsg.), *Metaphern soziologischer Zeitdiagnosen*, Wiesbaden 2016, S. 101–121, hier S. 106–111.

¹³ Vgl. Herfried Münkler, *Militärisches Totengedenken in der postheroischen Gesellschaft*, in: Manfred Hettling/Jörg Echternkamp (Hrsg.), *Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik*, Göttingen 2008, S. 22–30; Nina Leonhard, *Die zivil-militärischen Beziehungen in Deutschland zwischen Vergangenheit und Zukunft: Das „Ehrenmal“ der Bundeswehr*, in: Stefan Bayer/Matthias Gillner (Hrsg.), *Soldaten im Einsatz. Sozialwissenschaftliche und ethische Perspektiven*, Berlin 2011, S. 127–146.

bei den Einsätzen der Bundeswehr im Kosovo erkennbar war und sich im Rahmen des Afghanistan-Einsatzes vollends entfaltete: dass eine Berufung auf universale Werte und Bündnisverpflichtungen den Einsatz militärischer Gewalt notwendig erscheinen lässt, was gleichzeitig aus der Perspektive eines zivilgesellschaftlichen Selbstverständnisses, das auf Gewaltverzicht abhebt, kritisch bis ablehnend bewertet werden muss. Diese Ambivalenz militärischer Gewalt, auf der der von Biehl beschriebene sicherheitspolitische Dissens über die Auslandseinsätze der Bundeswehr beruht, wird bei Münkler durch die Betonung der sakrifiziellen Dimension des Soldatenseins nochmals auf andere Art zugespitzt. Vor dem Hintergrund der Mitte der 2000er Jahre aufkommenden Frage, wie die Bundesrepublik mit den im Einsatz getöteten Bundeswehrangehörigen umgehen solle, erhielten diese Überlegungen eine über die Wissenschaft hinausgehende Anschlussfähigkeit insbesondere für militärnahe Kreise, die damit ihren Forderungen nach größerer gesellschaftlicher Anerkennung für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr identitätspolitischen Nachdruck verleihen konnten.¹⁴

Welche Konsequenzen sich aus der Diagnose des Postheroismus allerdings für die Streitkräfte und ihre Angehörigen selbst ergeben und wie diese allgemein mit den Herausforderungen gegenwärtiger Einsätze umgehen, wird von Münkler gar nicht problematisiert. Im Rahmen der Konzeptionen von Moskos und Biehl wird dieser Punkt anhand der Kategorie des Berufsbildes beziehungsweise der Art der beruflichen Motivation erfasst, aber ebenfalls nicht im Einzelnen diskutiert.¹⁵ Die Konsequenzen der skizzierten Veränderungen auf soldatischer Ebene wurden und werden hingegen in der deutschsprachigen

wie internationalen Militärsoziologie anhand der Auseinandersetzung mit verschiedenen Soldatenbildern thematisiert. Zentrale Merkmale dieser Auseinandersetzung werden im Weiteren anhand der Frage nach dem Status des soldatischen Kämpferideals rekapituliert.

WAS KANN UND SOLL DER SOLDAT?

Als in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr immer gewaltvollere Züge annahm, entwickelte sich in Wissenschaft und Öffentlichkeit, aber auch innerhalb der Streitkräfte eine lebhaftere Debatte um das zukünftig Soldatenbild der Bundeswehr.¹⁶ Im Zentrum stand die Frage, ob Soldaten angesichts der gegenwärtigen Einsatzanforderungen ihr berufliches Fähigkeitsprofil ausweiten können, sollen und/oder müssen, oder ob es vielmehr zu einer Konzentration auf die Kompetenz des Kämpfens – als handlungsbezogenes Pendant zur streitkräftespezifischen Fähigkeit der organisierten Vorhaltung, Androhung und Anwendung von Gewalt – kommen kann, soll und/oder muss.¹⁷ Im einen Fall wird ein Bild des Soldaten als polyvalenter Staatsbürger in Uniform propagiert, der neben dem Gefechtsfeld auch als Diplomat, Helfer, Schützer oder sogar Sozialarbeiter tätig werden (können) muss – was der Vorstellung eines „post-modernen“ Soldaten im Sinne Moskos’ recht nahe kommt. Im anderen Fall wird das Kämpfen als soldatische Kernkompetenz und Alleinstellungsmerkmal betont. Mehr oder weniger offen ausgesprochen, ging es bei dieser Debatte auch um die Frage, ob beziehungsweise inwiefern das bis heute offiziell gültige Bundeswehr-Leitbild des Soldaten als „Staatsbürger in Uniform“, das ein wesentlicher Bestandteil der

¹⁴ Vgl. hierzu auch Angelika Dörfler-Dierken, Identitätspolitik der Bundeswehr, in: dies./Gerhard Kümmel (Hrsg.), Identität, Selbstverständnis, Berufsbild. Implikationen der neuen Einsatzrealität für die Bundeswehr, Wiesbaden 2010, S. 137–160.

¹⁵ Die im Konzept der Postmoderne enthaltene Idee des Wertewandels wurde gleichwohl in der empirischen Forschung zur soldatischen Einsatzmotivation durchaus aufgegriffen, etwa von Fabrizio Battistelli, *Peacekeeping and the Post-Modern Soldier*, in: *Armed Forces & Society* 3/1997, S. 467–484; unter anderen theoretischen Vorzeichen war dies auch Gegenstand der geschlechtersoziologischen Arbeit zum Wandel des soldatischen Selbstkonzepts Anfang der 1990er Jahre von Ruth Seifert, *Militär – Kultur – Identität. Individualisierung, Geschlechterverhältnisse und die soziale Konstruktion des Soldaten*, Bremen 1996.

¹⁶ Die nachfolgenden Ausführungen folgen in Teilen der Darstellung in Nina Leonhard, Über den (Wesens)Kern des Soldatenseins: Professionssoziologische Überlegungen zur gegenwärtigen Debatte um soldatische Berufs- und Selbstbilder im Bereich der Bundeswehr, in: Silke Müller-Herrmann et al. (Hrsg.), *Professionskulturen – Charakteristika unterschiedlicher professioneller Praxen*, Wiesbaden 2018, S. 7–29, hier S. 9 ff.

¹⁷ Vgl. hierzu die Synthesen von Sönke Neitzel, *Der Westen und die Neuen Kriege*, in: *Mittelweg* 36 5/2013, S. 63–78, sowie von Heiko Biehl, *Kämpfer auf dem Vormarsch? Über die Folgen von Einsatz und Gefecht für die Bundeswehr*, in: *Mittelweg* 36 6/2014, S. 49–72.

Inneren Führung, der „Unternehmenskultur“¹⁸ der Bundeswehr, ist, weiterhin Gültigkeit haben kann beziehungsweise soll. Die Frage nach dem Stellenwert des Kämpfens war und ist (organisations-)politisch deswegen so brisant, weil das Ideal des Staatsbürgers in Uniform für einen Soldatentypus steht, der sich zwar durchaus durch die Fähigkeit und Bereitschaft zu kämpfen auszeichnet; der Einsatz militärischer Gewalt gilt hier jedoch ausschließlich als ein Mittel, um legitime politische Ziele zu erreichen – wie die Landes- und Bündnisverteidigung oder die Herstellung und Bewahrung friedlicher Verhältnisse –, ist aber kein Ziel oder gar Selbstzweck soldatischen Handelns an und für sich.

Folgt man dem Überblick von Biehl,¹⁹ lassen sich in den verschiedenen Stellungnahmen zu dieser Problematik drei unterschiedliche Perspektiven erkennen: Neben Beiträgen, die unter normativen Gesichtspunkten definieren, wie der Soldat der Bundeswehr sein *soll* – was je nach eingenommenem politischem Standpunkt unterschiedlich ausfällt –, setzen sich andere Beiträge aus einer funktionalen Perspektive mit den Möglichkeiten und Grenzen der Vorbereitung von Soldaten auf die aktuellen Aufgaben der Bundeswehr – zum damaligen Zeitpunkt: Afghanistan – auseinander: Diskutiert wird hier, wie weit Soldaten in der Lage sein *können*, mit den vielfältigen Anforderungen der Einsätze sowie insbesondere mit den Widersprüchen zurechtzukommen, wie sie sich etwa durch die Gewaltkonfrontation im Einsatzland vor dem Hintergrund des im Heimatland vorherrschenden zivilgesellschaftlichen Gewaltverbots ergeben.²⁰ In diesem Kontext wird nicht zuletzt vor einer Überforderung der Soldaten gewarnt – und mitunter prognostiziert, dass im Zweifelsfall eine Konzentration des beruflichen Selbstverständnisses aufs Kämpfen erfolge.²¹ Schließ-

lich gibt es Beiträge, die aus einer dezidiert empirischen Perspektive erörtern, welche Faktoren das berufliche Selbstverständnis und die Motivation der Soldaten prägen. Biehl selbst kommt unter Berufung auf die Ergebnisse empirischer Befragungen²² zu dem Ergebnis, dass es kaum Anzeichen dafür gibt, dass sich die beruflichen Einstellungen und Motivlagen deutscher Soldatinnen und Soldaten durch den Einsatz in Afghanistan grundlegend verändert hätten. Er grenzt sich hiermit insbesondere vom Potsdamer Militärhistoriker Sönke Neitzel ab, der auf einer ähnlichen Literaturgrundlage²³ und unter Verweis auf seine eigenen Forschungsarbeiten zur Wehrmacht²⁴ die Wirkmächtigkeit des Referenzrahmens „Krieg“ betont und die Bedeutung von Gewalterfahrungen für soldatische Selbstbilder hervorhebt – und die Bundeswehr hier explizit einschließt.

Diese unterschiedlichen Einschätzungen sind zumindest in Teilen darauf zurückzuführen, dass sich einige Forscher wie Neitzel auf das unmittelbare Kampfgeschehen und die entsprechenden Handlungsparameter konzentrieren (und davon nachhaltige Folgen ableiten) –, während andere Autoren wie Biehl soldatisches Handeln im übergeordneten Zusammenhang betrachten und im Hinblick auf seine politischen und sozialen Folgen im Heimat- wie im Einsatzland reflektieren. Dies führt unter anderem dazu, dass Gewalterfahrungen im Einsatzkontext zu einer von mehreren betrachteten Variablen werden.

¹⁸ Elmar Wiesendahl, Zur Aktualität der Inneren Führung von Baudissin für das 21. Jahrhundert. Ein analytischer Bezugsrahmen, in: ders. (Hrsg.), *Innere Führung für das 21. Jahrhundert. Die Bundeswehr und das Erbe Baudissins*, Paderborn 2007, S. 11–28, hier S. 23.

¹⁹ Vgl. Biehl (Anm. 17), S. 49f.

²⁰ So etwa Maja Apelt, Das Gewaltdilemma moderner Streitkräfte, in: Dierk Spreen/Trutz von Trotha (Hrsg.), *Krieg und Zivilgesellschaft*, Berlin 2012, S. 219–237.

²¹ So beispielsweise Jens Warburg, Paradoxe Anforderungen an soldatische Subjekte avancierte Streitkräfte im (Kriegs-) Einsatz, in: Maja Apelt (Hrsg.), *Forschungsthema Militär. Militärische Organisationen im Spannungsfeld von Krieg, Gesellschaft*

und soldatischen Subjekten, Wiesbaden 2010, S. 245–270; Kai-Uwe Hellmann, Bewährungsprobe – Die Innere Führung im Einsatz, in: Uwe Hartmann et al. (Hrsg.), *Jahrbuch Innere Führung 2011. Ethik als geistige Rüstung für Soldaten*, Berlin 2011, S. 178–200; Kai-Uwe Hellmann, *Innere Führung im Einsatz? Oder wie es um die Behauptung der Bewährtheit der Inneren Führung steht*, in: Uwe Hartmann/Claus von Rosen (Hrsg.), *Jahrbuch Innere Führung 2013. Wissenschaft und ihre Relevanz für die Bundeswehr als Armee der Einheit*, Berlin 2013, S. 152–168.

²² Vgl. Heiko Biehl/Jörg Keller/Maren Tomforde, „Den eigentlichen Einsatz fährt meine Frau zu Hause ...“ Aspekte der Trennung von Bundeswehr-Soldaten und ihren Familien während des Auslandseinsatzes, in: Gerhard Kümmel (Hrsg.), *Diener zweier Herren. Soldaten zwischen Bundeswehr und Familie*, Frankfurt/M. 2005, S. 79–107; Carsten Pietsch, Zur Motivation deutscher Soldatinnen und Soldaten für den Afghanistaneinsatz, in: Anja Seiffert/Phil Langer/Carsten Pietsch (Hrsg.), *Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Sozial- und politikwissenschaftliche Perspektiven*, Wiesbaden 2012, S. 101–121.

²³ Vgl. Neitzel (Anm. 17).

²⁴ Vgl. ders./Harald Welzer, *Soldaten. Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben*, Frankfurt/M. 2011.

IDENTITÄT UND ANERKENNUNG

Dass die Frage, wie stark oder ausschließlich sich Militärangehörige mit der soldatischen Kämpferrolle identifizieren, nicht nur im deutschen Kontext mit seiner spezifisch normativen Aufladung²⁵ von Relevanz ist, verdeutlicht ein Blick ins Ausland: So beschäftigt sich ein Forscherteam aus den Niederlanden schon seit Längerem mit der Vereinbarkeit unterschiedlicher Rollenerwartungen an Soldaten als „peacekeeper“ beziehungsweise „warrior“.²⁶ Demnach handelt es sich um Identifikationsrollen, die sich nicht wechselseitig ausschließen, sondern mitunter ergänzen können. Die Ergebnisse einer vergleichenden Fünf-Länder-Studie weisen darüber hinaus darauf hin, dass es für Streitkräfte sinnvoll sein könnte, beiden Rollen einen Platz im Rahmen der militärischen Ausbildung einzuräumen, anstelle nur die eine oder die andere Rolle zu betonen.²⁷

Hierzulande hat sich seit 2014 mit der Umwandlung des Militäreinsatzes in Afghanistan in eine internationale Ausbildungsmission und der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland die Debatte um die Relevanz des soldatischen Kämpfens abgeschwächt – und zwar nicht nur seitens der Wissenschaft, sondern auch innerhalb der Bundeswehr selbst. Binnenmilitärische Auseinandersetzungen, wie sie vom Offizier der Bundeswehr Marcel Bohnert zwischen „Drinnis“ und „Draussis“,²⁸ also zwischen innerhalb und außerhalb des Feldlagers eingesetzten Soldaten, geschildert oder auch als Konflikt zwischen jüngeren einsatzerfahrenen Soldaten und ihren älteren, weniger einsatzerfahrenen

Vorgesetzten unter dem Schlagwort „Generation Einsatz“ verhandelt wurden,²⁹ haben inzwischen ihre einstige Brisanz verloren.

Neuere Studienergebnisse deuten ferner darauf hin, dass Einsatzzrückkehrer – von Ausnahmen abgesehen – überwiegend gut mit den in Afghanistan gemachten (Gewalt-)Erlebnissen zurechtkommen.³⁰ Augenscheinlich werden innerhalb der Streitkräfte die deutschen Afghanistan-Erfahrungen mittlerweile allenthalber und weitgehend konsensuell als „Professionalisierung“ gedeutet³¹ und in dieser Form auch offiziell erinnert. Dies geht etwa aus der Neufassung der Traditionslinien von 2018 hervor:³² Dort findet die Bewährung im Gefecht – erstmals – eine positive Erwähnung, was durchaus als politisches Zugeständnis an die Forderungen einsatzerfahrener Soldaten nach mehr Anerkennung interpretiert werden kann. Die Prinzipien der Inneren Führung und damit verbunden das Bekenntnis gegen eine (ausschließliche) Fokussierung auf die professionelle Expertise militärischen Gewaltmanagements wurden jedoch insgesamt bekräftigt. All dies deutet darauf hin, dass der Afghanistan-Einsatz und die damit verbundenen Gewalterfahrungen in professionswie identitätsbezogener Hinsicht einen organisationskulturellen Wandel bewirkten, der als eine (Re-)Fokussierung auf die militärische Kompetenz des Gefechts bezeichnet werden könnte. Diese (Re-)Fokussierung wurde allerdings im Verlauf der Zeit sukzessiv institutionalisiert – Einweihung des „Ehrenmals der Bundeswehr“ 2009; Schaffung einer Einsatzmedaille „Gefecht“

²⁵ Vgl. Neitzel (Anm. 17), S. 70.

²⁶ Vgl. Wendy Broesder et al., Can Soldiers Combine Swords and Ploughshares? The Construction of the Warrior-Peacekeeper Role Identity Survey (WPRIS), in: *Armed Forces & Society* 3/2015, S. 519–540; siehe hierzu auch den Überblick bei Marina Nuciari, *The Study of the Military. Models for the Military Profession*, in: Giuseppe Caforio/dies. (Hrsg.), *Handbook of the Sociology of the Military*, Cham 2018, S. 35–60, hier S. 45ff.

²⁷ Tessa Op den Buijs et al., *Warrior and Peacekeeper Role Identities: Associations with Self-Esteem, Organizational Commitment and Organizational Citizenship Behaviour*, in: *Journal of Military Studies* 8/2019, S. 3–15.

²⁸ Marcel Bohnert, *Armee in zwei Welten*, in: Martin Böcker/Larsen Kempf/Felix Springer (Hrsg.), *Soldatentum. Auf der Suche nach Identität und Berufung der Bundeswehr heute*, München 2013, S. 75–89.

²⁹ Vgl. Maren Tomforde, *Neue Militärkulturen? Wie verändert sich die Bundeswehr durch die Auslandseinsätze?*, in: Apelt (Anm. 21), S. 193–220; Anja Seiffert, *Generation Einsatz*, in: APuZ 44/2013, S. 11–16.

³⁰ Vgl. dies./Julius Heß, *Leben nach Afghanistan – die Soldaten und Veteranen der Generation Einsatz der Bundeswehr. Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Langzeitbegleitung des 22. Kontingents ISAF*. Forschungsbericht, Potsdam 2019.

³¹ Vgl. Maren Tomforde, „Good shot“: Gewalterfahrungen von Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz, in: Nina Leonhard/Jürgen Franke (Hrsg.), *Militär und Gewalt. Sozialwissenschaftliche und ethische Perspektiven*, Berlin 2015, S. 213–248; Robert Clifford Mann, *German Warriors*, in: Michael Daxner (Hrsg.), *Deutschland in Afghanistan*, Oldenburg 2014, S. 139–153.

³² Vgl. Heiko Biehl/Nina Leonhard, *Bis zum nächsten Mal? Eine funktionalistische Interpretation der Debatte um die Tradition der Bundeswehr*, in: Donald Abenheim/Uwe Hartmann (Hrsg.), *Tradition in der Bundeswehr. Stimmen zum Erbe des deutschen Soldaten und zur Umsetzung des neuen Traditionserlasses*, Berlin 2014, S. 30–49.

2010; Einweihung des „Walds der Erinnerung“ 2014; Erlass neuer Traditionsrichtlinien 2018 und Festlegung des Veteranenbegriffs 2018 – und auf diese Weise eingeht.

SCHLUSS

Die Bundeswehr hat wie viele andere europäische Streitkräfte in den vergangenen Jahrzehnten einen Wandlungsprozess durchlaufen. Im Zuge einer Relativierung der Funktion der Landesverteidigung und einer verstärkten Ausrichtung auf asymmetrische und hybride Konfliktformen ist die Legitimation militärischer Gewalt politischer und dadurch gleichsam prekärer geworden: Der Einsatz von Streitkräften stellt unter diesen Bedingungen eine Option unter mehreren dar und wird damit stets von Neuem begründungspflichtig.³³ Für die Angehörigen der Streitkräfte bedeutet dies, dass ihre gesellschaftliche Akzeptanz nicht notwendigerweise deckungsgleich mit der Zustimmung zu den Aufträgen ist, die ihnen seitens der Politik übertragen werden. Im Fall der Bundeswehr zeigte sich dies besonders eindrucksvoll an der wachsenden öffentlichen Kritik am Afghanistan-Einsatz.

Anhand der hier ausschnittsweise dargestellten Debatte um richtige beziehungsweise falsche Soldatenbilder, die sich in diesem Kontext entwickelte, lässt sich auch die starke normative Rahmung verdeutlichen, die die Beschäftigung mit dem Soldatenberuf hierzulande kennzeichnet und mit der Eigenart dieser Profession zusammenhängt: Da Soldatinnen und Soldaten Gewalt ausüben können und sollen, während dies allen anderen Bürgerinnen und Bürgern (mit Ausnahme der Angehörigen der Polizei) untersagt ist, unterliegt ihre Haltung und ihr Verhalten besonderen Bewertungsmaßstäben – im deutschen Fall sind dies die Grundsätze der Inneren Führung. Zugleich folgt aus ebendieser Funktionszuschreibung, dass Militärangehörige aus *professionellen* Gründen für die Erfüllung ihres Auftrags einen eigenen Zugang zu militärischer Gewaltausübung haben beziehungsweise ausbilden müssen.³⁴ In diesem Sinne lässt sich die skizzierte Diskussion um die Bedeutung von Gefechtserfahrungen innerhalb der Bundeswehr

vor dem Hintergrund des Afghanistan-Einsatzes durchaus als erfolgreicher Versuch der Bestätigung und Aufwertung der soldatischen Profession verstehen. Wie tragfähig der derzeit erzielte Konsens ist, wird sich im Rahmen zukünftiger Aufgaben zeigen, wo neu(artige) Gefechte, etwa in virtueller Gestalt, in den Vordergrund rücken könnten. Dasselbe gilt für die Frage, inwiefern die seit 2014 wieder wichtiger gewordene Landes- und Bündnisverteidigung eine Renaissance des durchaus auch weltanschaulich zu verstehenden Ideals des „Landesverteidigers“ bedingen wird.

NINA LEONHARD

ist habilitierte Soziologin und als Projektbereichsleiterin im Forschungsbereich Militärsoziologie am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam, tätig.
ninalleonhard@bundeswehr.org

Gedanken, Anregungen, Kritik?

Schreiben Sie uns eine E-Mail:
apuz@bpb.de

Folgen Sie uns auf Twitter:
[@apuz_bpb](https://twitter.com/apuz_bpb)

³³ Einschlägig hierfür Klaus Naumann, Einsatz ohne Ziel? Die Politikbedürftigkeit des Militärischen, Hamburg 2008.

³⁴ Vgl. Leonhard (Anm. 16), S. 18f.

NICHT GANZ DICHT AM RECHTEN RAND?

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus als Probleme der Bundeswehr

Klaus Naumann

Geht die Bundeswehr „verloren“, wie Friedrich Merz (CDU) in der „Bild am Sonntag“ nahelegte? Lauert eine „Schattenarmee“ („Focus“/„Taz“) in den tarnfarbenen Kulissen, um am „Tag X“ loszuschlagen? Erliegt die Truppe der rechtspopulistischen Versuchung der AfD, die sich als „Soldatenpartei“ („Bild“) zu profilieren versucht? In den vergangenen zwei Jahren ist in der Tat eine Häufung der sogenannten Verdachtsfälle wegen Rechtsextremismus in der Truppe zu erkennen. Die aktuelle Zahl von 592 rechtsextremistischen Verdachtsfällen (von insgesamt 743 in 2019) übersteigt, militärisch gesprochen, die Bataillonsstärke. Von Dunkelziffern und Sympathisanten ist dabei noch gar nicht die Rede. Die Fälle häufen sich beim Kommando Spezialkräfte (KSK), das der Militärische Abschirmdienst (MAD) daher „als Bearbeitungsschwerpunkt in den Fokus“ genommen hat.⁰¹

Die Frage drängt sich auf: Ist die Bundeswehr am rechten Rand nicht ganz dicht? Die Behörden wollen jetzt genauer hinsehen. Eine Koordinierungsstelle für Extremismusverdachtsfälle ist im Verteidigungsministerium eingerichtet worden und legt jährlich öffentliche Berichte vor. „Ziel ist es“, so MAD-Präsident Christof Gramm, „nicht nur Extremisten, sondern auch Personen mit fehlender Verfassungstreue aus der Bundeswehr zu entfernen.“⁰² Soldaten haben „Verfassungspatrioten von Berufs wegen“ zu sein, betont er. Doch was Einstellungsmuster in der Truppe und ihren Wandel betrifft, tappt die Bundeswehr einstweilen im Dunklen.⁰³ Über die Entwicklungen nach Aussetzung der Wehrpflicht 2011 gibt es keine einschlägigen empirischen Untersuchungen. Zudem trägt das Wechselspiel zwischen Bundeswehr, Verteidigungsministerium und Medien wenig dazu bei, das Bild zu erhellen. Gewiss dokumentieren die Medien aufmerksam Vergehen, Skandale und Übergriffe, die aus den Streit-

kräften zu melden sind. Aber ihr Zugriff ist oft kurzatmig und alarmistisch. Die Politik hingegen hat sich lange Jahre damit begnügt, jeglichen „Generalverdacht“ zurückzuweisen, die Summe der Anlässe zu „Einzelfällen“ herabzustufen und im Übrigen darauf zu verweisen, dass die Bundeswehr ein „Spiegel der Gesellschaft“ sei. Diesen Verlautbarungen ist die Unstimmigkeit entgangen, dass die Spiegel-These unter gegebenen Umständen durchaus einen alarmierenden Trend anzeigen könnte, während die Einzelfall-These genau dies im gleichen Atemzug dementiert.

Eine aktuelle und vorbehaltlose Lageanalyse, die über die Auflistung von „Vorfällen“ hinausgeht, fehlt derzeit. Dazu gehört die Frage nach den strukturellen Affinitäten zwischen Militär und Rechtsaußen, den selbstverstärkenden Mechanismen der militärisch-politischen Sozialisation und nach der Bedeutung subkultureller Milieus für die Ausprägung politischer Einstellungen und ihre Radikalisierung. Empirische Studien zu diesen Problemen sind rar und überwiegend mehr als zehn Jahre alt.⁰⁴ Insofern operiert jede Bestandsaufnahme gegenwärtig im Ungewissen. Was vorerst bleibt, ist eine indirekte Annäherung an das politische Profil heutiger Bundeswehrsoldaten.

Die hier vorgenommene Erkundung einiger Eigenarten des militärischen Feldes⁰⁵ diskutiert fünf Fragestellungen: *Erstens*, welche Bedeutung hat die Wehrmachtsvergangenheit in der heutigen Bundeswehr? *Zweitens*, welche Rolle spielt der Militärkonservatismus unter den Bundeswehrsoldaten? *Drittens*, welche Konflikte erzeugt das Nebeneinander von Einsatzkräften und Ausbildungsarmee in den Streitkräften? *Viertens*, steht mit der AfD eine rechtspopulistische Soldatenvertretung ins Haus? Und, *fünftens*, welche Grauzonen bestehen zwischen militärkonservativen, rechtspopulistischen und rechtsextremen Einstellungen?

DAS WEHRMACHTERBE – EINE FRAGE DES BERUFSBILDES

Die wiederholten Pressemeldungen über einen fragwürdigen Umgang von Soldaten mit Wehrmachtssymbolen irritieren gewiss, weitergehende Schlüsse auf die Einstellungen in der Bundeswehr lassen sie jedoch nicht zu. Nachdrücklich wurde die Abgrenzung von der Wehrmacht als Institution und in ihren Gliederungen in den jüngsten Richtlinien zur Traditionspflege vom März 2018 bekräftigt.⁰⁶ Das Problem liegt an anderer Stelle. Die Durchsuchung der Kasernen nach Wehrmachtsdevotionalien, die von der damaligen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen 2017 in Reaktion auf den Fall des als Rechtsterrorist verdächtigten Oberleutnants Franco A. angeordnet wurde, lieferte den Streitkräften einen weiteren Anlass für den verbreiteten Vertrauensverlust in die politische und zum Teil auch militärische Führung. Die Distanz zur Politik ist (nicht nur) dadurch größer geworden.

Im Verhältnis zur Politik und nicht bei den Devotionalien zeigt sich eine indirekte Präsenz des Wehrmachtmythos. In der Nachkriegszeit fand er Ausdruck in der Formel des „unpolitischen Soldaten“, der guten Glaubens, eidestreu und tapfer gekämpft habe, aber vom NS-Regime „missbraucht“ worden sei. Diese Formel hatte mehr mit dem Entschuldungs- und Integrationskurs der frühen Bundesrepublik zu tun als mit der historischen Realität der Wehrmacht, aber sie war geeignet, eine Legitimationsgemeinschaft zwischen den alten und den neuen Soldaten zu

stiften.⁰⁷ In die Bemühungen der Wehrreform der 1950er Jahre, mit dem Leitbild des „Staatsbürgers in Uniform“ einen modernen Typus des Soldaten zu schaffen, der „freier Mensch, guter Staatsbürger und vollwertiger Soldat zugleich“ sein sollte,⁰⁸ wurde damit ein Widerspruch getrieben. Denn der neue Soldat sollte weder unpolitisch sein, noch sollte er sein Berufsverständnis allein auf militärhandwerkliche Fähigkeiten und ewige Tugenden gründen.

Das gewünschte Mehr ist jedoch immer wieder umstritten.⁰⁹ Oftmals erscheint es als eine Zusatzleistung, die dann hintan stehen muss, wenn die „scharfe Seite“ des Berufs gefragt ist. So war es bezeichnend, als Bundeswehroffiziere zu Beginn der Auslandseinsätze in den 1990er Jahren davon schwärmten, man sei nun „endlich“ wieder in der „Normalität“ angekommen.¹⁰ Aus diesen Bemerkungen sprach die Erwartung, mit Einsatz und Kampf seien die Kernaufgaben des Soldatenberufs „wieder“ in den Mittelpunkt gerückt. Die spätere Formulierung eines Heeresinspektors, man brauche „archaische Kämpfer“,¹¹ war nicht geeignet, solchen Anwendungen entgegenzuwirken. Das Zentrum Innere Führung der Bundeswehr meldete Dissens an: Die Entscheidung des Ministeriums, Soldatenbild und Berufsprofil zu eng, „robust und kriegsnah“ zu bemessen, hätte zur Entwicklung eines „apolitischen Soldatentypus“ geführt.¹²

Von den hier beschriebenen Haltungen und Einstellungen führt kein direkter Weg nach Rechtsaußen. Verdichten sie sich aber zu einem Syndrom aus militärhistorischen Mythen, unpolitischen Leitbildern und politischer Ahnungslosigkeit, lassen sich Brücken in diese Vorstellungswelt schlagen.

01 „Bei der Eliteeinheit fünfmal so viele Verdachtsfälle“. Interview mit Christof Gramm, dem Präsidenten des MAD, in: *Welt am Sonntag*, 26. 1. 2020, S. 5 – Für Diskussionsbereitschaft und Rat danke ich Bernd Gäbler, Uwe Hartmann und Bernhard Muszynski.

02 Gramm (Anm. 1).

03 Vgl. Winfried Nachtwei, Eine Diskussion so alt wie die Bundeswehr? Rechtsextreme Einstellungen und Vorfälle im Umfeld der Bundeswehr, in: Gorch Pieken/Mathias Rogg (Hrsg.), *Rechtsextreme Gewalt in Deutschland, 1990–2013*, Dresden 2013, S. 102–115.

04 Vgl. vor allem Arwed Bonnemann/Ulrike Hofmann-Broll, *Studentische Orientierungen zwischen akademischer und soldatischer Lebenswelt. Evaluation an den Universitäten der Bundeswehr*, Baden-Baden 1997; Thomas Bulmann et al., *Ergebnisse der Studentenforschung an den Universitäten der Bundeswehr* Hamburg und München 2007, Potsdam 2010.

05 Zum Konzept vgl. Ulrich vom Hagen, *Homo militaris. Perspektiven einer kritischen Militärsoziologie*, Bielefeld 2012.

06 Vgl. Donald Abenheim/Uwe Hartmann (Hrsg.), *Tradition in der Bundeswehr. Zum Erbe des deutschen Soldaten und zur Umsetzung des neuen Traditionserlasses*, Berlin 2018.

07 Vgl. Bert-Oliver Manig, *Politik der Ehre. Die Rehabilitierung der Berufssoldaten in der frühen Bundesrepublik*, Göttingen 2004.

08 So die Ausgangsdefinition in der Verfügung des Amts Blank: *Regelung der „Inneren Führung“* vom 10. Januar 1953.

09 Vgl. Uwe Hartmann, *Der gute Soldat. Politische Kultur und soldatisches Selbstverständnis heute*, Berlin 2018. Siehe dazu die Debatte zwischen Jochen Bohn und Klaus Naumann, in: *Jahrbuch Innere Führung* 2018, Berlin 2018, S. 270–291; S. 292–312.

10 Vgl. Elmar Wiesendahl, *Rechtsextremismus in der Bundeswehr. Ein Beitrag zur Aufhellung eines tabuisierten Themas*, in: *Sicherheit + Frieden* 4/1998, S. 239–246.

11 „Die Bundeswehr braucht archaische Kämpfer.“ Hans-Otto Budde soll das Heer in die Zukunft führen, in: *Welt am Sonntag*, 29. 2. 2004, S. 5.

12 Jahresbericht 1997, zit. nach Winfried Nachtwei (MdB, Bündnis-Grüne), *Abweichender Ergebnisbericht zum 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses, Bundestagsdrucksache (BT-Drs.) 13/11005*, 18. 6. 1998, S. 176, Anm. 24.

DER MILITÄRKONSERVATISMUS DES STAATSBÜRGERS IN UNIFORM

In der Bundeswehr sind alle politischen Einstellungen und parteipolitischen Präferenzen vertreten, das Gesamtspektrum weist jedoch eine eindeutig konservative Schlagseite auf. Empirische Studien über den Offiziersnachwuchs der 1990er Jahre gingen so weit, „einen direkten Zusammenhang von konservativer Weltanschauung, Offizierberufswahl und soldatisch-männlicher Lebenswelt“ herzustellen.¹³ Das Bild der Bundeswehr, das sich hier ausschnittthaft bot, war kein „Spiegel der Gesellschaft“. Das galt jedoch auch in anderer Hinsicht, denn das politische Interesse und die Verantwortungsbereitschaft junger Offiziere waren überdurchschnittlich hoch; nur eine Minderheit kollidierte mit den Normen und Werten der parlamentarischen Demokratie. Wie sah dieser rechte Randbereich aus?

Es macht einen großen Unterschied, ob sich hinter einer konservativen Gesinnung strukturalistische Haltungen des Bewahrens von Recht und Ordnung, Anstand und Integrität verbergen oder aktivistische Auffassungen der Neuen Rechten, die nach einer kulturell-politischen Hegemonie des Ungleichheitsdenkens oder der Ethnopolitik strebt. Die Ausdifferenzierung des „konservativen gesellschaftspolitischen Einstellungsmusters“, das 1997 bei etwa 61 Prozent des Offiziersnachwuchses anzutreffen war, offenbarte ein ganzes Spektrum an moderaten, christlichen und liberalen Orientierungen. Insgesamt etwa 17 Prozent der Befragten verorteten sich jedoch nicht nur rechts der Mitte, sondern deutlich rechts von den christlich- oder liberal-konservativen Mehrheitsgruppen („national-“ und „rechts-konservativ“). Aber auch hier kommt es auf die Relationen an, denn eine weitere Studie belegte, dass 2007 die Zustimmungswerte für neurechtes Gedankengut bei den Studierenden ziviler Hochschulen mit 26 Prozent doppelt so hoch waren wie bei den Offizier-Studenten der Bundeswehruniversitäten.¹⁴ Die militärische Affinität zu konservativen Weltbildern führte offenbar keineswegs automatisch zu einer Spitzenposition am rechten Rand – weder in der Gesellschaft noch unter den Studierenden.

Hervorzuheben ist freilich, dass diese Daten aus den Zeiten der Wehrpflicht stammen. Mit

dem Übergang zur Berufs- und Freiwilligenarmee hat sich der Kontext gewandelt. Der empirische Befund,¹⁵ dass Berufssoldaten „rechter“ sind als Zeitsoldaten, erhält ein anderes Gewicht. Wurden die rechtsextremen „Vorfälle“ vordem als Schwellenphänomen bei jungen Wehrpflichtigen bewertet, könnte sich die Problematik jetzt mitten in eine Truppe mit überwiegend längeren Dienstzeiten und auf die Reservisten verlagern. Der kritische Punkt dürfte jedoch bei jenen Sorgen liegen, die schon die rechtslastigen Militärkonservativen der 1990er Jahre umtrieben: Sie verfolgten den Umbau und Auftragswandel der Bundeswehr mit Skepsis. Während sie ihren Berufsstand für außergewöhnlich hielten, befürchteten sie zugleich, dass ihnen die gesellschaftliche Anerkennung vorenthalten werde. Die „Verunsicherung“ auf dem rechten Flügel des damaligen Offiziersnachwuchses war „unübersehbar“. ¹⁶ Es scheint so, als sei ein Gefühl des Unbehagens in den Folgejahren generalisiert und politisiert worden. Auch wenn sehr unterschiedliche Motive im Spiel waren, auffällig war, dass 2007 die Hälfte der Offizier-Studenten Kritik am „politischen System“ und dem Zustand des Parlamentarismus anmeldeten. Damit war ein deutliches Signal für die Legitimationsschwäche der Politik gegeben und ein mögliches Brückennarrativ etabliert, das von Rechtsaußen wie aus der Mitte heraus bedient werden konnte.¹⁷

DER KONFLIKT ZWEIER BUNDESWEHREN – „HOT“ UND „COLD“

Die Bundeswehr ist keine „totale Institution“ (Erving Goffman) und keine isolierte Instanz. Um jedoch einem möglichen Einstellungswandel unter den Militärangehörigen auf die Spur zu kommen, sind die internen Konfliktfelder zu bedenken. In der Militärsoziologie wird zwischen dem Regelzustand einer Friedensarmee („cold“) und der Dynamik einer Einsatzarmee („hot“) unterschieden.¹⁸ Zeichnet sich der eine Aggregatzu-

¹⁵ Vgl. Bonnemann/Hofmann-Broll (Anm. 4), S. 177–184, S. 185.

¹⁶ Ebd., S. 184.

¹⁷ Vgl. Bulmahn (Anm. 4), S. 14, S. 135f.

¹⁸ Vgl. Joseph L. Soeters/Donna J. Winslow/Alise Weibull, *Military Culture*, in: Giuseppe Caforio (Hrsg.), *Handbook of the Sociology of the Military*, New York 2003, S. 237–254; Martin Elbe/Gregor Richter, *Militär: Institution und Organisation*, in: Nina Leonhard/Ines-Jacqueline Werkner (Hrsg.), *Militärsoziologie – Eine Einführung*, Wiesbaden 2012², S. 244–263.

¹³ Bonnemann/Hofmann-Broll (Anm. 4), S. 186, auch S. 142. Vgl. auch vom Hagen (Anm. 5), S. 52ff.

¹⁴ Bulmahn (Anm. 4), S. 130.

stand – idealtypisch – durch Bürokratie, Management, Fragmentierung und sinkende Kohäsion aus, strukturiert sich die „hot organization“ flexibel, verlangt herausgehobene Führungsqualitäten, kräftigt das kollektive Handeln, grenzt sich aber auch schärfer nach außen ab und begünstigt subkulturelle Muster. Diese Strukturbeschreibung besitzt mit dem jetzigen Nebeneinander von Ausbildungsarmee und Einsatzarmee aktuelle Relevanz;¹⁹ es ist ein organisatorischer Dauerzustand geworden, der von Reformwellen und Umstrukturierungen und einem andauernden Spannungsverhältnis von Aufträgen, Kräften und Mitteln geprägt ist. In der Truppe treffen diese Problemlagen zudem auf hoch differenzierte Milieus, die eine bunte und durchaus nicht widerspruchsfreie Organisationskultur hervorgebracht haben. Beträchtlichen Einfluss auf das Binnenklima nehmen jene Gruppen der Berufssoldaten, die mit insgesamt 36 Prozent dem traditionellen und dem konservativ-etablierten Milieu zuzurechnen sind.²⁰ Bemerkenswert ist, dass sich unter den jungen Offizier-Studenten 2014 erstmals eine Gruppe („Armee im Aufbruch“) öffentlich artikuliert und zum Teil radikal konservative Positionen zur Diskussion gestellt hat.²¹

Wer die Meinungsführerschaft in dieser Gemengelage erringen kann, ist nicht abzusehen.²² Da treffen uniformierte Dienstleister mit Home Office und Teilzeitregelungen auf Einsatzsoldaten, denen die Regulierungen der Soldaten-Arbeitszeitverordnung als Hohn erscheinen; ausgeweidete Truppenteile stehen neben vollausgestatteten Einsatzkräften; Vorgesetzte sind konfrontiert mit bürokratischem Wust und Überzentralisierung, sodass ihnen die Zeit fehlt, sich persönlich um ihre Leute zu kümmern; Neuzugänge warten auf Ausbildung, Gemeinschaft und Einsatz, werden aber in Zwischenverwendungen geschickt und leben auf Einzelstuben in Kasernen,

die nach 17 Uhr keine Aufsicht, aber auch keine Freizeitangebote kennen. Diese und ähnliche Erfahrungen tragen den Stachel der Politisierung in sich: wenn Soldaten nicht nur öffentliche Anerkennung vermissen, sondern auch das Verschwinden der Truppe aus der Fläche beklagen; wenn die Würdigung von Einsätzen hohl bleibt, weil die sicherheitspolitische Legitimation und Evaluierung fehlt; wenn allseits die Mangelausstattung der Streitkräfte beklagt wird, die einsatzfähige Auslieferung aber Jahr um Jahr auf sich warten lässt; wenn die angekündigten „Trendwenden“ in Personal, Material, Finanzen und Ausbildung „kaum oder zu langsam greifen“;²³ wenn der Eindruck entsteht, die militärische Führung verhalte sich allzu willfährig gegenüber den Vorgaben der Politik – oder wenn die Politik die erwartete Sorgfalt und Verantwortung vermissen lässt.

Das Wechselbad von „hot“ und „cold“ kann an die Grenzen der Geduld und der Loyalität führen. Die bei den Soldaten seit Jahren konstatierte „Politikverdrossenheit“ bedarf nur noch der Anlässe und Angebote, den angestauten Unmut in Gesinnung und Handeln zu überführen. In Flurgesprächen mit Soldaten ist nicht zu überhören, dass eine Präferenz für die Volksparteien, auch für die Union, nicht mehr automatisch gegeben ist.

DAS ANGEBOT DES RECHTSPOPULISMUS: ZUM WEHRPROGRAMM DER AfD

Wird die AfD die „neue Soldaten-Partei“ und schließt mit ihrer Programmatik eine in den Streitkräften gefühlte Vertretungslücke? Unter den 35 000 Parteimitgliedern werden Schätzungen zufolge 2100 Soldaten vermutet; in der Bundestagsfraktion finden sich elf ehemalige Berufs- und Zeitsoldaten, der Mitarbeiterstamm reicht tief ins rechtsextreme Lager. Inzwischen hat die Partei ein Wehrprogramm vorgelegt, das mit dem wohlwollenden Echo eines ehemaligen Obersten rechnen konnte: „Nicht alles, was die AfD sagt, ist falsch.“²⁴

¹⁹ Die Konzeption der Bundeswehr, Berlin, 20. Juli 2018, spricht von der „Gleichwertigkeit“ der Aufgaben, die aus einem „single set of forces“ bedient werden sollen.

²⁰ Vgl. Marc Calmbach, Bundeswehr. Soziokulturell so vielfältig wie unsere Gesellschaft, in: Kompass 9/2012, S. 4–7.

²¹ Vgl. Marcel Bohnert/Lukas J. Reitstetter (Hrsg.), Armee im Aufbruch. Zur Gedankenwelt junger Offiziere in den Kampftruppen der Bundeswehr, Berlin 2014.

²² Ein Stimmungsbild bieten die vom Wehrbeauftragten veröffentlichten Auszüge aus dem ansonsten unzugänglichen Berichtsentwurf zum Bundeswehr-Programm „Innere Führung – heute“, BT-Drs. 19/16500, 28. 1. 2020, S. 12 ff.

²³ „Das ist teilweise zermürend“. Interview mit Oberfeldwebel René Schötz, in: Die Bundeswehr 12/2019, S. 31.

²⁴ Wolf Poulet, Die Angst vor einer „AfD-Wehr“, 4. 9. 2019, www.faz.net/aktuell/politik/die-afd-forderungen-zur-zukunft-der-bundeswehr-16367692.html. Vgl. Arbeitskreis Verteidigung der AfD-Fraktion, Streitkraft Bundeswehr, Berlin 2019; ausführlich zum Wehrprogramm der AfD: Klaus Naumann, Wehrnationalismus und Heimatschutz. Wie die AfD die Bundeswehr, die parlamentarische Ordnung und Europa umkrempeln

Die wehrpolitischen Vorstellungen der Partei präsentieren sich als ein konservatives Programm, zielen in der Substanz jedoch weit über die bestehende Wehr- und Verfassungsordnung und den sicherheitspolitischen Konsens hinaus. Um den schwankenden Wehretat zu stabilisieren, sollen der Verteidigungshaushalt der alljährlichen Zustimmung des Parlaments (Art. 86a GG) entzogen, Rüstung, Beschaffung und Exportquoten mit einer Bestandsgarantie versehen und die grundgesetzliche Trennung von Zivilverwaltung und Militär (Art. 87b GG) aufgehoben werden. Ein Generalstab soll die zersplitterten militärischen Planungs- und Führungsfunktionen bündeln. Die vieldiskutierte Trennung von äußerer und innerer Sicherheit würde nach dem Willen der AfD entfallen und die Bundeswehr fortan „zum Einsatz im Inneren autorisiert“. Ein erweitertes Reservistenkorps soll im „Heimatschutz“ zum Einsatz kommen, dessen erklärter Schwerpunkt der Schutz der deutschen Außengrenzen ist. Die deutschen Spezialkräfte sollen im Falle terroristischer Bedrohungen, „an jedem Ort der Erde (...) zur Gefahrenabwehr und zur Unterstützung der Strafverfolgung im Ausland“ befähigt werden. Die AfD bekennt sich zur Nato und sieht Deutschland in einer „europäischen Führungsrolle“, während sie weiteren EU-europäischen Ambitionen eine Absage erteilt.

Die „geistig-moralische Reform“, die die AfD der Bundeswehr verschreiben will, zielt auf eine „Armee der Deutschen“, deren Soldaten zum „unerbittlichen Kampf im Gefecht“ ausgebildet, sich auf „deutsche Werte“ und soldatische Tugenden stützen und vom „Wehrwillen“ der Bevölkerung getragen werden sollen. Die akademische Ausbildung von Offizieren wird zum Ausnahmefall erklärt, die Traditionsbildung bleibt der Truppe zur Selbstgestaltung überlassen.

Mit dem Vorwurf, die deutsche Politik verübe durch die Vernachlässigung der „Wehrbereitschaft“ einen akuten „Verfassungsbruch“, erhält das AfD-Wehrprogramm einen dynamischen Überschuss, in dem sich der rechtspopulistische Doppelcharakter der Partei als konventionelle („bürgerliche“) Organisation und als radikale („gärrige“) Bewegung deutlich abbildet. Das Programm appelliert an das Ressentiment des Lesers:

will, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12/2019, S. 89–96; Donald Abenheim, *Bundeswehr und Alternative für Deutschland (AfD): Die „Soldatenpartei“?*, in: *Jahrbuch Innere Führung* 2019, Berlin 2019, S. 48–79.

Wenn von „Verfassungsbruch“ und „Staatskrise“ die Rede ist, sollte da der Schritt zum „Widerstand“ illegitim sein? Die Delegitimierung des Verfassungsstaats fördert ein Klima der Selbstermächtigung, in dem man gegebenenfalls auf eigene Faust tut, was getan werden muss – oder das Tun anderer toleriert. Sollten die Rechtsausleger des Militärkonservatismus dieser Spur folgen, wäre der Rubikon zum Extremismus überschritten.

IN DER GRAUZONE – TENDENZEN ZUR SELBSTERMÄCHTIGUNG

Gerade weil extremistische Einstellungen und Weltbilder nicht geschlossen und monolithisch sind, sondern diffuse Cluster und Muster bilden, sind Radikalisierungsprozesse oft fließend.²⁵ Ein markantes Merkmal akuter extremistischer Haltungen, diesseits wie jenseits des Straf- und Disziplinarrechts, scheint die individuelle oder gruppenbezogene Selbstermächtigung zu sein. Dabei genügt nicht allein, dass sich rechtsextreme Einstellungsmuster wie ein rassistisch motiviertes Ungleichheitsdenken verfestigen, ethnische Homogenitätsideale vertreten werden, der Vorrang der völkischen Gemeinschaft vor dem Individuum betont oder der Wertepluralismus der liberalen Demokratie abgelehnt wird. Das alles sind Brückennarrative, die dann brisant werden, wenn sich Krisen verdichten.²⁶

Das Zusammenspiel von aktivistischen Affekten und Krisenwahrnehmungen lässt sich derzeit in der sogenannten Prepper-Szene beobachten, die sich auf den „Tag X“ vorbereitet, an dem, wie unterstellt wird, der Staat versagt, die Infrastruktur zusammenbricht, die Kriminalität überhandnimmt oder die Grenzen offen stehen. Wenn „es passiert“, steht alles „auf dem Spiel“, das „Maß ist voll“ und „die Situation da“; dann muss man „bereit sein, schlechte Dinge tun“.²⁷ Hier handelt es sich zwar um Zitate aus kleinen Chat-Grup-

²⁵ Vgl. Christopher Daase/Nicole Deitelhoff/Julian Junk (Hrsg.), *Gesellschaft Extrem. Was wir über Radikalisierung wissen*, Frankfurt/M. 2019.

²⁶ Vgl. Armin Steil, *Krisen-Semantik. Wissenssoziologische Untersuchungen zu einem Topos moderner Zeiterfahrung*, Opladen 1993; zu den „Brückennarrativen“ vgl. Daase/Deitelhoff/Junk (Anm. 25), S. 91–130.

²⁷ Diese und ähnliche Äußerungen aus der „Prepper“-Szene werden in der Reportage von Justus Bender zitiert, *Deutsche Wildnis. Uniter bereitet sich auf die Katastrophe vor*, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 29.9.2019, S. 3.

pen und informellen Communities, gleichwohl reichen die Netzwerke in die Sicherheitsbehörden hinein. Die Spuren führen bis zu den Kampftruppen; Kontakte gibt es in die Reservistenzone. Aufsehen erregte der Fall des Oberleutnants Franco A., der bis 2017 eine Doppelexistenz als „Flüchtling“ und als Soldat führte, sich bewaffnet hatte und in dessen Umfeld sich Anschlagsplanungen und Proskriptionslisten fanden.²⁸

Jenseits des Radau-Extremismus einflussreich, aber wenig analysiert ist eine diffuse White-Collar-Dissidenz in Form der Elitenkritik, eines überkommenen „Kasinoextremismus“ (Elmar Wiesendahl), des verbreiteten Unbehagens an der „postheroischen“ Gesellschaft und einer Politik- und Staatsverdrossenheit, auf die bereits die Studien aus den 1990er Jahren hingewiesen hatten. Auch wenn die Ausgangspunkte durchaus unterschiedlich sein mögen, hier finden sich Anschlussstellen zu extremistischen Einstellungsmustern, und der extremistische Aktivismus kann unter Umständen mit einem Resonanzboden rechnen. Mit der Flüchtlingskrise ab 2015, als bis hinein in die Unionsparteien ein „Staatsversagen“ diagnostiziert und von einer „Herrschaft des Unrechts“ gesprochen wurde, und seit der Konsolidierung der AfD dürfte diese Haltung an Zulauf gewonnen haben. Wieweit die Netzwerke „alter Herren“ aus dem höheren Offizierkorps eine bremsende oder eine Verstärkerfunktion erfüllen, lässt sich empirisch schwer erfassen.²⁹

Die in diesen Grauzonen anzutreffende Tendenz zur Selbstermächtigung bedient sich einer Umkehr der Beweislast: Ist Politik und Parlament, Dienstherr oder Kanzlerin erst einmal das Vertrauen entzogen, fällt der Legitimationsgewinn an den Ankläger – er bestimmt, was von Staats wegen geboten ist, was der Soldat zu sein hat, was das Volk will und was die Nation zum Überleben braucht. Dieses Problem verlangt an-

dere Instrumente und Instanzen als die Beobachtung, Meldung und Ahndung von „Vorfällen“. Hier ist die Innere Führung gefordert, die dringend der Revitalisierung bedarf.³⁰ Auf ihre Agenda gehört die Sorge um ein offenes Betriebsklima, eine engagierte innerorganisatorische Kommunikation, eine wirksame niedrigschwellige Fehlerkultur, gute bürokratiearme Führung, eine funktionierende und ansprechende Bildungsarbeit, realistische Berufs- und Leitbilder und eine Überwindung jener bereits seit der Weizsäcker-Kommission zur Zukunft der Bundeswehr (2000) diagnostizierten notorischen „organisierten Verantwortungslosigkeit“, die (allzu oft) Ministerium und Truppe lähmt.³¹

BILANZ

Ganz dicht am rechten Rand ist die Bundeswehr nicht. Ob sie aber näher dran ist als die zivile Gesellschaft, ist empirisch eine derzeit offene Frage. In jedem Fall sind extremistische Tendenzen in einem bewaffneten Machtorgan des demokratischen Staates intolerabel und gefährlich. Strukturelle Faktoren innerhalb der Streitkräfte begünstigen die Entwicklung einer Grauzone zwischen dem – dominanten – Militärkonservatismus, rechtspopulistischen Entstellungen und dem rechtsextremen Rand. Dazu gehört ein unpolitisches Berufsbild, die zahllosen Konfliktfelder einer auf Dauer gestellten Mangelbewirtschaftung, Bürokratisierung und Zentralisierung, der verbreitete Eindruck geringer gesellschaftlicher Wertschätzung und der grassierende Vertrauensverlust in „die Politik“ und die regierenden Parteien. Die AfD operiert in dieser Grauzone als „Kümmerer-Partei“, aber auch mit Sinnangeboten, die eine Radikalisierung begünstigen können. In Gestalt der Inneren Führung, die mündige und zugleich professionelle Bürger-Soldaten zum Leitmodell erklärt, verfügt die Bundeswehr jedoch über ein Brückennarrativ, das in die entgegengesetzte Richtung verweist. Damit dies greift, sind allerdings gemeinsame Anstrengungen von Militär, Politik und Gesellschaft notwendig.

KLAUS NAUMANN

ist promovierter Historiker, bis 2017 am Hamburger Institut für Sozialforschung, Mitglied im 15. Beirat für Fragen der Inneren Führung des Verteidigungsministeriums.

naumann.kl@web.de

²⁸ Vgl. Matthias Meisner/Heike Kleffner (Hrsg.), *Extreme Sicherheit. Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz*, Freiburg/Br. 2019.

²⁹ Vgl. Nachtwei (Anm. 3) S. 107 ff.; in den Abschlussberichten des 1. Untersuchungsausschusses (Anm. 12), ist nur seitens der Oppositionsparteien von dieser Problematik die Rede.

³⁰ Das von Uwe Hartmann und Claus von Rosen seit 2009 herausgegebene Jahrbuch *Innere Führung* ist ein zentraler Protagonist dieser Forderung.

³¹ Zu den Defiziten bei der Umsetzung des Programms „Innere Führung – heute“ (Anm. 22) vgl. Klaus Naumann, *Anspruch und Wirklichkeit: Innere Führung ist mehr als Menschenführung*, in: *Europäische Sicherheit* 7/2019, S. 13–16.

VON LEISTUNGSGRENZEN UND TRENDWENDEN

Was soll und kann die Bundeswehr?

Johannes Varwick

Aufgaben und Struktur der Bundeswehr haben sich in den vergangenen Jahren in mehreren Schritten umfassend verändert. Allerdings hatte noch jede Reform der vergangenen 20 Jahre – wie auch die vorherigen – eine nur geringe Halbwertszeit.⁰¹ Die Bundeswehr ist eine vom Parlament legitimierte, kontrollierte und bei ihren Einsätzen mandatierte Streitkraft. Dass sie heute „ein paar heftige Probleme mit hohlen Strukturen bei Material und Personal hat, gehört in der deutschen Debatte inzwischen zum Allgemeinwissen“.⁰²

AUSGANGSLAGE

Bereits das immer noch aktuelle Rahmendokument der Bundesregierung zu der Frage „Was soll und kann die Bundeswehr?“, das Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr von 2016,⁰³ deutete an, dass die deutschen Streitkräfte seit Jahren von der Substanz leben, also an einer Unterfinanzierung bei gleichzeitig erhöhtem Gestaltungsanspruch seitens der Politik leiden. Die Bundeswehr entwickelt gemäß der aus dem Weißbuch abgeleiteten Konzeption aus dem Jahr 2018 ihre Fähigkeiten mit Blick auf spezifische Eigenschaften der Räume und Dimensionen, in denen militärische Operationen stattfinden können: „Heer, Luftwaffe, Marine, Spezialkräfte, Cyber und Informationsraum, Streitkräftebasis und Sanitätsdienst stellen in der Bundeswehr militärische Kräfte in den Dimensionen einsatzbereit zur Verfügung“.⁰⁴ Soweit der Anspruch. Es gehe, so Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, um die Handlungsfähigkeit Deutschlands in der Sicherheitspolitik. Diese setze immer zwei Komponenten voraus: „Dass man es will und dass man es kann. Und für beides müssen wir unseren Beitrag leisten.“⁰⁵

In den Analysen und Absichtserklärungen der zuständigen Ministerien, insbesondere des für die

Bundeswehr zuständigen Bundesministeriums der Verteidigung und seiner vielen Ämter und Dienststellen, werden die dabei zwangsläufig auftretenden Versäumnisse, Schwachstellen und Fehler häufig korrekt erkannt. Die Defizite liegen vielmehr meist darin, die als richtig erkannten Maßnahmen umzusetzen. Die deutsche Sicherheitspolitik habe sich, so auch der Generalinspekteur der Bundeswehr, „mehr als 20 Jahre sehr intensiv mit dem Streichen und Kürzen beschäftigt, aber wenig damit, was die Bundeswehr braucht, um dauerhaft einsatzfähig zu sein. (...) Jetzt geht es darum, die verlorenen Kapazitäten auf einem modernen Niveau wieder aufzubauen.“⁰⁶ Insofern ist die Mängelliste der Bundeswehr lang; dies wird auch von Militärexperten außerhalb der Bundeswehr nicht ernsthaft in Zweifel gezogen – ebenso wenig wie etwa vom Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages in seinen Berichten der vergangenen Jahre.⁰⁷

Was also soll und was kann die Bundeswehr im Jahr 2020? In welchem Zustand sind die deutschen Streitkräfte, die ihre Ziele nicht aus sich selbst heraus formulieren, sondern die in Deutschland ohne Zweifel ein Instrument der Politik sind?⁰⁸

AN DIE LEISTUNGSGRENZE – UND DARÜBER HINAUS?

Noch in den 1980er Jahren galt die Bundeswehr als die mit Abstand stärkste konventionelle Streitmacht des Westens in Europa. Sie bildete das unverzichtbare Rückgrat der Verteidigung im Rahmen der Nato. Sie hat mit ihrer Stärke und Professionalität wesentlich dazu beigetragen, dass Abschreckung funktionierte und damit Europa von einem Dritten Weltkrieg verschont blieb. Was ist also zwischenzeitlich geschehen, dass sich das Bild innerhalb weniger Dekaden derart verändert hat?⁰⁹ Der zeitgeschichtliche Hintergrund zeigt eine sich öffnende Schere zwischen Auftrag und Mitteln,

ein Zustand, der in mehreren Schritten immer problematischer wurde. Auf den ersten Blick klingt es paradox, da nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zugleich auch das „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama) erreicht schien, zumindest in (West-)Europa. Krieg schien undenkbar geworden, und damit auch militärische Vorsorge unnötig. Deutschland war „von Freunden umzingelt“ und zugleich im Wesentlichen damit befasst, seine neu gewonnene Einheit zu realisieren. Eine Friedensdividende wurde von weiten Teilen der Gesellschaft eingefordert und auch Schritt für Schritt umgesetzt. Viele Verbände der Bundeswehr wurden aufgelöst und Personal massiv reduziert, einsatzwichtiges Material verschrottet oder verkauft und die Bevorratung an Ersatzteilen und Munition aus Kostengründen drastisch heruntergefahren. Die Wehrpflichtdauer wurde auf ein Niveau reduziert, das militärisch kaum noch sinnvoll war, und zugleich glaubte man, auf Reservisten mehr und mehr verzichten zu können. 2011 wurde die Wehrpflicht dann schließlich ausgesetzt.

Parallel dazu geriet Deutschland immer stärker unter internen und externen Druck, als leistungsstarke Wirtschaftsmacht einen militärischen Beitrag bei der internationalen Krisenbewältigung zu leisten, also auch auf diesem Feld eine Mitverantwortung zu übernehmen und damit einen Teil der jahrzehntelang erlebten Solidarität zurückzu-

geben. Damit geriet die Bundeswehr aber in eine Lage, die sie an den Rand ihrer Möglichkeiten und zum Teil auch darüber hinaus führte. Sie war bis dahin immer auf Landesverteidigung im engeren Sinne ausgerichtet – mit kurzen Wegen, auf eigenem Territorium und damit unter direktem Zugriff auf alle dort vorhandenen infrastrukturellen und personellen Ressourcen. Ihr strategischer Horizont, der eigentlich eher als taktischer oder bestenfalls operativer bezeichnet werden musste, endete bis dahin an der innerdeutschen Grenze. Die neue Auftragslage – zunächst in Somalia, dann auf dem Balkan und schließlich in Afghanistan, um nur einige der Schwerpunkte zu nennen – verlangte nun aber völlig anderes, wie beispielsweise eine strategische Verlegefähigkeit, ein robustes Führungs- und Informationssystem über weite Entfernungen, umfangreiche Feldlagerkapazitäten, mobile medizinische Versorgung mit modernster Ausstattung und vieles mehr. Neue Ausbildungserfordernisse und personelle Fähigkeitsprofile kamen hinzu. Eine Anschubfinanzierung für diese neuen Aufgaben – wie sie etwa die Weizsäcker-Kommission im Jahr 2000 gefordert hatte¹⁰ – erhielt die Bundeswehr nicht. Die nötige Umsteuerung war nur leistbar, indem die Ressourcen der Truppe konsequent auf die jeweiligen Einsatzmissionen konzentriert wurden – zulasten der meisten anderen Aufgaben und letztlich auch der Kohäsion und Substanz. Landes- und Bündnisverteidigung galt jedenfalls auch offiziell als nicht mehr strukturbestimmend. Im Klartext hieß das: Sie wurde vernachlässigt.

Ab 2014 änderte sich mit der Krimkrise das Bild wieder. Mit dem Paradigmenwechsel in der strategischen Einschätzung mit Blick auf Russland geriet erneut die klassische Verteidigungsfähigkeit in Europa in den Fokus. Das Aufgabenspektrum der Bundeswehr hat sich damit aber nicht etwa wieder auf den ursprünglichen Zustand reduziert, sondern ist de facto erneut erweitert worden. Das allerdings geht nun wohl endgültig über die Leistungsgrenzen der Truppe hinaus. Das Ergebnis spiegelt sich in ihrem jetzigen Zustand wider – und es spricht wenig dafür, dass es sich mit ein paar Milliarden Euro mehr entscheidend ändert, trotz aller Hinweise auf eine „finanzielle Trendwende“ im Verteidigungshaushalt. Dazu sind die Defizite inzwischen viel zu grundlegend. Als Lösungsansatz bleibt daher kaum anderes übrig, als

01 Vgl. Johannes Varwick, Die Bundeswehr reformieren, in: Internationale Politik 7/2000, S. 61–65.

02 Hans-Peter Bartels, Deutschland und das Europa der Verteidigung, Bonn 2019, S. 71.

03 Vgl. Bundesregierung, Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin 2016, S. 137f.

04 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Konzeption der Bundeswehr vom 20. 7. 2018, www.bmvg.de/resource/blob/26544/9ceddf6df2f48ca87aa0e3ce2826348d/20180731-konzeption-der-bundeswehr-data.pdf.

05 „Bundeswehr fit machen für die Zukunft“. Rede der Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, Berlin, 6. 2. 2020, www.bmvg.de/de/aktuelles/akk-kramp-karrenbauer-bundeswehr-fit-machen-fuer-zukunft-178554.

06 „Verlorene Kapazitäten wieder aufbauen“. Interview mit dem Generalinspekteur der Bundeswehr Eberhard Zorn, 13. 6. 2019, www.bundesregierung.de/breg-de/bundeskanzlerin/generalinspekteur-bundeswehr-1636274.

07 Vgl. zuletzt Deutscher Bundestag, Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten, Jahresbericht 2019, Bundestagsdrucksache 19/16500, 28. 1. 2020.

08 Vgl. dazu grundlegend Ulf von Krause, Die Bundeswehr als Instrument deutscher Außenpolitik, Wiesbaden 2013.

09 Vgl. Kersten Lahl/Johannes Varwick, Sicherheitspolitik verstehen. Handlungsfelder, Kontroversen und Lösungsansätze, Frankfurt/M. 2019, S. 30f.

10 Vgl. Kommission Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr, Abschlussbericht, Berlin 2000.

die der Truppe gestellten Aufgaben selbstkritisch zu analysieren, dabei eine konsequente Prioritätenfolge zu entscheiden und zugleich zwangsläufige Lücken in Kauf zu nehmen. Es geht also im Kern darum, die über viele Jahre aus den Fugen geratene Balance zwischen Auftrag und verfügbaren Mitteln wieder zu festigen.

EINSÄTZE DER BUNDESWEHR

Die Bundeswehr ist seit Langem eine Armee im Einsatz. Die klassische Funktion von Streitkräften zur Abschreckung und zur Verteidigung gegen Angriffe von außen ist gleichwohl so unverzichtbar wie unbestritten, auch wenn diese allgemeine Einsicht in den Streitkräfteplanungen und in weiten Teilen der deutschen Öffentlichkeit vorübergehend in Vergessenheit zu geraten schien und erst neuerdings wieder stärker ins Bewusstsein rückt. Was jenseits von Landes- und Bündnisverteidigung das militärische Krisenmanagement betrifft, lehrt die Erfahrung durchaus nüchterne Bescheidenheit mit Blick auf die Wirksamkeit und die Erfolgsaussichten von Militäreinsätzen. Seit 1991 waren in über 50 Auslandseinsätzen der Bundeswehr weit über 400 000 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt, und die Ergebnisse fallen sehr gemischt aus. Allerdings sollten aus dieser Bilanz keine falschen Schlüsse gezogen werden, denn erst das Bereithalten hinreichender militärischer Mittel befähigt überhaupt, in Krisen handlungsfähig zu sein beziehungsweise diese Mittel, eben weil man sie hat, nicht einsetzen zu müssen.¹¹

Im Rahmen der „erweiterten Vornepräsenz“ der Nato verantwortet Deutschland seit Januar 2017 als Rahmennation die multinationale Battlegroup für Litauen. Mit derzeit 552 Soldatinnen und Soldaten ist dies nach Afghanistan und Mali die drittgrößte Mission der Bundeswehr im Ausland. Im Rahmen der Nato Response Force stellte Deutschland 2019 als Rahmennation die sogenannte Nato-Speerspitze (VJTF), die innerhalb von fünf Tagen für jedes denkbare Szenario abmarschbereit sein muss. 2023 werden abermals rund 15 000 deutsche Soldatinnen und Soldaten ihren Dienst als Teil der Speerspitze antreten – vermutlich ebenso unterhalb des Radars von weiten Teilen der Öffentlichkeit wie 2019. Über die Einbindung in die kollektive Verteidigung im

Nato-Rahmen hinaus sind mit Stand März 2020 3243 Bundeswehrsoldaten in zehn mandatierten Auslandseinsätzen tätig, darunter in Afghanistan (Resolute Support), Mali und Niger (MINUSMA und EUTM Mali) und im Irak (Counter Daesh).¹² Auch hier ist bestenfalls weiterhin ein „freundliches Desinteresse“¹³ in weiten Teilen der Bevölkerung zu konstatieren – und dies obwohl jeder einzelne Einsatz vom Bundestag mandatiert werden muss.

MULTINATIONALITÄT ALS ZENTRALE RAHMENBEDINGUNG

Ein weiterer Aspekt der Entwicklung der Bundeswehr ist die weitgehende multinationale Einbindung. Auch die Zukunft deutscher und europäischer Sicherheitsvorsorge liegt im multilateralen Verbund, vor allem im Rahmen von UN, Nato und EU, aber wohl zunehmend auch in wechselnden „Koalitionen der Willigen“ oder auch bilateralen Formaten. Keine der großen Herausforderungen lässt sich allein mit rein nationalen Mitteln auf Dauer bewältigen. Fragen nationaler Interessen und Strategien sind damit aber keinesfalls obsolet. Vielmehr bilden sie die Voraussetzung für jedes sinnvolle Mitwirken. Der Bundeswehr fällt dieser Aspekt auch insofern eher leicht, als sie seit ihrer Gründung 1955 ausschließlich durch Einbindung in Bündnisstrukturen wirksam werden konnte.

Es wird künftig noch stärker als bisher darum gehen, „Inseln funktionierender Kooperation“¹⁴ zu schaffen, das heißt, aus rein nationalen Fähigkeiten sollten sukzessive gemeinsame multinationale Fähigkeiten werden, die dann auch Nato und EU zugutekommen können. Mit Entwicklung des Rahmennationenkonzeptes ab 2013, zunächst im Kontext der Nato, später auch harmonisiert mit der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit der EU im Verteidigungsbereich (SSZ, oder geläufiger PESCO: Permanent Structured Cooperation) sollen identifizierte Fähigkeitslücken möglichst gemeinsam geschlossen und durch erprobte Kooperationsbeziehungen militärische

¹² Zahlen nach www.bundeswehr.de/de/151670-151670.

¹³ So die Formulierung des damaligen Bundespräsidenten. Vgl. Rede von Bundespräsident Horst Köhler bei der Kommandeurstagung der Bundeswehr, Bonn, 10. 10. 2015, www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2005/10/20051010_Rede.html.

¹⁴ Bartels (Anm. 2), S. 83.

¹¹ Vgl. Lahl/Varwick (Anm. 9), S. 193.

Effizienz erhöht werden, auch im Einsatz.¹⁵ Davon sind keine Wunder zu erwarten, und nach Lage der Dinge ist es auch unwahrscheinlich, dass daraus eine wirklich vergemeinschaftete „Europaarmee“ werden wird. Zudem setzt der deutsche Parlamentsvorbehalt dem Einsatz von Streitkräften bei multinationaler Integration gewisse Grenzen.¹⁶ Der Weg hin zu einer aus nationalen Komponenten zusammengesetzten „Armee der Europäer“, die dann auch die Nato stärken könnte, ist aber eine Zielperspektive, die die Bundeswehr weiter verändern wird.¹⁷ Das gilt für die militärpolitische Ebene genauso wie für die rüstungspolitische, wenngleich hier besonders deutlich die Schwierigkeiten einer effizienten Zusammenarbeit sichtbar sind. Gleichwohl werden Pläne wie etwa das für 2040 geplante französisch-deutsch-spanische Future Combat Air System (FCAS) die Einsatzrealität der kommenden Jahrzehnte prägen, allerdings wiederum außerhalb des EU-Kontextes.¹⁸

DREI TRENDWENDEN: PERSONAL, MATERIAL, FINANZEN

Was geschieht, wenn die Balance zwischen Auftrag und verfügbaren Mitteln über Jahre verlorenzugehen droht, zeigt der gegenwärtige Zustand der Bundeswehr. Viele der bestehenden Großsysteme (Eurofighter, der Kampfhubschrauber Tiger, Leopard 2, Panzerhaubitze 2000) haben ihren Ursprung in der Regierungszeit von Helmut Kohl, die Einführung von neuen Systemen kommt nur schleppend voran. Das gilt auch für neue Fragen wie Cyber, elektronische Kampfführung oder Künstliche Intelligenz, obgleich im April 2017 das Kommando Cyber- und Informationsraum in Dienst gestellt wurde und sich um diese neuen Fragen kümmert.

¹⁵ Vgl. Christian Badia, Das Rahmennationenkonzept. Multinationale Fähigkeitsentwicklung und operativer Mehrwert, in: Europäische Sicherheit und Technik 2/2020, S. 44 ff.

¹⁶ Vgl. Johannes Varwick, Statement für die 5. Sitzung der Kommission Auslandseinsätze der Bundeswehr am 11.9.2014, www.bundestag.de/resource/blob/296760/3f17b8f159c1b4fec836c6646674d762/18-26-016b_statement-varwick-pdf-data.pdf.

¹⁷ Vgl. Ulf von Krause, Die Bundeswehr als Teil einer Europäischen Armee. Realistische Perspektive oder unrealistische Vision?, Wiesbaden 2019.

¹⁸ Vgl. Philippe Lavigne/Javier Salto Martinez-Avial/Ingo Gerhartz, Die Zukunft der europäischen Luftwaffen, 21.2.2020, www.faz.net/aktuell/politik/gastbeitrag-die-zukunft-der-europaeischen-luftwaffen-16642571.html.

Die Bundeswehr ist trotz neuer Aufgaben in Teilen nicht durchhaltefähig einsatzbereit, es mangelt an der persönlichen Ausstattung der Soldaten, die Munitionsbevorratung unterschreitet die Nato-Vorgaben zum Teil drastisch, der Truppe fehlt es an Schiffen, Panzern und Helikoptern, Luftverteidigung und Kampfflugzeugen. Um diese Lage zu verbessern, hatte das Verteidigungsministerium unter der Leitung von Ursula von der Leyen 2016 sogenannte Trendwenden in den Bereichen Finanzen, Personal, Material und Infrastruktur ausgerufen und 2018 schließlich mit einer neu vorgelegten Konzeption der Bundeswehr und einem neuen Fähigkeitsprofil die Strategie der Bundeswehr der kommenden Jahre festgelegt.¹⁹ Die im Weißbuch 2016 beschriebenen Aufgaben der Bundeswehr – also im Wesentlichen Landes- und Bündnisverteidigung sowie erweitertes Krisenmanagement außerhalb des Bündnisgebiets – sollen künftig Gleichrangigkeit haben, könnten allerdings erklärtermaßen nicht alle gleichzeitig vollumfänglich wahrgenommen werden. Die Refokussierung auf die Landes- und Bündnisverteidigung stelle dabei die anspruchsvollste Aufgabe mit dem höchsten Nachholbedarf für die Bundeswehr dar. Cyber, hybride Kriegführung, angemessene Einsatzbereitschaft und schnelle Schwerpunktverlagerung mobiler Kräfte sowie Unterstützungsleistungen für Alliierte seien die aktuellen Themen und gleichzeitig Herausforderungen der Landes- und Bündnisverteidigung. In der sogenannten Grundaufstellung der Bundeswehr werde ein leistungsfähiger und robuster Kräfteansatz benötigt, der personell und materiell auftragsorientiert ausgestattet sein müsse. Fähigkeiten für andere Aufgaben, die in der Grundaufstellung originär nicht vorhanden sind (beispielsweise im Rahmen des internationalen Konfliktmanagements), sollen durch ergänzende spezifische „Missionspakete“ bereitgestellt werden. Grundaufstellung und Missionspakete gemeinsam sollen dann das Erfüllen aller Aufgaben der Bundeswehr ermöglichen. Vorhandene Fähigkeiten müssten zu diesem Zweck nicht nur weiter verbessert und ausgebaut werden, sondern im Bereich der Landes- und Bündnisverteidigung auch teilweise wiederaufgebaut werden.

Trendwende Personal

Für die definierten Aufgaben wird zweifellos mehr Personal benötigt. Legte der Zwei-plus-Vier-Ver-

¹⁹ Vgl. Bundesministerium der Verteidigung (Anm. 4).

trag 1990 eine Obergrenze von 370 000 Soldatinnen und Soldaten fest, betrug der Tiefstand der Bundeswehr im Jahr 2016 rund 166 000 Berufs- und Zeitsoldaten, Anfang 2020 liegt die Zahl bei 184 000, davon rund 23 000 Frauen. Die Zielgröße soll 2025 186 000 plus bis zu 12 500 freiwillige Wehrdienstleistende und 4500 Reservedienstleistende betragen. Auch angesichts des Aussetzens der Wehrpflicht 2011 hat die Bundeswehr indes erhebliche Schwierigkeiten bei der Gewinnung von geeignetem (Fach-)Personal. War die Bewerberlage in den vergangenen Jahren stark rückläufig, hat sie sich 2019 stabilisiert, allerdings auch aufgrund von Dienstzeitverlängerungen und nicht nur aufgrund von neu eingestelltem und hochqualifiziertem Personal. Dazu gehört auch ein neues Reservistenkonzept, das unter anderem vorsieht, dass alle, die bei der Bundeswehr Soldat oder Soldatin waren, künftig noch weitere sechs Jahre als Reservisten zu Übungen eingezogen werden, um im Krisenfall eingesetzt werden zu können. Die Zahl der unbesetzten Unteroffiziers- und Offiziersdienstposten lag 2019 bei mehr als 20 000. Mit verschiedenen Attraktivitätssteigerungsgesetzen sowie einem forcierten Wandel bei der Rolle der Bundeswehr in Gesellschaft und Politik (wie kostenloses Bahnfahren in Uniform oder öffentliche Gelöbnisse) soll der Soldatenberuf mehr Wertschätzung erfahren und damit auch attraktiver werden.

Trendwende Material

Der Anteil an zur Verfügung stehenden Mitteln für Investitionen in neues oder die Modernisierung bestehenden Materials ist in den vergangenen Jahren gestiegen, erreicht aber noch nicht die zugesagte Rüstungsinvestitionsquote von 20 Prozent des Verteidigungshaushalts. Die Beschaffungsdauer und -prozesse, die bürokratischen Hindernisse auf Seiten der Bundeswehr wie auch die Entwicklungs- und Produktionsmöglichkeiten der Rüstungsindustrie sind zudem stark verbesserungsbedürftig. Der Wehrbeauftragte spricht von „offensichtlich dysfunktional gewordenen Strukturen auf der Amtsseite“, ²⁰ zahlreiche Beobachter betonen, dass es der Bundeswehr noch immer nicht zufriedenstellend gelingt, das zur Verfügung stehende Geld effizient einzusetzen und Verschwendung zu vermeiden. Im Bericht des Wehrbeauftragten werden zahlreiche Mängel genannt, unter anderem seien von 284 neu ein-

gekauften Schützenpanzern Puma nur ein Viertel, von 53 Kampfhubschraubern Tiger oder dem Transporthubschrauber NH90 nur ein Bruchteil, bei den 93 Tornados weniger als ein Viertel, von 15 größeren Kampfschiffen neun einsatzbereit.²¹

Gemäß des Fähigkeitenprofils der Bundeswehr soll erst 2031 die sogenannte Vollausrüstung erreicht sein, als Zwischenschritt soll 2023 eine Brigade des Heeres (von bisher siebeneinhalb) voll ausgerüstet sein, 2027 eine ganze Division (drei Brigaden), 2031 dann drei Divisionen. Ob das mit den derzeitigen Mitteln erreichbar ist, wird bezweifelt. Hinsichtlich der Einsatzbereitschaft der 66 Hauptwaffensysteme der Bundeswehr wird selbst in den offiziellen Zahlen seitens des Bundesministeriums der Verteidigung (die internen Dokumente sind nicht zugänglich) ein gemischtes Bild gezeichnet.²² Zwar habe es erhebliche Verbesserungen gegeben, von einer zufriedenstellenden Lage könne bei im Schnitt 70 Prozent Einsatzbereitschaft aber keine Rede sein. Alle Reformen der Vergangenheit, so Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer, auch die massive Einbindung externen Sachverständigen, hätten offenkundig „nicht zu den Ergebnissen geführt, die wir uns wünschen“.²³ Auch der damalige Inspekteur des Heeres argumentiert, dass es gut sei, dass die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung gestellt würden. Großprojekte könnten aber nur angegangen werden, wenn eine verlässliche mittelfristige Finanzplanung vorhanden sei. „Auf Sicht fahren, das funktioniert schlecht. Als Bundeswehr ist es uns nicht gelungen, in den vergangenen fünf Jahren unsere überbordende Bürokratie vollständig einzudämmen. Es ist nicht hilfreich, dass die Beschaffung etwa von Zelten und Rucksäcken und Helmen genauso planerisch durchgeführt wird wie die Beschaffung eines Panzers“.²⁴ Mit einer „Initiative Einsatzbereitschaft“ und einer Reihe damit verbundener Maßnahmen soll 2020 Abhilfe geschaffen werden.

²¹ Ebd., S. 43 ff.

²² Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Bericht zur materiellen Einsatzbereitschaft der Hauptwaffensysteme der Bundeswehr 2019, www.bmvg.de/resource/blob/161576/80e0c3e586ef5fcef147304961048234/20191205-download-bericht-zur-materiellen-einsatzbereitschaft-der-hauptwaffensysteme-der-bundeswehr-2019-data.pdf.

²³ Kramp-Karrenbauer (Anm. 5).

²⁴ „Die Achillesferse ist und bleibt das Material“. Interview mit dem Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Jörg Vollmer, 12.2.2020, www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehr-joerg-vollmer-interview-1.4793533.

²⁰ Deutscher Bundestag (Anm. 7), S. 5.

Trendwende Finanzen

Die Umsetzung der neuen Konzeption ist nur bei deutlich steigenden Finanzmitteln realisierbar. Lag die Höhe des Verteidigungshaushalts 2014 bei 32,4 Milliarden Euro (2015: 33,0; 2016: 34,3; 2017: 37,0; 2018: 38,5), wuchs der Etat 2019 auf 43,2 Milliarden Euro. Für 2020 hat der Bundestag Verteidigungsausgaben in Höhe von 45,1 Milliarden Euro beschlossen. Die Steigerung der nach Nato-Kriterien anrechenbaren deutschen Verteidigungsausgaben beträgt seit dem Nato-Gipfel von Wales 2014 bis heute rund 40 Prozent. Wichtiger Indikator für die Trendwende Finanzen sind auch die steigenden Mittel für Rüstungsinvestitionen, um den anerkannten Investitionsstau der vergangenen Jahre aufzulösen und militärische Fähigkeiten weiterentwickeln zu können. Nicht zu erreichen mit diesen durchaus beachtlichen Steigerungen, sind allerdings die zugesagten Verpflichtungen im Rahmen von Nato und EU (das politisch umstrittene Zwei-Prozent-Ziel). Die Bundesregierung strebt hier bis 2024 eine Quote von 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, bis 2031 eine Quote von zwei Prozent an. Der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt stieg zwar entsprechend an: von 1,18 Prozent im Jahr 2014 über 1,23 Prozent 2018 auf 1,36 Prozent im Jahr 2019. Für 2020 meldet die Bundesregierung der Nato 50,3 Milliarden Euro,²⁵ das wäre mit prognostizierten 1,42 Prozent des BIP aber immer noch weit entfernt von dem zugesagten Ziel.

Zwischenbilanz

Nimmt man die Erfahrungen der Trendwenden und der zahlreichen Versuche, die Bundeswehr zu reformieren, zusammen, dann kommt man nicht umhin festzustellen, dass doch eine ganze Reihe hausgemachter Probleme die Bundeswehr belasten. Der Wehrbeauftragte formuliert das in beeindruckender Klarheit: „Schon lange sind es nicht einzelne Vorschriften, die den Rahmen des Überschaubaren sprengen, sondern die Überorganisation des gesamten Apparats der Bundeswehr. Kommandeure klagen, dass die zunehmende Bürokratisierung in allen Bereichen die operative Flexibilität immer weiter einschränke. Der strikte Prozessvollzug sei wichtiger geworden als das

operative Ziel. Eine ‚Trendwende Mentalität‘ ist in der Bundeswehr deshalb dringend von Nöten.“²⁶

DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER WELT GERECHT WERDEN

Alldem muss sich die deutsche Sicherheitspolitik stellen. Deutschland hat eine ökonomische und politische Schlüsselrolle sowohl in der Nato als auch in der EU und ist ebenfalls eine wichtige Macht in der UN. Von daher sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass Deutschland – nach einem intensiven politischen Abwägungsprozess – grundsätzlich auch im vollen Spektrum an militärischen Einsätzen teilnehmen und seine Kräfte verfassungskonform, solidarisch und verlässlich zur Anwendung bringen kann. Aus verschiedenen Gründen zeigt Deutschland aber im sicherheitspolitischen und dabei insbesondere im militärischen Bereich internationaler Krisenbewältigung bisweilen immer noch eine bemerkenswerte Zurückhaltung, die von seinen Partnern zum Teil kritisch gesehen wird.²⁷

Der Kern der internationalen sicherheitspolitischen Verantwortung Deutschlands sollte sich aus Gründen seiner Lage, Größe, Wirtschaftskraft und auch Geschichte vor allem auf seine stabilisierende Funktion in Europa beziehen. Mit Blick auf die Rolle seiner Streitkräfte ergibt sich daraus eine besondere Verantwortung für das Thema Landes- und Bündnisverteidigung, und hier hat Deutschland ab 2014 auch dezidiert Verantwortung übernommen – selbst wenn diese noch keineswegs durch entsprechende finanzielle Ressourcen dauerhaft materiell und personell unterfüttert ist. Aber dennoch lässt sich darüber hinaus feststellen, dass Deutschland wie kaum ein anderes Land von der liberalen internationalen Ordnung profitiert, zu deren Erhalt es jedoch zumindest militärisch bisweilen nur wenig beiträgt. Anders formuliert: Die „Kultur der Zurückhaltung“ und die „Kultur der Verantwortung“ sind in den vergangenen Jahren wohl nicht immer richtig austariert worden. Der in einer bestimmten historischen Konstellation nach der Wiedererlangung der vollen Souveränität 1989/90 zu Recht beschworene Gegensatz von „Verantwortung

²⁵ Die absoluten Zahlen unterscheiden sich, da die Systematiken teils unterschiedlich sind. Die 50,3 Milliarden Euro beziehen sich auf Nato-Standards.

²⁶ Deutscher Bundestag (Anm. 7), S. 14.

²⁷ Vgl. Gesellschaft für Sicherheitspolitik (Hrsg.), *Wie viel Führung verlangt Verantwortung? Deutschlands ungeklärte sicherheitspolitische Rolle*, Frankfurt/M. 2020.

tungspolitik“ und „Machtpolitik“ ist jedenfalls heute nicht mehr das Kernproblem für deutsche Sicherheitspolitik. Der Gedanke der Mitverantwortung für eine offene und stabile internationale Ordnung verlangt vielmehr eine Neubewertung in der gesamten Breite – nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der strategischen Neuorientierung der US-Außenpolitik.

Das bedeutet nicht, dass Deutschland sich künftig leichtfertiger militärisch engagieren und in einer Art Automatismus allen Wünschen und Forderungen von Partnern öffnen sollte. Es bedeutet aber sehr wohl, dass Deutschland in den (vermutlich wenigen) Fällen, in denen der Einsatz seiner Streitkräfte zur Problemlösung nachhaltig beitragen kann, dies im multilateralen Verbund verlässlich tun können sollte. Die Mehrzahl der Sicherheitsexperten nimmt an, dass die kommenden 30 Jahre nicht ähnlich stabil und sicher für Deutschland sein werden wie die drei Jahrzehnte seit 1989 – und schon diese waren nicht nur friedlich. Das machtpolitische Verhalten Russlands, das neue nukleare Ungleichgewicht in Europa, der Aufstieg und die militärischen Ambitionen Chinas, die Unsicherheit über die militärische Rolle der USA in Europa, die sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels, die instabilen Regionen in Osteuropa, auf dem Balkan, im Nahen Osten und in Teilen Afrikas, der internationale Terrorismus und natürlich die Technologierevolution, die den Charakter militärischer Bedrohungen massiv verändern wird, sprechen dagegen. Die Verteidigungsministerin formuliert das wie folgt: „Ich bin sicher: Angesichts der internationalen Lage werden wir uns auf mehr und forderndere Einsätze einstellen müssen. Zumindest müssen wir uns darauf einstellen, dass von unseren Partnern mehr gefordert wird, als das heute noch der Fall ist. Mir ist wichtig, dass wir dafür gerüstet sind – eben nicht nur im Sinne von Material und Ausbildung und einer klugen Balance von Kampf- und Unterstützungstruppen. Sondern auch politisch und kommunikativ.“²⁸

In der beschriebenen Lage ist mit Blick auf die Bundeswehr als Parlamentsarmee insbesondere der Deutsche Bundestag gefordert. Er soll-

te sich auf Verteidigung und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit als staatliche Kernaufgabe der Daseinsvorsorge besinnen und deshalb seine Budgethoheit dazu nutzen, ein Bundeswehrstärkungsgesetz²⁹ zu verabschieden, das die deutschen Fähigkeitszusagen aus dem Nato-Planungsprozess und der EU-Fähigkeitsplanung für die Jahre bis 2031 verbindlich mit Geld hinterlegt. Dergleichen mag neu für Deutschland sein, aber ungewöhnlich wäre es nicht. Frankreich hat ein Militärprogrammgesetz, und in Polen ist das Zwei-Prozent-Ziel gesetzlich verankert. In anderen Politikfeldern betreibt Deutschland solche langfristigen Selbstbindungen mit großer Selbstverständlichkeit. So bindet etwa das Strukturstärkungsgesetz für die vom Kohleausstieg betroffenen Bergbauregionen und auch das Gute-Kita-Gesetz sehr langfristige Mittel. Bei einem solchen Stärkungsgesetz für die Bundeswehr ginge es um die Substanz von Sicherheit, die sich letztlich auch in militärischen Fähigkeiten ausdrückt. Deutschland sollte seine Streitkräfte durchgängig modern ausstatten, altes Gerät stetig erneuern und steigende Personal- und Technologiekosten finanzieren, um Gegner abzuschrecken und notfalls in Einsätzen zu bestehen.

Es geht dabei nicht um eine Militarisierung der deutschen Sicherheitspolitik – auch wenn das natürlich in der politischen und wissenschaftlichen Debatte umstritten ist.³⁰ Deutschland neigt gewiss nicht zu militärischen Abenteuern – und das sollte auch so bleiben. Aber Deutschland muss sich als bekennender Multilateralist an verbindliche internationale Abmachungen halten. Verweigert Deutschland sich selbst und Europa eine starke Bundeswehr, so setzt es die Säulen seiner heutigen und vor allem künftigen Sicherheit aufs Spiel: Die Nato wird geschwächt und die EU gar nicht erst zu einem eigenständigen sicherheitspolitischen Akteur aufgebaut. Und die Bundeswehr erst dann ad hoc angemessen auszustatten, wenn eine Krise da ist, in der Handlungsbedarf erkannt wird, wird angesichts der Vielzahl an hier aufgezeigten Baustellen nicht gelingen.

JOHANNES VARWICK

ist Professor für Internationale Beziehungen und europäische Politik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Zu seinen Schwerpunkten gehören sicherheitspolitische Grundfragen und internationale Organisationen.
www.johannes-varwick.de

²⁸ Kramp-Karrenbauer (Anm. 5).

²⁹ Vgl. Johannes Varwick/Jan Techau, Deutschland muss wieder verlässlich werden, in: Neue Zürcher Zeitung, 19.9.2019, S. 10.

³⁰ Vgl. etwa die zahlreichen Beiträge der Internetplattform „Informationsstelle Militarisierung“, www.imi-online.de.

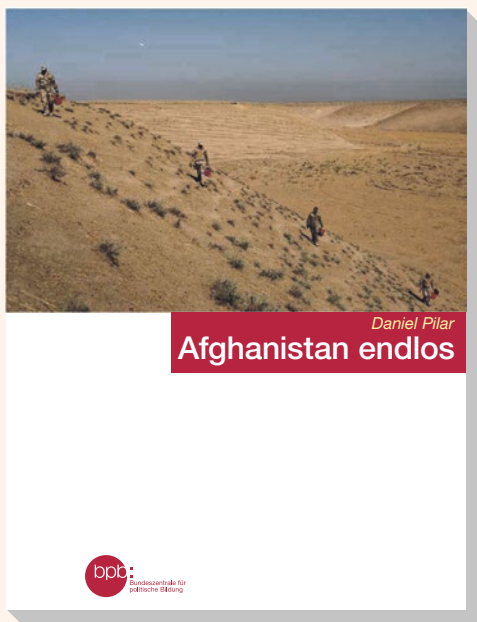
Zum Weiterlesen.



2019
Bestell-Nr. 10298



2017
Bestell-Nr. 10099



2019
Bestell-Nr. 10228



MILITÄR UND POLITIK IN DEMOKRATIEN UND AUTOKRATIEN

Aurel Croissant · David Kuehn

Die Beziehung von Militär und Politik ist seit Langem Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung. Dennoch variiert der Kenntnisstand stark nach Regimetyp. Für die gefestigten OECD-Demokratien ist er deutlich besser als für Staaten im Übergang von der Autokratie zum demokratischen Verfassungsstaat. Am wenigsten wissen wir über die politische Rolle der Streitkräfte in Autokratien.⁰¹ Dabei ist die Rolle des Militärs in Nicht-Demokratien oft zentral. Ihnen fehlen viele der Feedbackmechanismen, die in Demokratien eine friedliche Konfliktbearbeitung ermöglichen, weshalb sie meist über einen deutlich stärker ausgebauten Repressions- und Militärapparat verfügen. Auf der anderen Seite ist ein machtvoller Militär eine Gefahr für Autokraten: Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden mehr autoritäre Führer durch das eigene Militär gestürzt als durch Oppositionsbewegungen oder ausländische Interventionen.⁰² Die Fähigkeit autoritärer Herrscher, die Loyalität des Militärs an sich zu binden, ist auch von zentraler Bedeutung für den Ausgang von Massenprotesten, wie jüngst in Algerien und im Sudan.⁰³ Die Position der Streitkräfte in der Autokratie prägt zudem die Herausforderungen einer demokratiekompatiblen Neuordnung der Beziehungen zwischen Militär und Politik nach dem Ende des alten Regimes und nimmt dadurch Einfluss auf die Stabilität und Qualität neuer Demokratien. Vor diesem Hintergrund diskutiert unser Beitrag allgemeine Ordnungsprobleme und Herausforderungen der politisch-militärischen Beziehungen und Kernfragen dieses Verhältnisses in autokratischen und demokratischen Regimekontexten.

ORDNUNGSPROBLEME UND HERAUSFORDERUNGEN

Organisationsformen, politische Funktionen und gesellschaftlicher Stellenwert des Militärs unterliegen einem kontinuierlichen Wandel. Gleich-

wohl ist das Militär auch im 21. Jahrhundert ein zentrales Symbol und materielles Grundelement moderner Staatlichkeit. Die Institutionalisierung regelungsbedürftiger Aspekte in der Interaktion von Streitkräften und politischem System ist daher ein Ordnungsproblem fast aller modernen Staaten, ungeachtet ihrer Herrschaftsordnung. Für die Ausgestaltung der Beziehungen zwischen den Institutionen und Organisationen des politischen Systems und dem Militär resultiert daraus eine doppelte Herausforderung. Zum einen ist das Militär organisatorisch und materiell in die Lage zu versetzen, seinen politisch definierten Aufgaben nachkommen zu können. Zum anderen müssen Mechanismen der politischen Kontrolle des Militärs geschaffen werden. Ob und wie politischen Systemen beides gelingt, ist das zentrale Thema der politikwissenschaftlichen Beschäftigung mit den politisch-militärischen Beziehungen in Autokratien und Demokratien.⁰⁴

Heutzutage sind die vom Staat aufgestellten Streitkräfte eines Landes die charakteristische Organisationform des Militärs. Hierzu gehören die Teilstreitkräfte und andere, in die Streitkräfte eingegliederte bewaffnete Formationen wie Milizen, Freiwilligenverbände und Gendarmerie. Hier von zu unterscheiden sind militärische Organisationen, die parallel oder konkurrierend zu den Streitkräften bestehen, beispielsweise Guerillaverbände, Sondereinheiten von Innenministerien und Grenzschutz, oder militärische Formationen privater Sicherheits- und Militärunternehmen.⁰⁵

Die strukturbestimmende Aufgabe der Streitkräfte ist die Landesverteidigung. Oft werden sie auch zum Erreichen weiterer politischer Ziele eingesetzt. In vielen liberalen Demokratien hilft das Militär bei Naturkatastrophen und unterstützt die Polizei oder andere Sicherheitsbehörden bei besonderem Bedarf in der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Terrorismus. Ein wichtiges internationales Aufgabenfeld sind humanitäre und friedenserhaltende Militärein-

sätze. Außerhalb der entwickelten OECD-Demokratien erfüllt das Militär häufig auch Aufgaben im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung und der Eindämmung von inneren Unruhen und Aufständen.⁰⁶ In Autokratien gehören hochrangige Militärs zur dominanten Herrschaftskoalition und haben mindestens Reservefunktion für den Regimeerhalt.⁰⁷ Ferner kann ein stark ausgebauter Militärapparat unter Umständen von der Regierung politische und ökonomische Zugeständnisse einfordern.⁰⁸ Selbst in fest verankerten westlichen Demokratien verfügen die Streitkräfte über politische Einflussmöglichkeiten. Aufgrund ihres Budgets, ihres Auftrags und ihrer Position verfügen sie über bürokratische Macht, mit der sie Vorrechte gegenüber konkurrierenden Bürokratien in Anspruch nehmen können.⁰⁹ Zivil-militärische Koordination und die Berücksichtigung militärischen Fachwissens sind essenziell für die sicherheitspolitische Entscheidungsfindung und damit letztlich für den Schutzwert der Sicherheitspolitik. Wie andere Bürokraten auch, sind Militärs erfinderisch, wenn es darum geht, Mittel und Wege zu finden, sich gegen unerwünschte Vorgaben der Politik zu wehren.¹⁰ Militärs können sich vor der Auftragerfüllung drücken oder sie verzögern.¹¹ Sie können bei der Beratung ziviler Entscheidungsträger die politische Agenda nach eigenen Präferenzen (mit)gestalten. Aufgrund ihrer Größe, ihres Einflusses auf die Wirtschaft und ihrer Verzahnung mit der

Zivilgesellschaft können militärische Organisationen strukturelle Macht genießen.¹² Ihre Vertreter können Verbindungen zu Parlamentariern aufbauen, um ihre bürokratischen Interessen zu schützen (Lobbying), oder Medien und Verbände einspannen, um Gehör für ihre Anliegen zu finden. Die Berücksichtigung dieser eher routinemäßigen Einflussdimensionen ist wichtig für das Verständnis vom Militär als politischem Akteur in autoritären Kontexten und in Demokratien.

TRANSFORMATION DER POLITISCHEN ROLLE DES MILITÄRS IN MODERNEN AUTOKRATIEN

Aktuelle systematisch-vergleichende Studien zu den politisch-militärischen Beziehungen in Autokratien sind eher selten und beschränken sich meist auf einzelne Regionen. Zwar existiert eine umfangreiche Literatur zu den Formen und Konsequenzen von Militärherrschaft und Militärputschen.¹³ Jedoch ist die Zahl an Autokratien, in denen eine Gruppe von Offizieren, die das Militär als Institution repräsentieren, den politischen Entscheidungsprozess dominieren („Militärregime“), seit dem Ende des Ost-West-Konflikts stark rückläufig: 1978 war jede fünfte Diktatur weltweit (21 von 97) direkt von Militärs regiert, 2010 waren es noch zwei: Algerien und Myanmar (*Abbildung 1*).

Auch die Zahl der von Militärs geführten Versuche, durch Androhung oder Ausübung von militärischer Gewalt einen Regierungswechsel zu erzwingen, ist rückläufig. Sie sank von durchschnittlich elf pro Jahr in den 1960er Jahren auf weniger als zwei im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts (*Abbildung 2*). Der Rückgang erfasst die Weltregionen in unterschiedlichem Maße: Am schwächsten ist er in (West)-Afrika, am stärksten in Lateinamerika und im arabischen Raum.

Hinter diesen Zahlen stecken komplexe Entwicklungen, die jedoch häufig nicht zur „Depolitisierung“ der Streitkräfte im Sinne der strikten Trennung von militärischen und politischen Rollen führen. Stattdessen ist in modernen Autokratien oftmals eine Transformation militärischer Rollen zu beobachten, wenngleich das Militär

01 Wir verwenden „Autokratie“ als Oberbegriff für alle Nicht-Demokratien.

02 Vgl. Andrea Kendall-Taylor/Erica Frantz, *How Autocrats Fall*, in: *The Washington Quarterly* 1/2014, S. 35–47.

03 Vgl. David Kuehn/Tanja Eschenauer-Engler/Aurel Croissant, *Das Militär entscheidet über den Ausgang von Massenprotesten*, GIGA Institut, GIGA Focus Global 4/2019.

04 Vgl. Peter D. Feaver, *Armed Servants: Agency, Oversight, and Civil–Military Relations*, Cambridge, 2003, S. 4.

05 Vgl. Aurel Croissant/David Kuehn, *Militär und zivile Politik*, München 2011.

06 Vgl. Thomas C. Bruneau/Aurel Croissant (Hrsg.), *Civil–Military Relations: Control and Effectiveness Across Regimes*, Boulder 2019.

07 Vgl. Zoltan Barany, *How Armies Respond to Revolutions and Why*, Princeton 2016.

08 Vgl. Daron Acemoğlu/James A. Robinson, *Economic Origins of Dictatorship and Democracy*, Cambridge 2006, S. 219.

09 Vgl. Risa A. Brooks, *Integrating the Civil–Military Relations Subfield*, in: *Annual Review of Political Science* 2019, S. 379–398, hier S. 391.

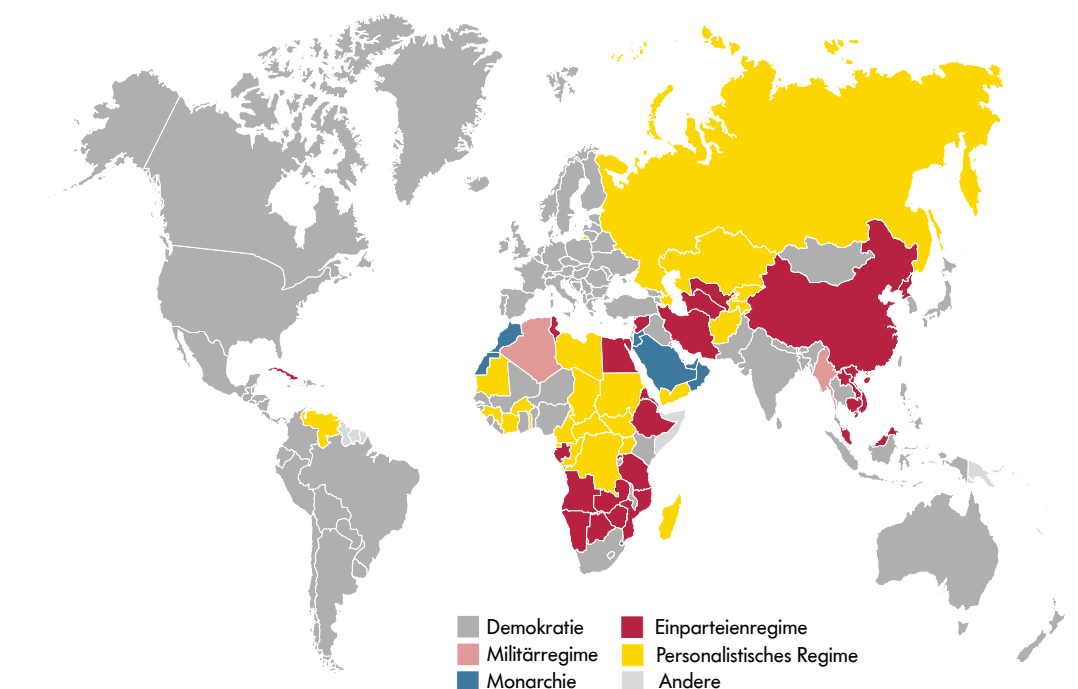
10 Vgl. Bruneau/Croissant (Anm. 6).

11 Vgl. Feaver (Anm. 4), S. 55–74.

12 Brooks (Anm. 9).

13 Vgl. Barbara Geddes/Erica Frantz/Joseph G. Wright, *Military Rule*, in: *Annual Review of Political Science* 17/2014, S. 147–162.

Abbildung 1: Regimetypen weltweit 2010



Quelle: Barbara Geddes/Joseph G. Wright/Erica Frantz, *How Dictatorships Work*, Cambridge 2018. Eigene Darstellung.

vordergründig einer gefestigten politischen Kontrolle untersteht. Die Kooptation der Militärs in autoritäre Machtallianzen ziviler Regime dient der Herrschaftskonsolidierung, fördert aber die Expansion militärischer Rollen in weitere Teilbereiche von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Historisch ist dieses Phänomen nicht neu. Auch wenn das Ende des Kalten Krieges ein wichtiges Datum markiert, setzte die Entwicklung in der arabischen Welt bereits deutlich früher ein.¹⁴ Allerdings haben die weltweite Demokratisierungswelle Ende des 20. Jahrhunderts und das Entstehen neuer, modernisierter Formen der Autokratie dazu beigetragen, dass Militärs heute wesentlich öfter im Schatten der Macht agieren.

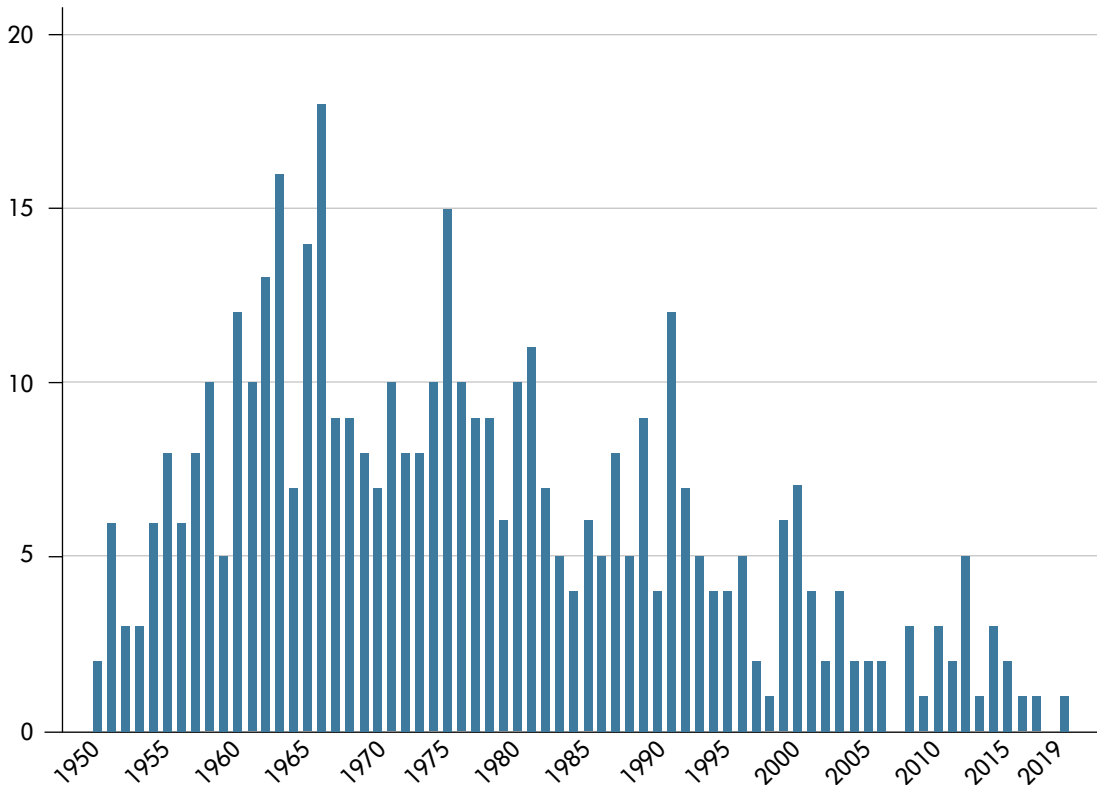
Um die Transformation der politischen Rolle des Militärs in autoritären Regimen zu Beginn des 21. Jahrhunderts konzeptionell und empirisch zu fassen, gibt es verschiedene Vorschläge. Neben den erwähnten Typologien von Militärherrschaft sind es vor allem Ansätze, die die sich wandeln-

de Rolle des Militärs von der des Herrschaftsträgers oder „Herausforderers“ der Diktatur zur Stütze autokratischer Herrschaft hervorheben. So unterscheidet der PRM-Datensatz („Political Roles of the Military“) anhand von sechs Indikatoren vier mögliche politische Einflussstypen des Militärs in 120 Staaten.¹⁵ Die Daten für die Jahre 2016/17 zeigen, dass in neun von 50 Autokratien die Streitkräfte oder einzelne Militärführer direkt oder indirekt (durch Kontrolle des Zugangs zu herrschaftssensiblen Ämtern) die Herrschaft im Staate ausüben. In 22 Autokratien bewegt sich das Militär außerhalb der direkten Regierungsverantwortung, gehört aber zu den tragenden Stützen des autoritären Regimes, die die politische Führung ins Amt bringen und ihren Machterhalt sicherstellen. Gegen sie kann nicht regiert werden, und ohne sie können Diktatoren nicht an der Macht bleiben. Im Gegenzug genießen die Streitkräfte wirtschaftliche Renten, Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen oder Korrupti-

¹⁴ Vgl. Mehran Kamrava, *Military Professionalization and Civil-Military Relations in the Middle East*, in: *Political Science Quarterly* 1/2000, S. 67–92.

¹⁵ Vgl. Aurel Croissant/Tanja Eschenauer/Jil Kamerling, *Militaries' Roles in Political Regimes: Introducing the PRM Dataset*, in: *European Political Science* 3/2017, S. 400–414.

Abbildung 2: Zahl der Militärputsche pro Jahr 1950 bis 2019



Quelle: Tanja Eschenauer-Engler/Bastian Herre. Coups and Their Leaders. A New Comprehensive Dataset. Working Paper, Heidelberg 2020. Eigene Darstellung.

on sowie politische Mitsprache und Privilegien in sensiblen Politikbereichen (*Abbildung 3*).

Freilich bestehen Unterschiede zwischen den Regionen. Absolut und relativ am häufigsten ist das Militär in Afrika südlich der Sahara (acht von 12 Autokratien) Träger oder Stütze autoritärer Herrschaft, gefolgt vom Nahen und Mittleren Osten (sieben von 16) und dem pazifischen Asien (sechs von 12). Auch im postsowjetischen Raum gehört das Militär zu den Machtinstrumenten der neuen Autokratien. Da das Verhältnis zwischen autoritären Herrschern und dem Sicherheitssektor größtenteils aus kommunistischer Zeit übernommen wurde, spielt hier das Militär im täglichen politischen Leben jedoch eine geringere Rolle und ist als Herrschaftsstütze weitaus weniger relevant als die Kräfte der Inneren Sicherheit, insbesondere die Innenministerien.¹⁶

¹⁶ Vgl. Andrew Cottey, Zivil-militärische Beziehungen und Demokratie im neuen Europa, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (Hrsg.), OSZE Jahrbuch 2007, Baden-Baden 2008, S. 319.

Das Ausmaß der Beteiligung der Streitkräfte an der Herrschaftsausübung hängt von vielen Faktoren ab. Es variiert mit dem Typ der autoritären Ordnung und dem Beitrag des Militärs zur Staats- oder Regimegründung. Auch die militärische Bedrohung durch andere Staaten oder innergesellschaftliche Konflikte können Einfluss auf die politische Rolle des Militärs haben. Wichtig ist auch, ob es Diktatoren gelingt, zivile Eliten, politische Organisationen und gesellschaftliche Gruppen als Gegengewicht zu den Streitkräften in ihr Regime einzubinden, und ob sie ein ausreichendes Maß an Legitimitätsglauben der Bevölkerung besitzen. Hinzu kommen Intensität und Formen der Repression, mit denen autoritäre Regime auf Legitimationslücken oder konkrete Herausforderungen reagieren und ob sie hierfür gezwungen sind, sich auf militärischen Zwang zu stützen.

Von besonderer Bedeutung sind auch die Methoden, mit denen Autokraten versuchen, das Risiko ihrer Entmachtung durch das eigene Militär zu verringern. Zu den robusten, tief in die Or-

Sicherheitsapparate, der deprivierte Gruppen im Militär dazu motiviert, zur Opposition überzulaufen. Die präferenzielle Rekrutierung von Gemeinschaften, die als besonders vertrauenswürdig gelten, scheint eher geeignet, militärische Loyalität auch in Krisenzeiten zu erhalten,¹⁹ erhöht aber das Bürgerkriegsrisiko.²⁰

RÜCKZUG UND RÜCKKEHR DES MILITÄRS IN NEUEN DEMOKRATIEN

Die Rolle der Streitkräfte in der Autokratie prägt die Herausforderungen für die Neuordnung der zivil-militärischen Beziehungen nach einem demokratischen Systemwechsel und hat hierdurch Einfluss auf die Effektivität und Qualität neuer Demokratien. Demokratische Systemwechsel können analytisch in zwei Phasen unterteilt werden: Die erste Phase der *Transition* umfasst den Übergang vom alten autokratischen Regime zur neuen demokratischen Regierung. Sobald das geschafft ist, kann die zweite Phase beginnen. Sie führt zum effektiven Funktionieren eines demokratischen Regimes oder, mit anderen Worten, zur *Konsolidierung* der Demokratie.

Während der Transition besteht die „militärische Herausforderung“ für die zivilen Akteure darin, die Bildung einer demokratischen Regierung zu erreichen, ohne militärischen Widerstand zu provozieren. Die Herausforderung in der zweiten Phase liegt darin, funktionierende Institutionen der demokratischen Kontrolle über das Militär zu schaffen. Beides ist dann schwieriger, wenn das Militär eine tragende Säule des autoritären Regimes war oder die politischen Institutionen der ständigen Bedrohung durch das Militär oder Gruppen innerhalb der Streitkräfte ausgesetzt waren, was im Politikwissenschaftsjargon auch „Prätorianismus“ genannt wird. Statistische Untersuchungen zeigen eine höhere Anfälligkeit von Demokratien für Regimezusammenbrüche, wenn sie auf militärisch dominierte Regime folgen.²¹ Fäl-

le des dauerhaften Rückzugs in die Kasernen waren daher im 20. Jahrhundert lange Zeit die Ausnahme.

Mit der „dritten Welle“ der Demokratisierung hat sich das geändert. Trotz mancher Ausnahmen wie Thailand, Mali und die Türkei profitieren neue Demokratien besonders von der geringeren Putschneigung des Militärs im 21. Jahrhundert. Das signalisiert eine neue Stabilität der zivil-militärischen Beziehungen, gerade in Lateinamerika, wo viele Länder lange Zeit in der „Putsch-Falle“ gefangen waren.²²

Um dauerhaft wirksam zu sein, erfordert politische Kontrolle über die Streitkräfte in Demokratien jedoch, klare und verlässliche Regeln zu schaffen, die Entscheidungs- und Kontrollbefugnisse so verteilen, dass sie den Primat der Politik sichern. Darüber hinaus müssen demokratische Institutionen in der Lage sein, das Militär zu disziplinieren, ohne selbst militärischen Zwang einzusetzen. Ein zivil geführtes Verteidigungsministerium und ein parlamentarischer Verteidigungsausschuss sind Schlüsselinstitutionen. Die zivile Kontrolle ist in der Regierung konzentriert oder wird von Exekutive und Legislative gemeinsam ausgeübt, und zwar jeweils im Zusammenwirken mit der Judikative und der Zivilgesellschaft (Parteien, Verbände, Medien). Darüber hinaus ist die Struktur der demokratischen Kontrolle für jeden Staat spezifisch. Sie wird von Faktoren wie Kultur, historischer Tradition und Erfahrung, internem und externem Bedrohungsumfeld, gesellschaftlichen Normen und politischen Institutionen geprägt.²³

Gemessen am Leitbild der demokratisch ausgestalteten Kontrolle des Militärs geben die post-autoritären Demokratien ein uneinheitliches Bild ab. Der von uns entwickelte Composite Civilian Control Score misst für die Jahre 1974 bis 2010 die Verteilung politischer Entscheidungsrechte zwischen zivilen und militärischen Akteuren in 66 Demokratien in fünf Politikarenen: *erstens* politische Rekrutierung, *zweitens* „public policies“, *drittens* innere Sicherheit, *viertens* Verteidigungspolitik und *fünftens* Militärorganisation.²⁴ Vie-

¹⁹ Vgl. Michael Makara, *Coup-Proofing, Military Defection, and the Arab Spring*, in: *Democracy & Security* 4/2013, S. 334–359.

²⁰ Vgl. Jun Koga Sudduth, *Coup-Proofing and Civil War*, in: *The Oxford Research Encyclopedia of Politics*. Oxford Research Encyclopaedias, 2016 (online).

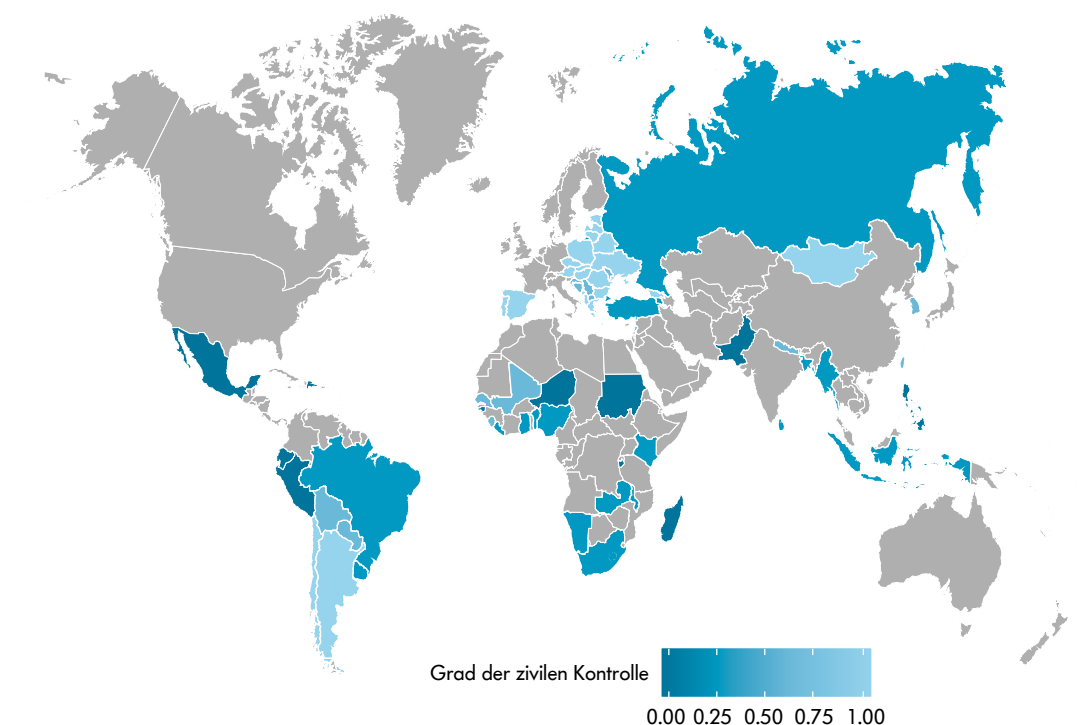
²¹ Vgl. José A. Cheibub, *Presidentialism, Parliamentarism, and Democracy*, New York 2007.

²² Vgl. Fabrice Lehoucq/Aníbal Pérez-Liñán, *Breaking Out of the Coup Trap: Political Competition and Military Coups in Latin America*, in: *Comparative Political Studies* 8/2014, S. 1105–1129.

²³ Vgl. Bruneau/Croissant (Anm. 6).

²⁴ Vgl. David Kuehn et al., *Conditions of Civilian Control in New Democracies: An Empirical Analysis of 28 „Third Wave“ Democracies*, in: *European Political Science Review* 3/2017, S. 425–448.

Abbildung 4: Ausmaß der politischen Kontrolle über die Streitkräfte in 66 neuen Demokratien



Höhere Werte bedeuten ein höheres Maß an ziviler Kontrolle. Die Werte beziehen sich in der Regel auf das Jahr 2010.

Quelle: David Kuehn et al., Conditions of Civilian Control in New Democracies: An Empirical Analysis of 28 „Third Wave“ Democracies, in: European Political Science Review 3/2017, S. 425–448.

lerorts haben sich die zivil-militärischen Beziehungen deutlich positiver entwickelt, als in den ersten Jahren des demokratischen Systemwechsels zu erwarten gewesen war. In der Mehrzahl der Fälle wurde die zivile Aufsicht über das Militär gestärkt und der politische Einfluss des Militärs wurde verringert. Doch gibt es beträchtliche Unterschiede zwischen den Ländern und Regionen (Abbildung 4).

Am weitesten entwickelt ist die demokratische Kontrolle in den südeuropäischen Demokratien Griechenland, Spanien und Portugal sowie in den postkommunistischen Transformationsstaaten, insbesondere in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern. Hier waren die Ausgangs- und Rahmenbedingungen relativ vorteilhaft. Zum einen wirkten Nato-Mitgliedschaft und EU-Beitritt positiv auf die zivil-militärischen Reformen. Zum anderen basierte in Mittelosteuropa, wie im gesamten postkommunistischen Raum, schon das alte Modell der politisch-militärischen Beziehungen auf dem Primat

der Politik, genauer: der kommunistischen Parteien. Auch im pazifischen Asien und in Afrika südlich der Sahara zeigen sich vielerorts bedeutende Veränderungen in den zivil-militärischen Beziehungen. Allerdings sind die Kontraste innerhalb der Regionen besonders stark, etwa zwischen erfolgreichen Reformstaaten wie Taiwan und Ghana auf der einen und Thailand und Niger auf der anderen Seite.

Besonders widersprüchlich sind die Veränderungen im Hinblick auf die erfolgte Institutionalisierung demokratischer politisch-militärischer Beziehungen in Lateinamerika. Auch hier hat der demokratische Systemwechsel allerorten eine Reform der zivil-militärischen Beziehungen angestoßen. In Ländern wie Argentinien, Uruguay und Chile ist sie trotz teils widriger Ausgangsbedingungen weit fortgeschritten. In Staaten wie Bolivien, Peru, Guatemala oder Honduras waren Reformen deutlich weniger weitreichend, und teils strebt das Militär heute wieder verstärkt nach politischem Einfluss –

eine Entwicklung, die von rechten und rechtsautoritären Parteien und Politikern mitunter gefördert wird.²⁵

Was erklärt diese Entwicklungen? Aus einer theoretisch informierten und empirisch-vergleichenden Betrachtung lassen sich fünf erklärungskräftige Faktoren und Faktorenkombinationen benennen. Dies sind: *erstens* der Typ des autoritären Regimes und der Einfluss ziviler oder militärischer Eliten auf Agenda und Verlauf der Transition; *zweitens* die Geschlossenheit und Einigkeit der zivilen beziehungsweise militärischen Eliten; *drittens* die Unterstützung für die Demokratie in der Bevölkerung; *viertens* internationale Einflussfaktoren; *fünftens* die Veränderung der nationalen und internationalen Bedrohungslagen.²⁶

Ein Vergleich der unterschiedlichen Regionen zeigt, dass die Institutionalisierung demokratischer Kontrolle über das Militär besonders dort schwerfällt, wo der Übergang aus einem militarisierten autoritären Regime erfolgt und wo Militärs die Transition planen, lenken oder im Ringen mit zivilen Eliten gestalten. Bedeutsam sind auch internationale und innergesellschaftliche Konfliktlagen und Bedrohungsszenarien, die Integrationsleistung der politischen Institutionen und Organisationen, die Unterstützung der Bürger für die Demokratie und ob gesellschaftliche Eliten in Konflikten mit anderen Teileliten das Militär umwerben und hierdurch als vermittelnden Machtfaktor aufwerten. Letzteres ist besonders hinderlich für die Institutionalisierung demokratischer politischer Kontrolle, „denn eine Armee, die umworben wird, ist eine Armee, die schwer zu reformieren ist“.²⁷ Schließlich haben die demokratiefreundliche Großwetterlage nach 1990, die Ächtung von Militärinterventionen durch Regionalorganisationen in Afrika und Lateinamerika und die Konditionierungspolitik von Nato und EU positiv gewirkt.

Insgesamt deutet vieles darauf hin, dass die alte Frage, wie über demokratisch etablierte Institutionen die Streitkräfte „vor dem eigenen organisatorischen Impuls zur Übernahme

der Regierungsgeschäfte bewahrt werden können“,²⁸ an Brisanz verloren hat. Anders sieht es aus mit der Ausweitung des Geltungsbereichs der demokratischen Politik in Bereiche, die historisch vom Militär als seine Domäne verstanden wurden, etwa die Entwicklung der eigenen Organisation und der Verteidigungspolitik sowie die mitunter sehr substanziellen wirtschaftlichen Aktivitäten des Militärs. Sie stockt vielerorts, nicht zuletzt, weil demokratische Politiker häufig nicht über die für eine effektive und bewusste Überwachung militärischer Auftrags-erfüllung nötige Handlungskompetenz und Handlungskapazität verfügen. In vielen Ländern ist das Verhältnis von Militärs und politischen Entscheidungsträgern auch Jahrzehnte nach dem Systemwechsel durch drastische Informationsasymmetrien zugunsten der Militärs geprägt. Ursächlich hierfür ist neben der historisch bedingten Schwäche der zivilen Strukturen im Bereich der Militär- und Sicherheitspolitik mitunter auch das enorme Desinteresse der Politik.

Hinzu kommt, dass neue Demokratien ihre Streitkräfte vermehrt für nicht verteidigungsbezogene Missionen einsetzen, von der Terrorismusbekämpfung bis hin zu Infrastrukturmaßnahmen und sogenannten *civic actions* Programmen.²⁹ In Mittel- und Südamerika übernehmen Militärs auf Drängen der Regierungen und mit breiter Zustimmung der Bevölkerung verstärkt polizeiähnliche Aufgaben der Kriminalitätsbekämpfung und der inneren Sicherheit. Immer häufiger wird das Militär auch gegen unbewaffnete Demonstranten eingesetzt.³⁰ Beides hat teils drastische Folgen für die Menschen- und Bürgerrechtslage, da trotz neuer, ziviler Aufgabengebiete die militärischen Einsatz- und Verhaltensregeln sowie Verfahren beibehalten werden. Zudem geht die Übernahme neuer Aufgaben durch das Militär oft mit einem Mangel an demokratischer Verantwortlichkeit, öffentlicher Transparenz und gesellschaftlicher Partizipation einher.

²⁸ Vgl. Thomas C. Bruneau/Scott D. Tollefson, Conclusion, in: dies. (Hrsg.), *Who Guards the Guardians and How: Democratic Civil-Military Relations*, Austin 2006, S. 264.

²⁹ Vgl. etwa zu Südostasien Aurel Croissant, *Civil-Military Relations in Southeast Asia*, Cambridge 2018, S. 45–60.

³⁰ Vgl. Rut Diamint, *¿Quién Custodia a Los Custodios?: Democracia y Uso de La Fuerza En América Latina*, in: *Nueva Sociedad* 278/2018, S. 24–35.

²⁵ Vgl. Sabine Kurtenbach/Adam Scharpf, Das Militär kehrt zurück, *GIGA Focus Lateinamerika* 7/2018.

²⁶ Vgl. Kuehn et al. (Anm. 24).

²⁷ Vgl. Narcis Serra, *The Military Transition. Democratic Reform of the Armed Forces*, Cambridge 2010, S. 239.

KRISE DER DEMOKRATIE UND ROLLE DES MILITÄRS

Nicht nur in Südamerika bauen Regierungen immer häufiger wieder auf die Hilfe des Militärs. Das ist eine gefährliche Strategie. Auch wenn ein Zurück in die Vergangenheit des Prätorianismus für die Mehrzahl der jungen Demokratien unwahrscheinlich scheint, steht zu befürchten, dass die Beteiligung des Militärs an der Macht die Qualität und Stabilität der demokratischen Institutionen untergräbt. Zudem geht es bei der demokratischen Neuordnung der politisch-militärischen Beziehungen in Transformationssystemen auch darum, sicherzustellen, dass Regierungen ihre Kontrolle über die Streitkräfte nicht für eigene Zwecke instrumentalisieren, etwa um die Opposition einzuschüchtern, die Bevölkerung zu kontrollieren oder um machterhaltende Patronagenetzwerke zu pflegen.

Letzteres spricht einen neuen Untersuchungsgegenstand der vergleichenden Analyse politisch-militärischer Beziehungen in Autokratien und Demokratien an, der die beiden Forschungsrichtungen wieder enger zusammenführt: die Analyse der Rolle von Militärs in Demokratiekrisen und in Prozessen des Niedergangs der Demokratie. Die zu Beginn des 21. Jahrhunderts vorherrschende Gefahr für die Demokratie besteht weniger in der drohenden Machtübernahme durch das Militär, sondern dass die Militärs demokratisch gewählten Regierungen dabei helfen, bürgerliche Freiheiten einzuschränken und politische Rechte auszuhöhlen.

Über das Ausmaß der Krise der Demokratie und ihre Bedeutung weltweit streiten die Experten.³¹ Nicht bestreiten lässt sich aber, dass die

gängigen Demokratie-Barometer übereinstimmend eine Zunahme von Erosionstendenzen in einer wachsenden Zahl etablierter und neuer Demokratien verzeichnen.³² Da diese Prozesse meist nicht abrupt, sondern graduell und in einer Reihe von aufeinander aufbauenden Schritten ablaufen, die Demokratie eher untergraben als zu ihrem Zusammenbruch zu führen und der Angriff auf die Demokratie häufig von gewählten zivilen Akteuren geführt wird, wurde die Rolle des Militärs bislang weder theoretisch reflektiert noch empirisch systematisch analysiert.³³

Im vorigen Abschnitt wurden bereits einige Entwicklungen in Lateinamerikas skizziert. Ergänzend wären etwa die Amtsenthebungen von meist linken Präsidenten etwa in Brasilien (Dilma Rousseff), Paraguay (Fernando Lugo), Honduras (Manuel Zelaya) und Bolivien (Evo Morales) zu nennen, an denen die nationalen Militärs nicht unbeteiligt waren.³⁴ Auch in anderen Regionen lassen sich mühelos Beispiele finden, in denen Militärs in der ein oder anderen Form in Prozesse des *backsliding* involviert sind. Doch die Annahme, das Militär würde per se als treibende Kraft im Bündnis mit zivilen Eliten oder als Erfüllungsgehilfe ziviler Politiker an der Zerstörung der Demokratie mitwirken oder bestenfalls tatenlos zusehen, wie gewählte Führer demokratische Institutionen und Prozesse aushöhlen, greift zu kurz. Es lassen sich auch Episoden benennen, in denen der Widerstand des Militärs dazu beigetragen hat, die Krise der Demokratie zu überwinden.³⁵ Aufgabe der Politikwissenschaft ist es, von diesen Einzelbeobachtungen ausgehend tiefenscharfe empirische Analysen, valide Klassifikationen und erklärungskräftige Theorien zu entwickeln.

31 Vgl. Wolfgang Merkel, *Krise der Demokratie? Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff*, in: APuZ 40–42/2016, S. 4–11; Larry Diamond, *Breaking Out of the Democratic Slump*, in: *Journal of Democracy* 1/2020, S. 36–50.

32 In der Forschung haben sich hierfür die Begriffe „*democratic backsliding*“ und „*autocratization*“ eingebürgert. Vgl. Nancy Bermeo, *On Democratic Backsliding*, in: *Journal of Democracy* 1/2016, S. 5–19; Anna Lührmann/Steffan I. Lindberg, *A Third Wave of Autocratization Is Here: What Is New about It?*, in: *Democratization* 7/2019, S. 1095–1113.

33 Vgl. ebd.

34 Vgl. David Kuehn/Harold Trinkunas, *Conditions of Military Contestation in Populist Latin America*, in: *Democratization* 5/2017, S. 859–880.

35 Vgl. Tom Ginsburg/Aziz Huq, *Democracy's Near Miss*, in: *Journal of Democracy* 4/2018, S. 16–30.

AUREL CROISSANT

ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft am Institut für Politische Wissenschaft der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und Dekan der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. aurel.croissant@ipw.uni-heidelberg.de

DAVID KUEHN

ist promovierter Politikwissenschaftler und Senior Research Fellow am Giga Institut für Asien-Studien, Hamburg. david.kuehn@giga-hamburg.de

„WENN DU FRIEDEN WILLST, BEREITE KRIEG VOR“

Über liberalen Militarismus

Victoria M. Basham

„Warum lassen wir zu, dass die Rüstungsindustrie die EU vereinnahmt?“⁰¹ Dies fragte im Dezember 2019 der Journalist Apostolis Fotiadis in einem Beitrag für den britischen „Guardian“. Er verwies auf die erhöhten Verteidigungsetats der EU-Mitgliedsstaaten, die Einrichtung eines Europäischen Verteidigungsfonds und die Reaktionen europäischer Staatsschefs auf Russlands selbstbewusstes Auftreten, auf den wahrgenommenen Rückzug der USA aus der Nato oder aber auf den geopolitischen Aufstieg der Volksrepublik China. In Hinblick darauf argumentierte Fotiadis, dass die EU, ein Verbund von Staaten, der ursprünglich entstanden sei, um „Frieden und Verständigung zu fördern“, derzeit „eine Kursänderung in Richtung einer Militarisierung und einer Politik der Stärke“ vollziehe, die er in der Lobbyarbeit der Rüstungsfirmen begründet sieht. Im selben Jahr machten die USA ihrem Titel als Staat mit dem höchsten Militäretat der Welt alle Ehre und verabschiedeten einen Verteidigungshaushalt in Höhe von 684,6 Milliarden US-Dollar. Durch die Aufstockung des Etats um 6,6 Prozent vergrößerte sich erneut der Abstand zu China, das mit 181,1 Milliarden US-Dollar den zweithöchsten Verteidigungshaushalt der Welt hat. Allein die Investitionen der USA in Rüstungsforschung und Waffenbeschaffung lagen 2019 über dem gesamten Verteidigungsetat der Volksrepublik und betrugen etwa das Vierfache der Militärausgaben, die alle europäischen Staaten zusammen für diese Bereiche aufwendeten.⁰²

Allerdings sind die hohen Verteidigungsausgaben liberaler demokratischer Staaten, so beunruhigend sie auch sein mögen, kein neuer Trend. Sie stehen auch nicht für eine „grundlegende Kursänderung“ oder eine „Vereinnahmung“ bislang friedlicher Nationen, wie es Fotiadis darstellt. Tatsächlich liegen die Militärausgaben aller

Staaten weltweit, also einschließlich der Rüstungsausgaben liberaler demokratischer Staaten, seit 1960 auf einem relativ konstanten Niveau.⁰³ Das Volumen des internationalen Waffenhandels hat sich zwar in den vergangenen Jahren erhöht, doch dieser Anstieg ist Teil eines stetigen Aufwärtstrends. Die USA und Russland (und vor 1992 die Sowjetunion) waren seit 1950 stets die bei Weitem größten Waffenlieferanten, und auch die liberalen demokratischen Staaten im westlichen Europa dominieren seit Langem die Top Ten der Rüstungsexportierenden Länder.⁰⁴ Man sollte zwar wachsam sein und auf Anzeichen achten, ob sich liberale demokratische Staaten kriegerischer als üblich geben und Aufrüstung zum Normalzustand wird, doch diesen Zustand als besonders ungewöhnlich zu bezeichnen, verschleiert die Tatsache, dass die Neigung liberaler Staaten zum Militarismus – definiert als Verlangen, Krieg zu führen, sich darauf vorzubereiten und als Mittel der Politik zu normalisieren –,⁰⁵ fester Bestandteil ihrer Funktionsweise ist.

KÖNNEN LIBERALE DEMOKRATISCHE STAATEN MILITARISTISCH SEIN?

Generell betrachten sich liberale Staaten nicht als militaristisch. Vielleicht ist das der Grund, warum sich manche Beobachter von ihrer Beteiligung an militärischen Aktivitäten überrascht zeigen. Schließlich führt Gewalt zu Unordnung und Chaos, ein Zustand, der nicht zuträglich ist, wenn man die Rechte und Freiheiten des Einzelnen in den Mittelpunkt stellt, wie es demokratische Gesellschaften anstreben. Aus diesem Grund vertreten liberale demokratische Staaten oft die Vorstellung, ein Krieg, wenn man ihn denn führt, solle klare, legitime Ziele verfolgen und in einem angemessenen Verhältnis zum Ausmaß der von den Aggres-

soren ausgehenden Bedrohung der Bevölkerung und der Gefährdung der Werte stehen. Liberale Staaten scheuen daher meist den Gedanken, dass der Erhalt und Einsatz der weltweit größten militärischen Kapazitäten eine Aggression darstellen. Obwohl also die Militärausgaben und Waffenexporte liberaler Demokratien darauf hindeuten, dass das römische Sprichwort *si vis pacem, para bellum* („Wenn du Frieden willst, bereite Krieg vor“) weltweit Anwendung findet, werden diese Entwicklungen selten als Zeichen militaristischer Bestrebungen gedeutet, eher als Vorbereitung, um sich verteidigen zu können.

Ein Krieg stellt liberale Demokratien vor unaußweichliche Probleme. Sie müssen in der Lage sein, die individuellen Rechte ihrer Bürger zu garantieren; diese Fähigkeit ist ihre Daseinsberechtigung. Der Gesellschaftsvertrag, der einer liberalen demokratischen Regierungsführung zugrunde liegt, verlangt, dass der Einzelne einen Teil seiner Freiheiten an den Staat abgibt (er zahlt Steuern, hält sich an die Gesetze), aber nur, wenn der Staat als Garant für die öffentliche Ordnung fungiert (das Leben seiner Bürger schützt, für ihren Lebensunterhalt und ihr Eigentum garantiert und so weiter). Das heißt, dass liberale Staaten ihre Bürger vor der Gewalt eines bewaffneten Konfliktes schützen müssen, der dem Einzelnen seine grundlegenden Rechte nimmt – letzten Endes auch sein Recht auf Leben. Doch sobald man davon ausgeht, dass sich eine liberale demokratische Gemeinschaft schützen muss und dafür Streitkräfte und militärische Kapazitäten benötigt – was wiederum erfordert, dass Einzelne auf ihre individuellen Rechte und Freiheiten verzichten und möglicherweise auch ihr Leben für den Staat geben –, wird die Vorbereitung auf einen Krieg und die Bereitschaft, Krieg zu führen, zur Voraussetzung jeder liberalen Gesellschaft. So argumentiert etwa

der Sozialwissenschaftler Michael Billig, dass alle Gesellschaften, „die eine Armee unterhalten, (...) auch den Glauben [hegen], dass einige Dinge wertvoller sind als das Leben an sich“.⁰⁶ Für liberale Gesellschaften geht es nun darum, bei jeder militärischen Intervention zu definieren, was für das Gemeinwesen „wertvoller“ ist und aus welchen Gründen die Gesellschaft einen Krieg akzeptieren und sich darauf vorbereiten sollte.

Dieses Spannungsverhältnis ist nicht neu. Es wird von liberalen demokratischen Staaten im Fall einer militärischen Gewaltanwendung stets neu verhandelt. Nehmen wir Großbritannien als Beispiel, ein Land, das bei den Militärausgaben und auch bei den Rüstungsexporten 2019 weltweit auf dem sechsten Platz rangierte. Obwohl sich Großbritannien eindeutig dazu bekennt, für den Fall eines Krieges vorbereitet zu sein, und andere Länder mit der nötigen Ausrüstung dafür beliefert, wird es vielfach als Land dargestellt, das im Laufe des 20. Jahrhunderts, vor allem in der Zeit nach der Dekolonisation, liberaler und antimilitaristischer geworden sei.⁰⁷ Meiner Meinung nach liegt das daran, dass Großbritannien zwar an verschiedenen militärischen Interventionen an vorderster Front beteiligt war, die politische Führung jedoch stets begründen musste, warum das Land die „Charakterstärke“ für eine militärische Intervention auf Grundlage der Verteidigung seiner liberalen Lebensführung und Werte aufbringen sollte.⁰⁸ Und so hat Großbritannien Truppen entsandt, sein Atomwaffenarsenal behalten, Waffen verkauft und erhebliche Mittel für den Verteidigungshaushalt ausgegeben, um, wie argumentiert wurde, Kämpfe um Selbstbestimmung zu führen (Falkland-Krieg 1982), den „Frieden zu wahren“ (Nordirlandkonflikt 1969–2007; Sierra Leone 2000), um die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität in einem anderen Nationalstaat wiederherzustellen (Golfkrieg 1990/91), aus humanitären Gründen (auf dem Balkan 1992–2001), zur Bekämpfung des Terrorismus als einer Bedrohung der internationalen Ordnung und zum Schutz der Rechte von Frauen (Afghanistan seit 2001), um die Welt von einem repressiven und feindseligen Regime zu befreien, das Massenvernichtungswaffen besitzt (Irak

01 Apostolis Fotiadis, Why Are We Letting the Defence Industry Hijack the EU?, 11. 12. 2019, www.theguardian.com/commentisfree/2019/dec/11/defence-industry-hijack-eu.

02 Vgl. Lucie Béraud-Sudreau, Global Defence Spending: The United States Widens the Gap, 14. 2. 2020, www.iiss.org/blogs/military-balance/2020/02/global-defence-spending.

03 Vgl. Max Roser/Mohamed Nagdy, Military Spending, 2020, <https://ourworldindata.org/military-spending>.

04 Vgl. Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), SIPRI Yearbook 2019: Armaments, Disarmament and International Security – Summary, 2019, www.sipri.org/sites/default/files/2019-08/yb19_summary_eng_1.pdf.

05 Vgl. Michael Mann, The Roots and Contradictions of Modern Militarism, in: New Left Review 162/1987, S. 35–50.

06 Michael Billig, Banal Nationalism, Los Angeles 1995, S. 1.

07 Vgl. David Edgerton, Warfare State: Britain, 1920–1970, Cambridge 2006.

08 Vgl. ebd., S. 1.

2003–2009), und um die Verbündeten Großbritanniens zu schützen (der Luftraum über dem Irak und Syrien, 2015 bis heute).

Liberalen Demokratien rechtfertigen ihre Vorbereitungen, militärische Mittel zu nutzen, ihren tatsächlichen Einsatz und ihre mitunter eindeutige Priorisierung für militärische Mittel oft damit, dass sie rechtliche Beschränkungen für die Bedingungen festlegen, unter denen ein Krieg begonnen und geführt werden darf. Die grundlegende Annahme lautet dabei, dass Gewalt minimiert wird und ihr Einsatz verhältnismäßig und begründbar sein soll. Liberale demokratische Staaten argumentieren jedoch auch, dass, wenn man zu sehr vor einem Krieg zurückschrecke, die Vorbereitungen vernachlässige oder sich bei der Art der Kriegführung beschränken lasse, das Risiko steige, dass diese „liberale Vorgehensweise angesichts illiberaler und uneingeschränkter Kräfte die Wahrscheinlichkeit eines nicht liberalen Triumphs erhöhen könnte“.⁰⁹

CHARAKTERISTIKA DES LIBERALEN MILITARISMUS

Das skizzierte Spannungsfeld hat zwei Hauptrichtungen der Kritik am liberalen Militarismus hervorgebracht. Die erste lautet, dass die Rüstungsindustrie der liberalen Demokratien, die hohen Rüstungsausgaben und die Kriege in Wirklichkeit einer Ausweitung des Kapitalismus und Neoliberalismus dienen würden, bei der ein Krieg neue Möglichkeiten bietet, Kapital anzuhäufen. Die zweite Richtung der Kritik verweist darauf, dass es beim liberalen Militarismus auch nur um Krieg gehe, in diesem Fall um eine Form, mit dem liberalen Demokratien die Bevölkerung anderer Staaten befrieden wollen und versuchen würden, Gesellschaftsmodelle einzuführen, die eher ihren liberalen demokratischen Normen und ihren Vorstellungen von Regierungsführung entsprechen, während sie gleichzeitig vielen Individuen das Recht absprechen würden, an diesem Prozess mitzuwirken.¹⁰ In beiden Fällen werden der Untergang

des Kommunismus und die Friedensdividende nach dem Ende des Kalten Krieges für eine Stärkung des Militarismus, nicht für seine Einschränkung mitverantwortlich gemacht. Unabhängig davon, ob man nun glaubt, liberale Staaten wollten den Kapitalismus, den Neoliberalismus oder ein liberales demokratisches Regierungssystem verbreiten, haben Untersuchungen gezeigt, dass liberale Demokratien unter dem Vorwand, eine tolerantere und friedliche Weltordnung zu fördern, Frieden durch die Vorbereitung von Kriegen anstreben. Als der britische Premierminister Tony Blair die militärische Beteiligung Großbritanniens an der Militärintervention in Afghanistan rechtfertigte, zu der sich mehrere liberale demokratische Staaten unter Führung der USA zusammengeschlossen hatten, brachte er diese Haltung auf den Punkt: „Heute liegt die Bedrohung im Chaos; denn die Menschen, die ihrer Arbeit nachgehen wollen, sich um ihre Familie kümmern, Kredite abzahlen, ihre Karriere voranbringen oder Pensionen auszahlen, diese Menschen sehnen sich nach Ordnung und Stabilität, und wenn Ordnung und Stabilität an anderen Orten nicht bestehen, ist es unwahrscheinlich, dass sie hier weiter bestehen.“ Trotz zahlreicher Beispiele, dass Bombardierungen und Interventionen und die anschließende Besatzung durch liberale demokratische Staaten zu hohen Verlusten bei der Zivilbevölkerung, zu Flüchtlingsströmen und Menschenrechtsverletzungen führten, werden Krieg und Kriegsvorbereitungen von liberalen Demokratien als Mittel der Politik betrachtet. Sie berufen sich dabei auf moralische Gründe oder die Vorstellung, sie seien verpflichtet, liberale demokratische Gemeinschaften und deren Lebensweise zu schützen.¹¹

Durch starke militärische Kapazitäten und die Möglichkeit, einen blühenden Handel mit Rüstungsgütern zu betreiben, ist nicht nur die Sicherheit der Menschen an den Orten gefährdet, wo Militärinterventionen stattfinden, auch die Mitglieder liberaler Gesellschaften haben mit den negativen Auswirkungen zu kämpfen. Militärische Interventionen und der Unterhalt militärischer Arsenale sind kostspielig. Setzt man in diesem Bereich Prioritäten, fehlt Geld in anderen Bereichen, etwa für Soziales und Gesundheit. Für einen Teil der Bevölkerung liberaler demokratischer Staaten steigt daher nicht die Sicherheit, sondern die

⁰⁹ Lawrence Freedman, *Can There Be a Liberal Military Strategy?*, in: Alan Cromartie (Hrsg.), *Liberal Wars: Anglo-American Strategy, Ideology and Practice*, Abingdon 2015, S. 70–85, hier S. 71.

¹⁰ Zur Diskussion dieser Haltung siehe Bryan Mabee, *From „Liberal War“ to „Liberal Militarism“: United States Security Policy as the Promotion of Military Modernity*, in: *Critical Military Studies* 3/2016, S. 242–261.

¹¹ Vgl. Ash Amin, *The Reminders of Race*, in: *Theory, Culture, and Society* 1/2010, S. 1–23.

Unsicherheit, vor allem für Frauen, die stärker von Einschnitten im sozialen Bereich betroffen sind.¹²

Der liberale Militarismus ist zudem oft stark rassifiziert. Multikulturalismus, Einwanderung und Asyl werden zunehmend als gesellschaftliches Übel oder Problem für liberale demokratische Gesellschaften betrachtet. Wie der Rassismusforscher Paul Gilroy argumentiert, wird Einwanderung von der Bevölkerung liberaler demokratischer Staaten in zunehmendem Maße als „Invasionskrieg“ wahrgenommen, vor allem von Bürgern, die eine vermeintlich ruhmreiche Vergangenheit nostalgisch verklären, mit militärischen Siegen, errungen von Personen, die überwiegend oder ausschließlich weiß waren.¹³ Die europäische „Flüchtlingskrise“, zu deren Entstehung die Militäreinsätze mehrerer liberaler demokratischer Staaten beigetragen haben, wird selten als Krise für die Flüchtlinge wahrgenommen, sondern als Krise für Europa.

Dennoch gelingt es liberalen Demokratien, Krieg und die Vorbereitungen auf einen Krieg als rationales Vorgehen in einer immer chaotischeren Welt darzustellen, in der „die Anderen“, vom Faschismus über den Kommunismus bis zu gescheiterten oder von Terroristen geführten „Staaten“, kontinuierlich das Leben der Bürger und deren Lebensweise bedrohen. Ohne größere Widerstände ist durch diese Form der Befriedung und Regierungsführung in vielen liberalen demokratischen Gesellschaften eine ambivalente Haltung gegenüber dem Militarismus entstanden, begleitet von einer breiten Akzeptanz des Mottos *si vis pacem, para bellum*.¹⁴ Das bedeutet, dass diejenigen, die den liberalen Militarismus besser verstehen und infrage stellen wollen, wachsam sein müssen – wir müssen nicht nur militaristischen Eifer im Auge behalten, auf den Fotiadis hinweist (und den wir weniger mit liberalen Demokratien, sondern stärker mit autoritären und faschistischen Regime in Verbindung bringen),¹⁵ sondern auch die nuancierteren Formen, mit denen liberale demokratische Gesellschaften Militarismus unterstützen, obwohl dieser ihren eigentlichen Interessen widerstrebt.

LIBERALER MILITARISMUS UND CRITICAL MILITARY STUDIES

Diese Wachsamkeit ist ein wichtiger Bestandteil des interdisziplinären Gebiets der Critical Military Studies, die Krieg und Kriegsvorbereitungen nicht als gegeben hinnehmen, sondern infrage stellen. Die Forschung im Bereich der Critical Security Studies hat dazu beigetragen, zu zeigen, wie angebliche globale „Realitäten“ eigentlich das Ergebnis politischer Behauptungen und Standpunkte sind.¹⁶ Indem die Critical Security Studies darauf verzichten, den Fokus auf die „Bedrohung, den Einsatz und die Kontrolle militärischer Gewalt“¹⁷ zu legen, wie es etwa bei den Strategic Studies der Fall ist, ist ein breiteres Verständnis von Sicherheit möglich, das über das des Staates hinausgeht und auch die Erfahrungen jener einschließt, von denen der Staat behauptet, dass er sie schützen will.¹⁸ Damit überließen die Critical Security Studies jedoch die Frage, wie Staaten militärische Gewalt einsetzen und kontrollieren, denjenigen, die Kriegsvorbereitung und Kriegsführung als gegeben und als eine immanente und notwendige Funktion des internationalen Systems betrachten.

Ebenso vernachlässigten sie den Aspekt, wie Militarismus übernommen, verkörpert und herbeigesehnt werden kann und wie er in und über die Zivilgesellschaft und das Militär hinaus wirkt. Diese wichtigen Fragen wurden stattdessen von den Critical Military Studies gestellt, schließlich bleibt der Militarismus nach wie vor ein beherrschender Faktor der internationalen Beziehungen. Die Critical Military Studies hinterfragen den Ansatz der Strategic Studies, indem sie zeigen, dass Militarismus das Ergebnis einer gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung ist.¹⁹ Dabei lenkt die Forschung das Augenmerk auch auf die Einzelpersonen und

¹² Vgl. Victoria M. Basham, *Liberal Militarism as Insecurity, Desire and Ambivalence: Gender, Race and the Everyday Geopolitics of War*, in: *Security Dialogue* 1–2/2018, S. 32–43.

¹³ Vgl. Paul Gilroy, *Multiculture, Double Consciousness and the „War on Terror“*, in: *Patterns of Prejudice* 4/2005, S. 431–443, hier 437.

¹⁴ Vgl. ebd.

¹⁵ Vgl. Mabey (Anm. 10).

¹⁶ Vgl. Ken Booth, *Critical Security Studies and World Politics*, Boulder 2005.

¹⁷ Stephen Walt, *The Renaissance of Security Studies*, in: *International Studies Quarterly* 2/1991, S. 211–239, hier S. 212.

¹⁸ Vgl. David Mutimer, *Beyond Strategy: Critical Thinking and the New Security Studies*, in: Craig A. Snyder (Hrsg.), *Contemporary Security and Strategy*, London 1999, S. 77–101.

¹⁹ Vgl. Matthew Rech et al., *Geography, Military Geography, and Critical Military Studies* in: *Critical Military Studies* 1/2015, S. 47–60; Victoria M. Basham/Aaron Belkin/Jess Gifkins, *What is Critical Military Studies?*, in: *Critical Military Studies* 1/2015, S. 1 f.

gesellschaftlichen Gruppen, ohne die ein Staat gar nicht in der Lage wäre, Krieg zu führen, vom Militärpersonal und den Mitgliedern verschiedener paramilitärischer Verbände²⁰ bis zu den Familienangehörigen, die emotional miteingebunden sind und ihren Beitrag leisten,²¹ und den Gemeinschaften innerhalb einer Gesellschaft, die Krieg als normalen Bestandteil des Alltags erleben.²²

Im Fall der liberalen Demokratien haben die Critical Military Studies gezeigt, dass die Freiwilligen, die liberale Demokratien für den Militärdienst benötigen, gezielt angeworben werden, wie ihre Familien ebenfalls vom Staat mobilisiert werden, um die Bereitschaft zu unterstützen, sich fürs Militär zu entscheiden und dort zu bleiben, und wie die breitere Gesellschaft überzeugt wird, weiterhin Steuern zu zahlen, mit denen das Militär Soldaten bewaffnen, ausstatten und ausbilden kann. Bei den Streitkräften jedes Staates dominieren Männer sowohl in absoluten Zahlen als auch in den höheren Rängen deutlich. Entsprechend wird in den Analysen der Critical Military Studies häufig die Frage der Politikwissenschaftlerin Cynthia Enloe in den Mittelpunkt gestellt: „Wo sind die Frauen?“²³ Dabei wird auch darauf verwiesen, dass Militärfamilien, bei denen größtenteils immer noch eine heteronormative Rollenverteilung besteht, die Männer also in der Armee dienen und die Frauen

ihren Männern den „Rücken frei halten“, mit ihrer physischen wie psychischen Unterstützung der Soldaten, des Militärs und des Staates einen wesentlichen Beitrag leisten. Kriege und Kriegsvorbereitungen sind nicht auf Kampfgebiete und Kasernen beschränkt, sondern dringen in unsere Häuser, Schulen, in unsere Freizeit und die Gesellschaft insgesamt vor. Die Critical Military Studies erhellen daher auch, warum der liberale Militarismus nicht zuletzt auch dadurch gedeiht, dass Mitglieder liberaler Gesellschaften Kriege und Kriegsvorbereitungen als wichtig und normal erachten.

SCHLUSS

Krieg ist kein unvermeidlicher Bestandteil der menschlichen Existenz. Die Androhung von Krieg, die Vorbereitungen und die Verwendung von Krieg müssen als Mittel der Politik untersucht werden. Die anhaltende Faszination für den Militarismus, nicht die diagnostizierte „Vereinnahmung“ liberaler Demokratien durch die Rüstungsindustrie, sollte dabei im Mittelpunkt stehen. Auch wenn der liberale Militarismus sich von anderen Formen des Militarismus unterscheidet, indem er etwa den Erhalt und Einsatz militärischer Macht ständig rechtfertigen muss, ist und bleibt er doch, wie der Politikwissenschaftler Bryan Mabee feststellt, „eine Form des Militarismus“.²⁴ Liberale Staaten tragen damit, wie die Critical Military Studies zeigen, bei den eigenen und den Bürgern anderer Staaten zu einer Globalisierung der Unsicherheit bei – und untergraben damit letztendlich genau die Freiheiten, deren Verteidigung ihre eigentliche Aufgabe ist.

Übersetzung aus dem Englischen: Heike Schlatterer, Pforzheim.

VICTORIA M. BASHAM

ist Reader für Internationale Beziehungen an der School of Law and Politics der Cardiff University, Wales.

bashamv@cardiff.ac.uk

20 Siehe beispielsweise Lauren Greenwood, Chameleon Masculinity: Developing the British „Population-Centred“ Soldier, in: *Critical Military Studies* 1–2/2016, S. 84–102; Matthew Friesen/ Matthew Eddy, Selling the Service: Veterans’ Reflections on Their Past Experience of the Military Recruitment Process, in: *Critical Military Studies* 3/2019, S. 213–237.

21 Siehe beispielsweise Harriet Gray, Domestic Abuse and the Public/Private Divide in the British Military, in: *Gender, Place & Culture* 6/2016, S. 912–925; Maj Hedegaard Heiselberg, Fighting for the Family: Overcoming Distances in Time and Space, in: *Critical Military Studies* 1/2017, S. 69–86; Alice Cree, „People Want to See Tears“: Military Heroes and the „Constant Penelope“ of the UK’s Military Wives Choir, in: *Gender, Place & Culture* 2/2020, S. 218–238.

22 Siehe beispielsweise Joanna Tidy, Forces Sauces and Eggs for Soldiers: Food, Nostalgia, and the Rehabilitation of the British Military, in: *Critical Military Studies* 3/2015, S. 220–232; Kevin McSorley, Doing Military Fitness: Physical Culture, Civilian Leisure, and Militarism, in: *Critical Military Studies* 1–2/2016, S. 103–119; Deborah Cohler, Consuming Army Wives: Military Domesticity and Nationalist Neoliberalism on TV, in: *Critical Military Studies* 3/2017, S. 235–251.

23 Vgl. Cynthia Enloe, *Bananas, Beaches and Bases: Making Feminist Sense of International Politics*, London 1990.

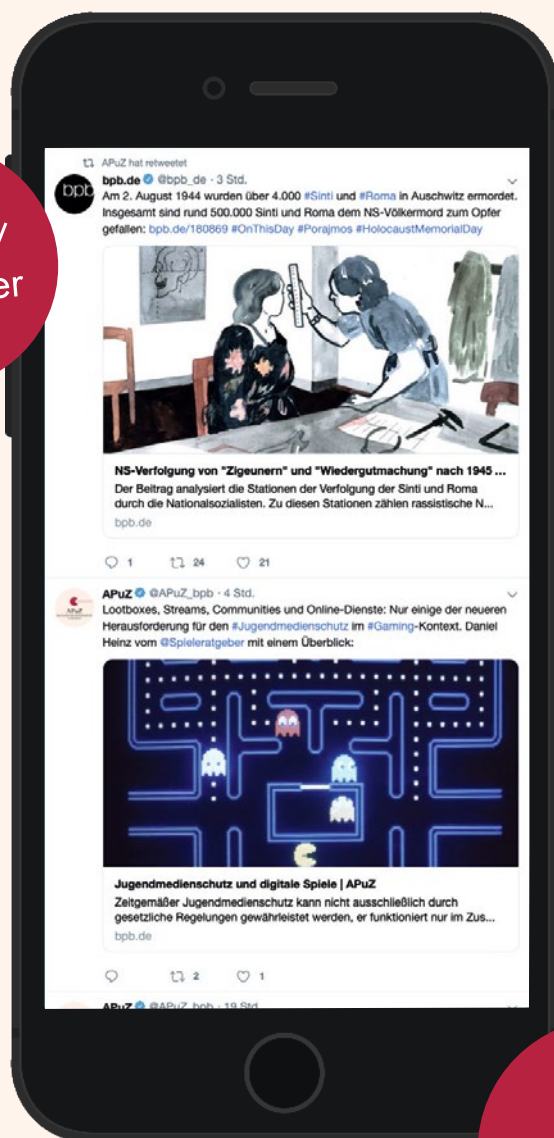
24 Mabee (Anm. 10), S. 247.

Immer informiert.

Bestellen Sie den APuZ-Newsletter
oder folgen Sie uns auf Twitter!



bpb.de/
newsletter



@apuz_bpb

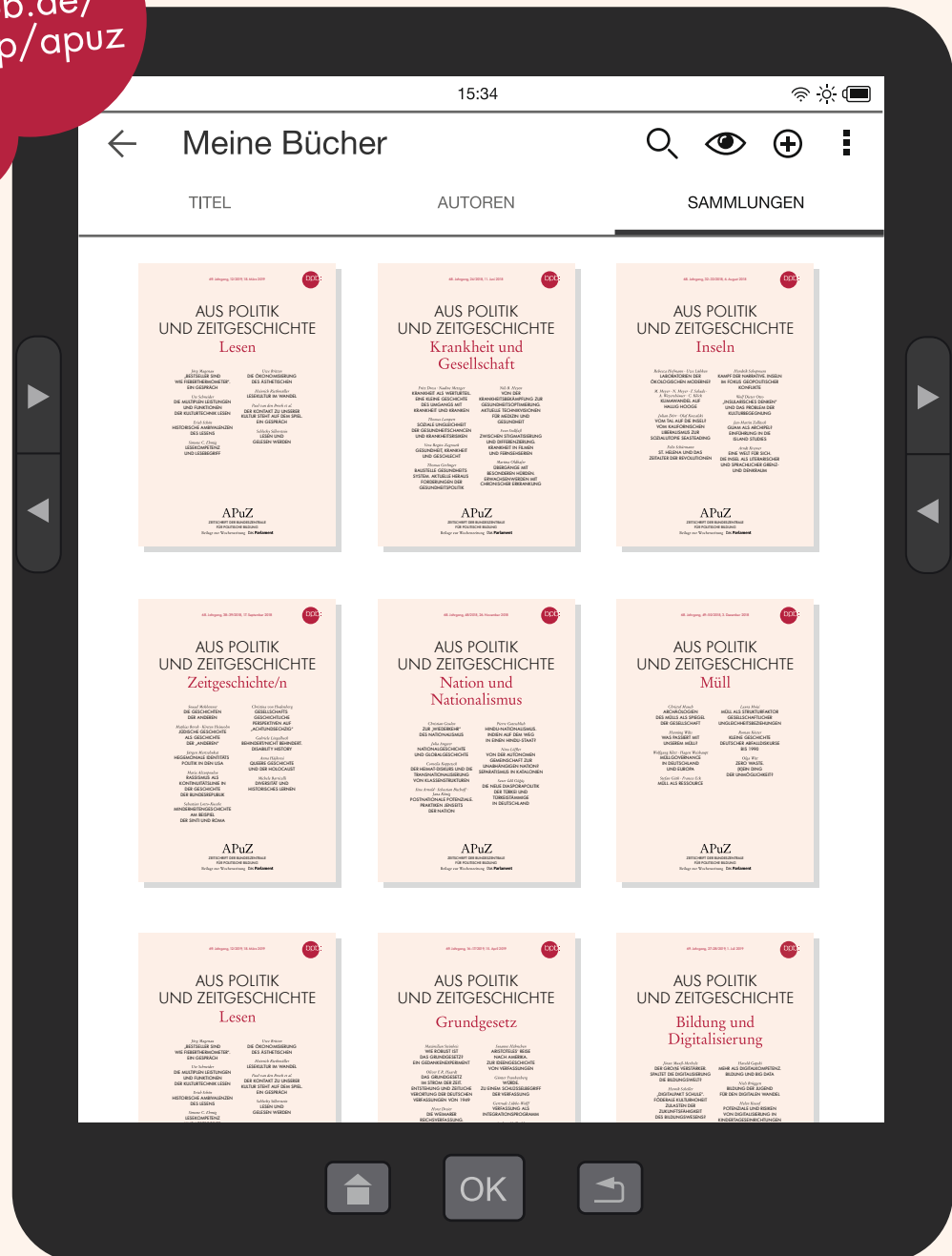
Der Newsletter informiert Sie etwa 30 mal im Jahr per E-Mail über die Beiträge der aktuellen Ausgabe sowie über kommende Themenschwerpunkte, den jährlichen „Call for Papers“ und Veranstaltungen.

Auf Twitter meldet sich die Redaktion zu tagesaktuellen Themen mit Links zu Beiträgen aus der APuZ und dem Netzwerk der Bundeszentrale für politische Bildung.

Unterwegs und überall.

APuZ als E-Book oder PDF herunterladen
und in über 500 Ausgaben lesen, suchen, markieren ...

bpb.de/
shop/apuz



Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 3. April 2020

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel
Johannes Piepenbrink
Frederik Schetter (Volontär)
Anne Seibring (verantwortlich für diese Ausgabe)
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,
Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
fazit-com@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland.

APuZ
Nächste Ausgabe
18–19/2020, 27. April 2020
ÄTHIOPIEN



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz